Heft 7 Juli 1995 [illegible]

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Mit Grünen und Sudeten: Deutschland in Zivil
- Bosnien: Ein deutscher Krieg
- Honeckers Rache: Doppel-Whopper für die PDS
- Anti-Anti-faschismus: Der Streit um Buchenwald
- Ethno-Pop: Krauts with Attitude

in konkret Juli 1995

von konkret

an konkret

Deutschland in Zivil von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Ein deutscher Krieg von Jürgen Elsässer
Die deutsch-kroatische Aggression auf dem Balkan hat Uno wie Nato paralysiert und gespalten, die Großmächte agieren jetzt auf eigene Faust. Eine englisch-französische Eingreiftruppe soll die Bundeswehr-Intervention verhindern – und macht sie doch immer wahrscheinlicher

»Mr. Fuzzy-Fudge« von Eckhard Voß
Tony Blair und der Sieg des parlamentarischen Kretinismus im Vereinigten Königreich

Einig Mörderland von Otto Köhler
Ein Blick in die Geschichte friedenschaffender Maßnahmen deutscher Krisenreaktionsstreitkräfte

Doppel-Whopper für die PDS von Ernst Kühl
»Rufmord« von außen und »Rufmord« von innen: Gysis bunte Truppe steckt in einer selbstverschuldeten Klemme

Sauberer Anti-Antifaschismus von Kurt Pätzold
Der Streit um Buchenwald und derAnalphabetismus in der neudeutschen Geschichtsschreibung. Ein Resümee

Für weiteren Aufenthalt kein Anlaß von Volkert Ohm
Wie Politik und Justiz die Lage der Ausländer in Deutschland systematisch verschlechtern

Jeder ist uns der nächste 38 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

»Schönste Erleichterung« von Oliver Tolmein
Die internationale »Euthanasie«-Bewegung ist auf dem Vormarsch. In Australien wurde ein Gesetz beschlossen, das Ärzten die Patiententötung erlaubt, in Oregon/USA muß ein Gericht über ein »Tod in Würde«-Gesetz entscheiden, und in Deutschland sorgt der Bundesgerichtshof für den Anschluß an den Trend zum schnellen Sterben

»Rolls rolls« von Erwin Riess
..... oder Der Aufstand der »Quotenniederlagen« – Behinderte kämpfen gegen Diskriminierung im Fernsehen

Normalität und ApokalypseFür die Eröffnung der Debatte von Kurt Hübner
In einem dreiteiligen Beitrag haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert die gegenwärtige Sanierung des Kapitalismus und die Verwandlung linker Theorie in Esoterik beschrieben (»Die Offenbarung der Propheten«, KONKRET 3-5/95). In diesem Heft setzen sich Kurt Hübner und Robert Kurz mit ihren Thesen auseinander

Normalität und ApokalypseAltdeutsche Radikalität von Robert Kurz

In einem dreiteiligen Beitrag haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert die gegenwärtige Sanierung des Kapitalismus und die Verwandlung linker Theorie in Esoterik beschrieben (»Die Offenbarung der Propheten«, KONKRET 3-5/95). In diesem Heft setzen sich Kurt Hübner und Robert Kurz mit ihren Thesen auseinander

Good Value von Ralf Blendowske

Kunst & Gewerbe

Krauts with Attitude von Günther Jacob
Über die nationale und ethnische Segmentierung der Popmusik

Laute Verrisse von Rayk Wieland
Von einem, der auszog, die Nation Lektüre zu lehren

Neues vom Endsieg von Joachim Rohloff
Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte oder Das Glück des Historikers Alexander Demandt

Reparationen für Wernher von Braun von Stefan Ripplinger
»Operation Beutekunst«: Die deutsche Schatzsuche geht in die nächste Runde

Buch des Monats: Dekonstruktion eines Mythos von Klaus Bittermann
Tom Segev: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1995, 764 Seiten, 68 Mark

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Mumbo Jumbo von Klinkmann, Schneider
Seit 30 Jahren hat der afroamerikanische Schriftsteller Ishmael Reed ein diebisches Vergnügen daran, sich unbeliebt zu machen. Einerseits genießt er als Pionier des postmodernen Romans in den USA vorzügliche Hochachtung, andererseits fürchtet das Kulturestablishmentdie Schärfe, mit der er das Einverständnis des Kulturbetriebs mit den Zuständen in den USA kritisiert. Hierzulande ist Reeds umfangreiches Werk bislang noch so gut wie unbekannt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/95, S. 4

von konkret

Der Chef empfiehlt heute: Resteessen - KONKRET in den Soßen der Saison. Zuerst in einer braunen, serviert vom Chefredakteur der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit«:

PDS streitet über ihren Kurs

Gregor Gysi und Lothar Bisky haben den Versuch unternommen, aus der Ostpartei und DDR-Erbin ein frisches, omnikompatibles Westprodukt zu stylen... Die Verunsicherung eines westlinken KONKRET-Autors kommt nach einem Besuch bei der PDS-Basis zum Ausdruck: »Vor einer großen Sachsenfahne ein Fähnlein gutsituierter Familienväter, ausstaffiert mit bunten Kappen, im Angebot allerhand Kleinkunst und landsmannschaftlichen Nippes... Irgendein Humtata im Dreivierteltakt über >Rote Socke<, gesungen zur Melodie von >Rosamunde< gab mir schließlich den Rest.« Was der KONKRET-Autor ersehnt, nämlich ein Bündnis von westlinken Ideologen der Leistungsverweigerung und Deutschlandhassern mit den Modernisierungsskeptikern aus dem Osten unter einem linksrevolutionären Banner, kann nicht funktionieren... Eine schweigende Mehrheit in der Partei ist mit dem Gysi-Konzept einer linksökologischen Multikulti-Partei, die einem libertären »Anything goes« Vorschub leistet, nicht einverstanden. Mangels Stimme und Alternative klammert man sich an die dargebotene DDR-Nostalgie und macht sich zum nützlichen Helfer von tatsächlichen stalinistischen `Strategen aus dem Westen - Gremliza & Co. werden das Feuer weiter schüren und den Mythos aufrechterhalten, bei Bisky und Gysi handele es sich um »Rechte«, bei den Kritikern unisono um »Linke«.

Nach diesem gedanklich etwas wirren, in der national-sozialistischen Absicht umso klareren Hinweis an die Kameraden von der Bajuvaren-Post, dasselbe Gericht in der rosa Soße der (aus der Wiedervereinigung von Stalin und Trotzki hervorgegangenen) »SoZ«:

... im Ton zwar gemäßigter, in der Sache jedoch umso brutaler und haltloser, haben sich in KONKRET - wo sonst - Thomas Ebermann und Rainer Trampert über die neuen »esoterischen Apokalyptiker der Linken« ausgelassen. Unter diesem Verdikt mischen sie man höre und staune - umstandslos und ohne jegliche Unterscheidungen »alternative Krisenexperten« wie Robert Kurz, K.H. Roth, John Holloway und Joachim Hirsch zu einem vermeintlich reaktionären und staatstragenden, auf jeden Fall tendenziell antisemitischen Brei zusammen... Logik ist nicht ihre Stärke, auch nicht intellektuelle Redlichkeit. Schiefe Zitate werden aus dem Zusammenhang gerissen, neu zusammengesetzt und mit Unterstellungen und Suggestionen angereichert. Man kennt die Methode mittlerweile zur Genüge aus KONKRET und »Bahamas«... Auf Ebermann/Tramperts vermeintlich antinationales, sprich antideutsches Pamphlet wird bei der angekündigten Buchfassung sicherlich genauer einzugehen sein...

obwohl der Autor (C. Jünke) eigentlich alles Wichtige - KONKRET gleich-undeutsch gleich unanständig - schon gesagt hat. (Daß Kritik an KONKRET-Beiträgen auch ohne diese patriotische Denunziation geübt werden kann, führt Michael Menard in einem 5seitigen Artikel zu Ebermann/Tramperts »Offenbarung der Propheten« in der linkssozialdemokratischen Zeitschrift »Sozialismus« 6/95 vor.)

Prophete rechts, Prophete links - das Weltkind in der Mitten serviert KONKRET am liebsten unter gelber Soße, unsichtbar:

Volkmar Sigusch war in diesen Jahren in einer schwierigen Lage. Einerseits war er bis dahin einer der wichtigsten Gewährsleute des »Spiegel« in den Angelegenheiten der Sexualität gewesen und wollte das durchaus bleiben; andererseits hatte er zunehmend den Eindruck, das Magazin beute die Seuche (Aids, d. Red.) *aus. Weil erfand, daß die Krankheit, deren Gefährlichkeit er mitnichten leugnete, von ihrer »Indienstnahme« auch durch »Geschäftsinteressen« getrennt werden müsse, gab er, das war 1986, zusammen mit anderen ein Heft heraus, das er »Operation Aids« nannte. Mit diesen 98 Seiten Polemik und Aufklärung hatte er sich einen mächtigen Feind gemacht: Es dauerte nur noch zwei Monate, bis der»Spiegel« das Hackebeil schwang...*

Der Platz, den Herbert Riehl-Heyse für sein Sigusch-Porträt im »Süddeutsche Zeitung Magazin« hatte, war - mit vier Seiten einfach zu knapp, um darin die Information unterzubringen, daß »Operation Aids« der Titel der 7. Ausgabe des Sonderheftes SEXUALITÄT KONKRET war und die »anderen« Herausgeber neben Sigusch nur einer: Gremliza. Platzmangel auch in der »Zeit«:

Bissingers frühere Stationen: »Stern«, »Natur«, »Merian«...

Zwischen »Stern« und »Natur« war es einfach zu eng, um eine weitere Station des erfolgreichen Blattmachers aufzuführen: KONKRET. Auch der stellvertretende Chefredakteur da »Zeit«, R.W. Leonhardt, macht es, wenn es um KONKRET geht, lieber kurz:

Eine Notiz in KONKRET hatte hingewiesen auf das Werk »Uwe Nettelbeck: Meine Affäre mit der Woche«.

Die »Notiz« stand in KONKRET 3/95 und war zwei Druckseiten lang. Aber natürlich, für KONKRET ist das ziemlich kurz, ja, doch: eine Notiz.

Der nächste öffentliche Jour Fixe für Leserinnen und Leser von KONKRET findet am 30. Juni um 15 Uhr in den Räumen der Redaktion statt (Schulterblatt 58c, 20357 Hamburg).

Konkret 07/95, S. 6

an konkret

Ach was!

KONKRET 6/95 »Der dritte Weltkrieg« von Jürgen Elsässer

Jürgen Elsässer, der radikalste Kritiker aller Vaterländerei, schreibt in seinem Beitrag »Der dritte Weltkrieg«: »Wolfgang Michal demonstriert in seinem Buch *Deutschland und der nächste Krieg* (Rowohlt Berlin) zwar seine Unkenntnis ökonomischer Zusammenhänge, hat aber das unbestreitbare Verdienst, als erster Autor herausgearbeitet zu haben, wie sich von Deutschland aus der Knoten zum Dritten Weltkrieg schürzt.«

Achwas!

Jürgen Elsässer, gefürchtet als der radikalste Kritiker aller Vaterländerei und Richtigsteller von Lügen, demonstriert mit seinem Beitrag zwar seine Unfähigkeit zur Rezension (denn Urteile sollte man belegen können), er hat aber das unbestreitbare Verdienst, als erster begriffen zu haben, wie man das Buch eines anderen zu einem eigenen Artikel umbaut. Ist das schon das vielbesungene »Lob der Fremdherrschaft«? Oder die Vollendung der Vergesellschaftung von Schlüsselideen?

Grüßt mir den gefürchtetsten Radikalen vom Schanzenviertel!

Euer Hilferding-Epigone

Wolfgang Michal

Hamburg

Mit großem Interesse und weitgehender Zustimmung habe ich den Beitrag von Jürgen Elsässer gelesen. In seiner Aussage, Wolfgang Michal »demonstriert in seinem Buch *Deutschland und der nächste Krieg* zwar seine Unkenntnis ökonomischer Zusammenhänge, hat aber das unbestreitbare Verdienst, als erster Autor herausgearbeitet zu haben, wie sich von Deutschland aus der Knoten zum Dritten Weltkrieg schürzt«, ist ihm allerdings partiell zu widersprechen.

Bereits im September 1993 hat Dr. Wolf-Dieter Gudopp seine Arbeit Auf *dem Weg in den Dritten Weltkrieg* als Heft 12 der Wissenschaftlichen Publikationsreihe des Vereins Wissenschaft & Sozialismus (Frankfurt/M.) veröffentlicht. Unser Autor demonstriert darin nicht nur seine Kenntnisse ökonomischer, politischer und historischer Zusammenhänge, sondern auch seine Fähigkeiten zu deren theoretischer Verallgemeinerung. Die Arbeit ist für interessierte KONKRET-Leser/innen gegen 8 Mark plus 2.50 Porto zu beziehen bei der Geschäftsführung des VW&S: Josef Mayer, Trifelstraße 6, 60528 Frankfurt/M.

Josef Mayer

Frankfurt/M.

Erdkunde

KONKRET 6/9S: Gremlizas »express«

Sollten Sie ehrlich nicht verstehen, was einer auf KONKRET bezogen mit »negativem Nationalismus« meinen könnte? Nehmen Sie einen Globus und markieren sich irgendwie die Bundesrepublik, nehmen Sie auch ruhig, um der Bevölkerungszahl bzw. -dichte Rechnung zu tragen, die iberische Halbinsel, Frankreich, Benelux, Polen und Österreich dazu, und halten sich ein typisches Inhaltsverzeichnis von KONKRET daneben. Wenn's Ihnen dann noch nicht klar wird, markieren Sie sich die Junaitid Stejts auf dem Globus und halten sich einen »Militant«, US-amerikanische Wochenzeitung, links, KONKRET nicht unvergleichbar, oder noch besser: das zugehörige Monatsblatt »Perspectiva Mundial«, daneben . . .

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Hackas / Schweden

Konkret 07/95, S. 8

Hermann L. Gremliza

Deutschland in Zivil

Also sprach ein Mitglied des Bundestagspräsidiums: Wogegen wir uns gemeinsam wenden müssen, das ist das InfragestelIen der historischen Wahrheit, das Verrechnen der Opfer, das Ableugnen der Fakten. Wer Schuld aufrechnen will, wer behauptet, es sei doch alles nicht so - oder nicht ganz so - schlimm gewesen, der macht schon den Versuch zu verteidigen, wo es nichts zu verteidigen gibt.

Die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden noch heute ein Faszinosum insofern, als es in der Geschichte kaum eine Parallele zu dem politischen Triumphzug Hitlers während jener ersten Jahre gibt... Sicher, in freien Wahlen hatte Hitler niemals eine Mehrheit der Deutschen hinter sich gebracht. Aber wer wollte bezweifeln, daß 1938 eine große Mehrheit der Deutschen hinter ihm stand, sich mit ihm und seiner Politik identifizierte?

Nur ganz vereinzelt gab es Teilnahme und praktische Solidarität, Beistand und Hilfeleistung. Alle sahen, was geschah, aber die allermeisten schauten weg und schwiegen. Auch die Kirchen schwiegen.

Zu der entsetzlichen Wahrheit des Holocaust trat die vielleicht bis heute nicht völlig verinnerlichte Erkenntnis, daß die Planung des Krieges im Osten und die Vernichtung der Juden unlösbar miteinander verbunden gewesen waren, daß das eine ohne das andere nicht möglich gewesen wäre.

Die rasche Identifizierung mit den westlichen Siegern förderte die Überzeugung, letzten Endes - ebenso wie andere Völker >besetzt< und schließlich befreit worden zu sein. Auch dies gehörte zu den Grundlagen, auf denen eine ungeheure Wiederaufbauleistung das von der Welt ungläubig bestaunte deutsche Wirtschaftswunder hervorbrachte.

Und also antwortete ein Mitglied des Bundestagspräsidiums:

Die Vertreibungen gehören zu den großen Traumata dieses Jahrhunderts. Die ethnischen Säuberungen... standen am Anfang der größten Verbrechen, die dieses Jahrhundert prägen.

Mit dem Tod Hitlers und mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus hatte das Vertreiben noch kein Ende... Zwischen 1945 und 1989 war die Vertreibung ein Thema, das die politische Welt fein säuberlich in Lager trennte... Für die politische Linke war es weitgehend ein Tabuthema, besetzt von vermeintlich Ewiggestrigen... Aber das Wegsehen war auch mitleidslos gegenüber den Menschen, die ohne Schuld wiederum Opfer von Gewalterfahrungen wurden.

12 Millionen Vertriebene verzichteten früh auf Rache und wurden damit zu so etwas wie sozialem Sauerteig.

Im Rückblick wurde es dann doch noch zu einem Glücksfall: Wahrscheinlich ist damals mit der erzwungenen Völkerwanderung und der geglückten kulturellen Integration der Grundstein für jene multikulturelle und liberale Gesellschaft gelegt worden, die die alte Bundesrepublik so liebenswert und so offen gemacht hat.

Seit 1989 ist klar: Das letzte Wort zum Thema Vertriebene ist noch nicht gesprochen... Hier haben die Vertriebenen durch eine Gunst der Stunde eine einmalige Schlüsselrolle.

Menschen brauchen eine Heimat so wie Brot und Luft zum Atmen und Freiheit... Wenn das Recht auf Heimat nicht anerkennt, daß in den ehemaligen deutschen Gebieten heute neue Heimatrechte entstanden sind, die auch berücksichtigt werden müssen, dann liegt kein Segen drauf

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Präsident Havel hat sich 1989 für die Vertreibung der deutschen Mitbürger aus der Nachkriegstschechoslowakei entschuldigt.

In der Wahrheit leben heißt auch, in der real existierenden Gegenwart mit ihren politischen Möglichkeiten und ihren politischen Fesseln anzukommen.

Der erste Redner hatte kaum geendet, da war er sein Amt schon los. Die liebenswerte, offene alte Bundesrepublik konnte und wollte seine »Juden-Gedenkrede« (»Bild«) nicht ertragen. Philipp Jenninger, ein stets zuverlässiger Christdemokrat, der zu aller Überraschung fünfzig Jahre nach dem 9. November 1938 etwas dazuzulernen sich bemüht hatte, durfte nicht Bundestagspräsident bleiben. Er habe »dem Land Schaden zugefügt« (»Frankfurter Rundschau«), einen »bestürzenden Mangel an Sensibilität« und »an gedanklicher und sprachlicher Sorgfalt« offenbart (Jochen Vogel) sowie »die Chance, Trauerarbeit zu leisten, vertan« (Die Grünen). Erst heute aber, sieben Jahre später, wird offenbar, welcher Absicht dieser Redner weichen mußte: Platz zu schaffen einer Rede, in der die ganze Nation sich wiederzufinden und wieder zu lieben vermag; und einer Rednerin, die keine Chance, Trauerarbeit zu leisten, je vertäte.

Was hat Jenninger 1988 gesagt?: daß die Deutschen ihre Führer gerufen, gewählt, gewollt und ihnen den Weg freigemordet hatten überallhin, wo sich Juden zum Vernichten einsammeln ließen; daß, solange es ging, so gut wie alle mitgemacht und

bestenfalls weggeschaut haben; daß sie unaufrechenbare Schuld auf sich geladen haben, es nachher nicht gewesen sein wollten und auf diese Lüge ihren Wiederaufstieg gebaut hatten.

Und was antwortet 1995 die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Dr. Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen)?: daß die größten Verbrechen dieses Jahrhunderts mit Vertreibungen begonnen hätten, die sie, zum besseren Verrechnen, »ethnische Säuberungen« nennt; daß die Sudetendeutschen, die ihren Führer gerufen, seinen Statthalter Henlein mit 92 Prozent ihrer Stimmen gewählt und der Wehrmacht den Weg zur »Zerschlagung der Resttschechei« (Hitler) freigejubelt haben, als Menschen ohne Schuld Opfer von *Gewalterfahrung* geworden seien; daß die 12 Millionen Vertriebenen sogleich auf jede Rache verzichtet und heftig an der gründlichen Zivilisierung der westdeutschen zu einer multikulturellen und liberalen Gesellschaft mitgewirkt hätten; daß jetzt, da wir in den ehemals deutschen Gebieten endlich Leute (Jelzin, Walesa, Horn, Havel) hingesetzt haben, die sich für die Verbrechen ihrer Landsleute entschuldigen, die Gelegenheit günstig sei, das unverzichtbare Recht auf Heimat zu reklamieren, wobei man es sich sogar leisten könne, die Rechte der Leute, die heute dort wohnen, *auch zu* berücksichtigen.

Jenningers Bedauern, daß es keine Teilnahme für die Verfolgten gegeben habe »alle sahen, was geschah, aber die allermeisten schauten weg und schwiegen« -, ist abgelöst von der grünen Klage, daß die politische Linke mitleidlos vom Schicksal der Vertriebenen weggesehen habe. Vor den Sudetendeutschen wird Bayerns Ministerpräsident Stoiber ein paar Tage später diesen - wie sagt das Milieu?: - Paradigmenwechsel erklären: »Wir haben immer gesagt, Voraussetzung für Verständigung ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte... Wir Deutschen wissen, was es heißt, der historischen Wahrheit ins Auge zu schauen und Schuld zu bekennen. Nach den letzten 50 Jahren können wir aus Erfahrung und Überzeugung sagen: Es führt kein Weg daran vorbei... Deshalb rufe ich den Tschechen zu: Sprechen Sie mit den Sudetendeutschen! Suchen Sie die Verständigung mit den Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden und vieles mehr verloren haben! Heilen Sie die geschlagenen Wunden ! « Wir haben unsere Schuld gebüßt. Jetzt, Tschechen, seid ihr an der Reihe.

Bei dieser Veranstaltung durfte die Vizepräsidentin erfahren, wie sehr sie mit ihrem sozialen Sauerteig in der Wahrheit lebt. Als den Sudetendeutschen, die deren Rede noch nicht kannten, die Vizepräsidentin des Bundestags vorgestellt wird, geschieht dieses: »Mitten im Satz bricht Protestgeheul los. Nicht nur ein paar Pfiffe, nein, ein wütendes Gebrüll; nicht von ein paar Krakeelern, sondern von einer unüberschaubaren Menge, von Zehntausenden. So stehen sie nun da, recken die Fäuste gen Himmel und brüllen, was die Lungen hergeben, minutenlang. Ein paar Betagte, puterroten Kopfes, schreien: Hängt sie auf! Stellt sie an die Wand!« (aus: »Die Zeit«). Man stelle sich dieses Pack vor, wie es in Cheb, nachdem es Eger auf das Ortsschild gemalt hat, die Heimatrechte der Bewohner »auch berücksichtigt«.

Schirmherr Stoiber nimmt die Beschimpfte in Schutz. Er weiß, was a an ihr hat. Sie exkulpiert die nur »vermeintlich« Ewiggestrigen, die dennoch ihren Haß auf die vermeintlich Linke richten, und schafft so der rechten deutschen Ostpolitik Luft. Was die sudetendeutschen Landsmänner wollen: Land und Geld der Tschechen, wollen Stoiber und die Bundesregierung auch. Es ist aber so, daß man daran umso leichter kommt, je weniger man darüber redet. Wer, wie die sudetendeutschen Funktionäre, die Aufhebung jener Gesetze verlangt, die 1945 die Enteignung der Deutschen ermöglicht haben, ihre Abschiebung heim ins Reich und die Straffreiheit aller, die handgreiflich nachgeholfen haben, wer ein kollektives Rückkehr- und Volksgruppenrecht fordert und wer - wie Theo Waigel - einen »Beauftragten für das deutsch-tschechische Verhältnis« berufen will, bekommt leicht Antworten, wie sie der CSU-Vorsitzende sich vom tschechischen Ministerpräsidenten Klaus einhandelte: Es gebe keinen spezifischen Grund für solch ein Amt. die tschechische Republik lasse sich nicht in »nicht dem Standard entsprechende Beziehungen« mit anderen Ländern drängen; es gebe auf beiden Seiten Botschafter und Außenminister. Man brauche, hieß das, nicht schon wieder einen Reichskommissar für Böhmen und Mähren.

Es geht nämlich auch anders. Schon heute, sagt Stoiber, sei Deutschland der wichtigste Handelspartner der tschechischen Republik, viele Tschechen erlernten die deutsche Sprache, bald komme die Osterweiterung der Europäischen Union. Wozu über den Verlauf von Grenzen streiten, die es bald nicht mehr gibt? In ein paar Jahren ist die Tschechei ein europäisches Bundesland, also ein deutsches. Zwar nennt auch Stoiber die Dekrete der Regierung Benes, die 1945 mit Zustimmung der USA und der UdSSR in Kraft traten, »rechtswidrig und unmoralisch«, will auch die Bundesregierung keines der überlebenden 12.000 tschechischen Nazi-Opfer entschädigen, bevor die Tschechen nicht die Henlein-Deutschen entschädigt haben, aber das dient nur der Erpressung - und dem Haushalt: Die Zahl der überlebenden tschechischen Nazi-Opfer wird in ein paar Jahren nur noch zweistellig sein.

Den Tschechen die Hoffnung zu rauben, sie könnten im neuen Deutschland Partner jenseits von Kohl, Stoiber und ihren »sudetsky« finden, hilft der Bundesregierung neben Frau Vollmer vor allem der kongeniale Herr Glotz: »Ich habe wesentlich mitbeeinflußt«, sagt er, »daß das Thema heute in der SPD ganz anders diskutiert wird.« Nämlich so: »Ich trete dafür ein, daß die Opfer der wilden Vertreibung entschädigt werden genauso wie die Naziopfer in der Tschechischen Republik. Das sind die Menschen, die zwischen dem 8. Mai und dem August 1945 vertrieben, gequält, in

Konzentrationslager gesperrt wurden.« Konzentrationslager. Tschechische KZ-Wächter. Deutsche KZ-Opfer. SPD-Diskussion, ganz anders.

Wogegen wir uns gemeinsam wehren müssen, das ist das Verrechnen der Opfer, hat Jenninger gesagt. Er, der Rechte, der jetzt Botschafter beim Vatikan ist, mußte gehen, damit von links Frau Vollmer und Herr Glotz ungestört das Faszinosum und seine Folgen mit der ethnischen Säuberung des »Sudetenlandes« verrechnen können.

Konkret 07/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Fortschritt 1

Einst hatte die Berliner SED hier ihre Gäste untergebracht, die zur Auffrischung ihrer Kenntnisse in Marxismus-Leninismus oder zu anderen gemeinnützigen Zwecken in der Hauptstadt der DDR weilten. Heute heißt das Gästehaus »Abacus Spreehotel«, aber lernen sollen seine Besucher immer noch. Die Direktion drängt zu diesem Zweck den Geschäftsreisenden »eine Reihe von Wunsch-Seminaren« auf, unter Titeln wie: »Selbstfindung«, »Stimme als Energie: Sonnengeflecht«, »Sprech-Denken (mit Trainingsprogramm)«, »Rhetorik zur Menschenbildung und Menschenführung«, »Telefontraining: Verhalten, Aquisition und Verkauf«, »Körpersprache in Beruf, Partnerschaft und Alltag«, »Personality in Körper, Stimme und argumentativer Präsentation«, »Ganzheitliche Führungskräfteentwicklung«, »Lebensstil und Etikette« und was man sonst so braucht für das Leben in einer freien Gesellschaft, jenseits von Indoktrination und Gängelung.

Fortschritt 2

Das seit der Volkserhebung von 1989 herrenlose, ehemals volkseigene Landschaftsschutzgebiet Naturpark Uckermärkische Seenlandschaft (Größe 1.400 Hektar) ist wieder im Besitz des Volkes, vertreten durch die Volksgenossen Seine Durchlaucht Philipp Reinhard Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich und Seine Exzellenz Friedrich Ernst Graf zu Solms-Laubach.

Legalized

Der Bundesverband der Ersatzkassen hat zusammengezählt: Jeder Bundesbürger schluckt pro Jahr 1.250 Pillen. Durchschnittlich. Injektionen und Inhalationen nicht gerechnet.

Marching Saints

Der Präsident Polens, Lech Walesa, will zusammen mit der Gewerkschaft »Solidarität« einen »Block der Reformkräfte« gegen die polnische Regierung bilden. »Die Revolution der Solidarität« sei »auf dem halben Weg steckengeblieben«. Von der sozialistischen Erziehungsdiktatur ist die revolutionäre Solidarität erst zur bürgerlichen Demokratie gekommen. Bis zu Walesas altem Ziel, dem klerikalen Faschismus, ist’s noch ein Stück.

Rechtsstaat

Ilir Hodscha, Sohn des ehemaligen albanischen Staatschefs Enver Hodscha, ist in Tirana zu einem Jahr Haft verurteilt worden. Der vom Kommunismus befreite Rechtsstaat erklärte den Angeklagten der »Gefährdung des öffentlichen Friedens und der Aufwiegelung« für schuldig.

Unrechtsstaat 1

Eine Bundesbürgerin hat einen Prozeß verloren. Nun muß sie die Kosten des Verfahrens (3.500 Mark) bezahlen. Sie zahlt nicht. Der Gerichtsvollzieher kommt, nachdem er sich bei der Schuldnerin Tage zuvor angemeldet hatte. Er findet ihr Haus von Journalisten, Fotografen, Kameramännern und Demonstranten umstellt. »Es war wie ein Klassentreffen, wie zu alten DDR-Zeiten: Gerd und Ulrike Poppe, Angelika Barbe, Stephan Hilsberg, Martin Gutzeit, Freya Klier, Wolfgang Templin, Jens Reich und Marianne Birthler« (»Münchner Merkur«). Aufgerufen zum Klassentreffen hatte die CDU Brandenburgs. Ihre Jungs und Mädels von der Jungen Union trugen T-Hemden mit dem Ausspruch, den das Hamburger Landgericht ihrer Märtyrerin verboten hatte: »Gysi ist ein Stasi-Spitzel.«

Das KONKRET-Komitee zur Verteidigung der Grunzrechte empfiehlt ein paar Parolen für den Fall, daß der Gerichtsvollzieher, der sich vom (CDU-)Anwalt der Schuldnerin ohne Geld und Pfand brav nach Hause schicken ließ, es noch einmal wagen sollte, unsere Heilige Barbara von den Mattscheiben zu belästigen: »Freiheit für Bohley! – Nieder mit den Stalin-Lakaien der Hamburger Justiz! – Poppe, Poppe, Barbe, zeiget eure Narbe! – Wir sind das Volk und sein Gerichtshof!«

Unrechtsstaat 2

Am Treffen von Bohleys Klasse nicht teilgenommen hat der einzige von Gysis Mandanten, der ein paar Jahre in einem DDR-Gefängnis einsitzen mußte. Er erzählt die einzig wahre Geschichte der Verfolgung:

Schon bei dem vorigen Anlauf, meinem einstigen Anwalt Gregor Gysi Mandantenverrat in meinem Falle anzuhängen, habe ich öffentlich festgestellt, daß ich dies weder damals (1977-79) wahrgenommen habe, noch heute angesichts der Belege in meinem Fall bestätigen kann. Jetzt schreibt der »Spiegel« wieder besseres Wissen so, als hätte er diesbezüglich meine Interes-sen vertreten. Insbesondere sind die Vermutungen, Gysi habe mir Schaden zugefügt, konkret auf der ganzen Linie unzutreffend.

Im »Realsozialismus« hatte der Anwalt – und genau auf dieser Grundlage konnte er hilfreich sein – nie nur die Vertretungsfunktion für den Mandanten, die Mandantin, sondern zugleich eine Vermittlungsfunktion zu staatlichen Organen. In meinem Fall natürlich auch zur Partei.

Das hatte ich realistisch einkalkuliert, schon als ich Gysi zum Anwalt nahm, nicht zufällig ein Parteimitglied und den Sohn von Klaus Gysi. Was ich ihm sagte, war in der Regel gerade dazu bestimmt, weitergegeben zu werden – an wen, d.h. an welche Organe der Machtstruktur, war seine Sache. Ob das an das Zentralkomitee war oder gegenüber dem MfS, machte aus meiner Sicht ohnehin keinen Unterschied. In diesem Sinne habe ich ihm vertraut und denke bis heute, gerade angesichts der konkreten Information,aus gutem Grund.

Soweit Rudolf Bahro, der nicht den Kommunisten den Querkopf gemacht hat, um anschließend der Bourgeoisie den Lakaien zu machen. Sie wird es ihn demnächst spüren lassen.

Tourismus

Für Frau Bohley hatte der DDR-Anwalt Gysi einst bei der Staatssicherheit einen Studienaufenthalt im KZ (nämlich in England) herausgeschlagen. In Springers »Welt am Sonntag« bedankt sich das Opfer heute so: »Gregor Gysi war ein Stasi-Spitzel. Ich halte diese Behauptung aufrecht und würde mich dafür notfalls einsperren lassen.« Frau Bohley scheint schlecht beraten. Jemand müßte ihr sagen, daß das Landgericht Hamburg keine Studienreisen finanziert.

Demokretin

»Dieser Abgeordnete ist eines frei gewählten Parlaments unwürdig«, hat der CDU-Generalpastor Hintze über Gysi gesagt. So frei gewählt ist kein Deutscher Bundestag, daß jeder frei gewählte Abgeordnete darin sitzen dürfte.

Neue Weltordnung

Der diesjährige Weltsozialbericht des Uno-Kinderhilfswerks Unicef meldet eine »wachsende Gleichgültigkeit der Industrienationen gegenüber der Armut in der Dritten Welt«. Fast alle Industrieländer hätten ihr Entwicklungshilfeprogramm in den letzten Jahren gekürzt – allein 1993 um insgesamt acht Prozent. Täglich stürben 35.000 Kinder an leicht vermeidbaren Krankheiten wie Lungenentzündung, Durchfall oder Masern.

Verdienstkreuz

»Es gibt nichts, was man ihm vorwerfen könnte, außer daß er ein getreuer Gefolgsmann Hitlers war«, sagt Generalmajor Rainer Jung, der Befehlshaber des Wehrbereichs VI, zur Begründung, warum eine Bundeswehr-Kaserne in Füssen den Namen des Hitler-Generals Eduard Dietl behalten sollte. Dietl war ein Nazi der ersten Stunde. Paul Kleinewefers, geboren 1905, trat erst 1932 in die NSDAP ein. 1935 wurde er Fördermitglied der SS. Als Maschinenfabrikant betrieb er einen »Nationalsozialistischen Musterbetrieb«, der später auch Zwangsarbeiter beschäftigte. Am 2. November 1942 (Eingangsstempel: 9. November, immer wieder) wandte sich die Firma Kleinewefers »An die Geh. Staatspolizei«:

Unsere Ostarbeiterin P. Alexandra, geboren 1895, hat in unserem Lager unter den Ostarbeiterinnen Unruhe gestiftet und ist mit der Verpflegung nicht zufrieden. Sie hat versucht ihre Arbeitskameradinnen dazu zu bewegen die Arbeit niederzulegen und ebenfalls Beschwerde über Essen usw. vorzubringen.Wir haben die Ostarbeiterin daraufhin in Einzelarrest genommen um sie von den anderen Lagerinsassen abzusondern. Wir haben festgestellt, daß die Genannte und auch noch andere Ostarbeiterinnen im Hause Inratherstrasse X angeblich bei einer Frau M. verkehren und es hat den Anschein, als ob von der Stelle aus die Ostarbeiterinnen irgendwie beeinflusst werden. Wie uns zugetragen wurde, ist die Frau M. gebürtige Russin und deren Mann wegen politischer Straftaten im Gefängnis.

Wir bitten Sie, die Angelegenheit genau zu untersuchen und vor allem gegen die Alexandra P. die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Heil Hitler!

Joh. Kleinewefers Soehne

ppa.

1995 soll Paul Kleinewefers das Bundesverdienstkreuz erhalten. Es gibt nichts, was man ihm vorwerfen könnte, als daß er ein treuer Förderer der SS und der Gestapo war.

Tempora & Mores

Liebesgruß aus einer alten Welt:

Antrag zum TOP »Verhältnis zur PDS«: Die ZDK möge beschließen: Alle Genossinnen und Genossen der VSP, die an einer verstärkten Orientierung Richtung PDS interessiert sind, treffen sich im folgenden Jahr regelmäßig im Rahmen einer AG PDS in der VSP (analog zur Internationalismus-AG, Frauen-AG und B&G-AG), um die Möglichkeit einer kollektiven Arbeit in und um die PDS auszuloten.

(Aus 1. Beilage zur 8. ZDK in »SoZ« Nr.10)

Platzhelden

Anschluß an die nationale Verblödung der Linken des Altreichs sucht die Kommunistische Partei der deutschen Ostmark mit einer Erklärung zum 50. Jahrestag:

Die KPÖ war und ist Teil der österreichischen Nation; sie hatte an ihrer Formierung theoretischen und praktischen Anteil. Durch ihre gesamte Geschichte hat sie sich bemüht, die Interessen der Arbeiterklasse und des österreichischen Volkes zum Inhalt ihrer Politik zu machen. So ist aber auch zu fragen, wieso der Einsatz von so vielen KommunistInnen und das große Ansehen, das sie im antifaschistischen Widerstandskampf errangen, nicht den seit Jahrzehnten anhaltenden Einflußrückgang der KPÖ verhindern konnten.

Wer so schreibt, wird es nie verstehen. Und wenn er den Kämpfern fünfzig Jahre nach Beendigung des Widerstands noch so viele große I in einen Namen hineinmalt, der die Negation der Nation ist oder aber ein völkischer Scheißdreck.

Konkret 07/95, S. 12

Jürgen Elsässer

Ein deutscher Krieg

Die deutsch-kroatische Aggression auf dem Balkan hat Uno wie Nato paralysiert und gespalten, die Großmächte agieren jetzt auf eigene Faust. Eine englisch-französische Eingreiftruppe soll die Bundeswehr-Intervention verhindern – und macht sie doch immer wahrscheinlicher

Die für den Verlauf des Balkankriegs entscheidenden Ereignisse finden zur Zeit in Kroatien statt, und keineswegs zufällig wird in der hiesigen Presse kaum darüber berichtet. Während die Fronten in Bosnien-Herzegowina trotz erbitterter Gefechte noch immer im Stellungskrieg verharren, hat die kroatische Regierung in einem Blitzkrieg große Teile der serbischen Krajina erobert. Und während jeder einzelne Tote in Sarajevo oder Tuzla von »FAZ« bis »Taz« akribisch registriert und bei erhöhter Nachfrage notfalls auch herbeigeschrieben wird, sind die Massengräber, die die Tudjman-Armee beim Vormarsch in Westslawonien hinterlassen hat, keinen Artikel, kein Foto, kein Fernsehfeature wert. 300 von den bosnischen Serben gefangengenommene UN-Blauhelme wecken als vermeintlich unschuldige Opfer gleichermaßen Mitleid und Wut – doch was ist mit den Hunderten von serbischen Zivilisten aus Pakrac, die wochenlang in kroatischen Gefangenenlagern interniert waren?

Die kroatische Offensive wurde von langer Hand geplant und hätte ohne Bonner Unterstützung nicht durchgeführt werden können. Im Dezember letzten Jahres waren die deutschen Hoffnungen auf einen baldigen Kriegseintritt jäh enttäuscht worden: Die Friedensinitiative des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter hatte die Pläne für einen Uno-Abzug, bei dem die Deutschen mit Kampfflugzeugen nur zu gerne assistiert hätten, gegenstandslos gemacht. Die Kämpfe flauten schnell ab, in Sarajevo wurde wieder flaniert. Grund zur Freude? Nicht in Deutschland: Die »FAZ« sprach von einem »windigen Abkommen«, die »FR« von einem »Schachzug der führenden bosnischen Serben«, durch den sich Carter – sekundierte die »Taz« – »als privater Vermittler völlig desavouiert« habe.

Da paßte es gut, daß Tudjman dem falschen Frieden ein Ende bereitete und am 12. Januar den Uno-Blauhelmen, deren Verbleiben in Bosnien eben erst von Carter gesichert worden war, das Aufenthaltsrecht für Kroatien kündigte. Mehr als zwei Jahre lang hatte die Uno einen Modus vivendi zwischen der serbischen Krajina und der Zagreber Regierung, die dieses Gebiet beansprucht, bewahren können. Unabhängig vom weiteren Verhandlungsgeplänkel mit der Uno führten die Kroaten militärische Maßnahmen durch: In aller Stille hatten Regierungstruppen und bosnische Kroaten seit November 1994 strategisch wichtige Stellungen im südöstlichen Hinterland von Knin, der Krajina-Hauptstadt, erobert. Bis zum April wurden weitere 15.000 Soldaten an der Grenze zur Krajina zusammengezogen, während die Serben naiv das Waffenstillstandsabkommen vom 29. März 1994 respektierten und ihre schweren Waffen unter Uno-Kontrolle beließen. Zum Losschlagen fehlte Tudjman nur noch ein Anlaß, und der sollte nicht auf sich warten lassen: Am 27. April wurde auf dem Teilstück der Autobahn Zagreb-Belgrad, das durch die Krajina führt, ein Serbe ermordet, am 29. April fand man dann auch fünf Kroaten erschossen in ihrem Auto. Am nächsten Tag – die orthodoxen Serben feierten ihr Osterfest – trat die kroatische Armee zu einer »begrenzten Polizeiaktion« an, angeblich um die Sicherheit auf der Autostraße wiederherzustellen. Im Verlauf dieser Militäroperation wurden zwischen 5.000 (Uno-Angabe) und 15.000 (serbische Angaben) Bewohner der Krajina vertrieben. Während Zagreb zunächst nur von 450 getöteten serbischen Soldaten wissen wollte, räumte der stellvertretende Premier Kostovic am 22. Mai schließlich die Existenz von Massengräbern ein und sprach von 188 toten Zivilisten. Am 25. Mai konnte, nach einer wochenlangen Sperre des Gebietes durch die Zagreber Behörden, endlich der UN-Menschenrechtsbeauftragte Mazowiecki eine Vorort-Untersuchung vornehmen. Er warf daraufhin den Kroaten »Greueltaten« vor. Unter anderem sollen im Ort Novi Vares beim Beschuß eines Flüchtlingstrecks aus der Luft 100 Serben getötet worden sein.

Im Verlauf dieser militärischen Eskalation hat die Bundesregierung zwar Kroatien mehrfach kritisiert. Doch wichtiger als die wohlfeilen Rügen waren die wertvollen Belohnungen von deutscher Seite: Am 17. Februar begann in München eine »Kroatische Woche«, in deren Rahmen auf Regierungsebene und mit Vertretern von Siemens und bayrischen Banken zahlreiche Projekte verabredet wurden. Unter anderem spendierte Bayern eine umfassende Wohnungsbauhilfe von 30 Millionen Mark, die Zagreb ausschließlich für Siedlungen in der – damals noch vollständig serbisch regierten! – Krajina verwenden wollte. Der Bonner Entwicklungshilfeminister und Zitelmann-Gewährsmann Spranger (CSU) traf sich zur Konkretisierung des Deals Mitte April mit der kroatischen Regierung. Nicht etwa, um die Verwendung der Gelder an eine friedliche Regelung der Krajina-Frage zu knüpfen, sondern um ganz im Gegenteil deren Freigabe ohne jede Auflage zu beschleunigen. Zwei Wochen später begann der »Blijesak« (Blitz), die kroatische Offensive. Überflüssig zu erwähnen, daß die EU auch nach dieser Militäraktion ihre umfangreiche Finanzhilfe für Kroatien – u.a. hatte der »Pariser Club« im März 1995 den Kroaten die Hälfte ihrer Auslandsschulden erlassen und die Fälligkeit der ersten Rate auf 1998 verschoben – niemals in Frage stellte.

Ohne Deutschland wäre Kroatien 1991 nicht entstanden – und 1995 nicht lebensfähig. Die BRD und Italien sind mit jeweils etwa 20 Prozent Anteil an Import und Export seine mit weitem Abstand wichtigsten Handelspartner. Diese Abhängigkeit hat sich 1994 weiter verschärft: Während Kroatiens Außenhandel insgesamt um über 20 Prozent zurückgegangen ist, sind die Ausfuhren in die BRD um 1,6 Prozent, die Einfuhren aus der BRD gar um 22,4 Prozent gestiegen.

Ähnlich sieht es bei der Rüstung aus: Nach 1990 wurde Deutschland Kroatiens wichtigster Waffenlieferant. »Ob es sich um Waffen der ehemaligen NVA, von MBB entwickelte Panzerabwehrwaffen des Typs Armbrust aus Singapur, Schnellfeuerwaffen von Heckler & Koch, um die Abrüstungsmasse der christlichen Milizen im Libanon oder um die Einschaltung des internationalen Waffenhändlers Karl-Heinz Schulze aus dem belgischen Boom durch einen deutschen Konsul handelt – der Bundesnachrichtendienst hat, was Kroatien betrifft, den größten Anteil an der Aushöhlung der Embargobeschlüsse der UN«, resümiert der ehemalige Geheimdienstler Erich Schmidt-Eenboom in seinem neuesten Buch unter Berufung auf u.a. das *Bulletin of the Atomic Scientist* von 1994.

Besonders eng sind die Verbindungen zwischen den Geheimdiensten. »Der BND hat sich dem kroatischen Geheimdienst gegenüber so benommen, als wäre dieser ein Sektor des BND«, berichtet der langjährige Chef der Belgrader Auslandsspionage, Duhacek. Ähnlich äußerte sich auch die britische Militärfachzeitschrift »Jane's Intelligence Review« im September 1994: »Was die Art der Hilfe anbelangt, die Deutschland Kroatiens Geheimdiensten angedeihen läßt, ist die Schulung der Kader die wichtigste Fördermaßnahme... Die wichtigste geheimdienstliche Verbindung Kroatiens ist darauf aus, seine Dienste zu zersplittern und letztendlich zu zerstören.«

Nach der Eskalation in Kroatien war der von Carter gestiftete Frieden in Bosnien nicht länger mehr haltbar – und damit stiegen die deutschen Chancen auf Kriegsbeteiligung. Seit dem 25. Mai waren die für eine Balkan-Intervention vorgesehenen Bundeswehr-Truppen in erhöhter Alarmbereitschaft. Tornado-Staffeln übten die Luftbetankung unter Gefechtsbedingungen und donnerten – so berichtete der BUND – im Tiefflug über die Atommüllager in Gorleben hinweg. Am 30. Mai segnete das Bundeskabinett diese Mobilmachung ab und erleichterte ein weiteres Mal den Kriegseintritt für deutsche Soldaten: Erstmals verzichtete man dabei auf die Tarnbehauptung, daß die Bundeswehr nur im Falle eines Uno-Abzugs eingreifen solle, und beschloß einen Einsatz auch zum Zweck einer Begradigung der Fronten im ehemaligen Jugoslawien (»Umgruppierung«). Am 1. Juni verständigten sich die Bonner Oppositionsführer Rudolf Scharping und Joschka Fischer diskret darauf, auch dem neuerlich radikalisierten Kriegskurs der Bundesregierung zuzustimmen – einzig die Entsendung der Tornado-Kampfflugzeuge bleibt danach noch strittig, was in den Medien ausführlich behandelt wird, in der Sache aber bedeutungslos ist: Der militärische Nutzen der Tornados steht eh in Frage, weil sie als verletzbar durch die serbische Flugabwehr gelten. Am 2. Juni stimmten die Sprecher von Bundesregierung und Opposition während einer internen Beratung ohne Beteiligung der PDS das weitere Vorgehen ab. Angetan von diesem endlich wunschgemäßen Ablauf der Entscheidungen konnte die »FAZ« sich nicht zurückhalten und plauderte die fiebrige Erwartung der politischen und militärischen Stäbe aus: »Die Bundesregierung erwartet, daß die Verbündeten Deutschland um militärische Hilfe bitten werden, wenn die UN-Truppen in Bosnien umstrukturiert werden. Sie schließt nicht aus, daß solche Erwartungen bereits am Samstag in Paris an sie herangetragen werden.«

Am 3. Juni war der große Tag gekommen, der »Samstag in Paris« mit dem Treffen der 15 Verteidigungsminister aus den Nato- und EU-Staaten – aber welche Enttäuschung: Niemand lud die Deutschen zur Hilfe ein. Der Nato-Plan 40.401, der unter dem Codenamen »Determined Effort« den Einsatz von 40.000 Soldaten als Unterstützung für einen Uno-Abzug vorgesehen hatte, wurde nicht den neuen Umgruppierungsplänen der Uno angepaßt, sondern schlicht fallengelassen. Der Marschbefehl für die Schnelle Eingreiftruppe der Nato, welche bereits im letzten Jahr den Bosnien-Einsatz im Manöver trainiert hatte und nun inklusive der ihr angeschlossenen deutschen Kontingente Gewehr bei Fuß stand, um in der Nähe von Sarajevo ihr Hauptquartier aufzuschlagen, wurde nicht nur nicht erteilt, er war zunächst mal vom Tisch.

Halten wir fest: Wie schon beim letzten Bonner Vorstoß im Dezember 1994 ist auch Anfang Juni der deutsche Kriegseintritt nicht durch den Widerstand einer hiesigen Opposition verhindert worden – ganz im Gegenteil hatte die Bundesregierung diesmal neben Scharping auch noch Fischer auf Linie gebracht – , sondern durch das Wirksamwerden innerimperialistischer Widersprüche. Hatte vor einem halben Jahr die Initiative Carters zu einer wenigstens vorübergehenden Entspannung geführt, so bewirkte dies nun ein Alleingang Englands und Frankreichs.

Noch am Tag vor der Pariser Konferenz hatte Minister Rühe in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« ausdrücklich »die Kommandoführung der Vereinten Nationen in Bosnien ... praktisch mitverantwortlich« gemacht für den Fortgang des Krieges – und nun wurde genau diese Kommandoführung als zuständig auch für die neue Eingreiftruppe bestätigt. Die 15 Außenminister konnten nur noch das Fait accompli absegnen, das die englisch-französische Entente durch die Verschmelzung einiger ihrer Einheiten in Bosnien und durch die Heranführung frischer Verbände in den Tagen zuvor schon geschaffen hatte: Als Eingreiftruppe wird kein Nato-Verband fungieren, sondern ein englisch-französisches Kontingent (dem sich später noch Holland und Spanien anschlossen). Mit diesen insgesamt 10.000 Mann werden erstmals

Soldaten anderer Länder im Kriegsgebiet nicht unter Blauhelmen kämpfen, sondern in den Uniformen ihrer Entsenderstaaten. Auch die Befehlsgewalt wird bei den beteiligten Nationalstaaten liegen: Sie sollen den UN-Kommandeuren in Zagreb und Sarajevo, dem französischen General Bernard Janvier und dem britischen General Rupert Smith, unterstehen. Mißmutig kommentierte die »FAZ«: »Die Führung der Vereinten Nationen sowie Großbritannien, Frankreich und die Niederlande haben am Wochenende erkennen lassen, daß die UN-Truppe auf dem Balkan zwar wachsen soll, aber weiter die Gunst der bosnischen Serben suchen wird.« Und weiter: »Die neu entsandten Truppen werden zwar keinen blauen Helm tragen, doch sie bleiben an das UN-Mandat und damit an die mission impossible gebunden, Frieden bewahren zu wollen, wo Krieg herrscht.«

Was die deutschen Kriegstreiber an der französisch-englischen Politik stört, läßt sich anhand der Eskalation verdeutlichen, die Ende Mai in Bosnien stattfand. Das Bild, das die hiesige Presse davon entwarf – »Die Serben gegen den Rest der Welt« (»Spiegel«, 23/95) – , stimmt nämlich nicht. Am 23. Mai ist es in der Uno hinter verschlossenen Türen zu einer ungewöhnlich scharfen Kontroverse gekommen: Während die US-amerikanische UN-Sonderbotschafterin Madelaine Albright den Beschuß Sarajevos durch die bosnischen Serben anklagte und Nato-Luftangriffe forderte, beschuldigte UN-General Bernard Janvier in krassem Gegensatz dazu die Moslems, aus der UN-Schutzzone heraus die Serben beständig zu provozieren und überdies zwei französische Blauhelme erschossen zu haben. Luftangriffe lehnte er strikt ab, da sie nur die UN-Soldaten gefährdeten. Die Kontroverse endete in einem Nato-typischen Kompromiß: Die UN-Kommandeure forderten die Nato-Kampfbomber widerwillig doch noch an, wiesen ihnen aber zur Bombardierung Ziele ohne militärischen Wert zu. Was am 25. Mai bei den Attacken auf Pale getroffen wurde, waren vor allem leere Munitionsdepots.

Mit diesem Schaukampf hätte es sein Bewenden haben können, hätten nicht in derselben Nacht die Serben unverhältnismäßig zurückgeschlagen: Sie nahmen französische und englische UN-Soldaten als Geiseln und brachten so genau jene Staaten gegen sich auf, die bis dato die Scharfmacher noch zurückgehalten hatten. Überdies forderte der Beschuß der Altstadt von Tuzla über 70 Tote – mehr als eine andere Einzelattacke zuvor in diesem Bürgerkrieg. Damit war eine Eskalation in Gang gesetzt, die die Widersprüche im westlichen Lager überbrückte und zur weiteren Dämonisierung der bosnischen Serben beitrug, obgleich offenblieb, wer für diese massiven Angriffe auf Zivilisten verantwortlich war. Zumindest für den mörderischen Beschuß von Tuzla lehnen die Serben die Verantwortung ab, und es ist bemerkenswert, daß die hohe Opferzahl von der Uno zunächst nicht bestätigt wurde. Dies weckt Erinnerungen an ähnliche Schlüsselereignisse: Im Sommer 1992 ging der Verhängung des UN-Embargos gegen (Rest-)Jugoslawien das »Brotschlangenmassaker« voraus, im Februar 1994 war der erste Nato-Luftangriff als Reaktion auf das »Marktplatzmassaker« gerechtfertigt worden. In beiden Fällen ist, wie jetzt im Fall Tuzla, eine serbische Urheberschaft zwar behauptet, aber nie bewiesen worden. Erst Monate später sickerten aus UN-Quellen Indizien durch, die auf Muslime als Urheber dieser Angriffe wiesen.

Auch die Gefangennahme der Blauhelme verdient eine genauere Betrachtung. Ohne Zweifel erfolgte sie durch bosnische Serben; aber wer befiehlt eigentlich, was die bosnischen Serben bzw. ihre militärischen Verbände tun? Nach Recherchen Belgrader Journalisten, über die die »Welt« am 10. Juni berichtete, erfolgte die erste Geiselnahme direkt nach der ersten Luftattacke auf Pale in der Nacht zum 26. Mai spontan, ohne Anordnung von oben. Genaugenommen handelte es sich dabei gar nicht um Geiselnahmen: Etwa 50 Blauhelme durften die von ihnen bewachten Munitionsdepots nicht mehr verlassen, das war alles. Erst einige Stunden später, am Morgen des 26. Mai, gab der serbische Generalstabschef Mladic den Befehl, Blauhelme aus allen Unprofor-Staaten festzunehmen und einige von ihnen öffentlich anzuketten. Eine kluger militärischer Schachzug, um weitere Luftangriffe der Nato zu verhindern?

Es ist noch eine andere Interpretation denkbar: Mladic gilt als Vertrauter des jugoslawischen Präsidenten Milosevic und als Gegner Karadzics. Auch nach dem Bruch zwischen Pale und Belgrad wurde er noch mehrfach in der serbischen Hauptstadt gesehen. Ist es denkbar, daß Mladic ausgerechnet in jener Nacht seinen heißen Draht zu Milosevic nicht benutzt hat? Oder erklärt sich sein Handeln gerade als Resultat eines solchen Telefonats? Milosevic hatte nämlich allen Grund, die bosnischen Serben in der Weltöffentlichkeit zu isolieren, plante er doch zum gleichen Zeitpunkt den vollständigen Bruch mit ihnen durch eine offizielle Anerkennung des Izetbegovic-Staates Bosnien-Herzegowina. Der US-Unterhändler Robert Frasure hatte ihm dafür die Aussetzung aller Sanktionen mit Ausnahme des Waffen- und Erdölembargos in Aussicht gestellt.

Wenn es das Kalkül Milosevics war, mit den USA auf Karadzics Kosten ins Geschäft zu kommen, so ist es jedenfalls nicht aufgegangen. Anfang Juni ließ Frasure die Verhandlungen platzen und verließ Belgrad. Gleichzeitig gelang es den bosnischen Serben, durch die Freilassung eines Teils der Blauhelme die lediglich für eine Woche festgefügte gegnerische Phalanx wieder aufzusprengen. Das oben skizzierte Ausscheren Englands und Frankreichs aus dem Natoverbund ist ein kleiner Erfolg für sie. Denn natürlich ist es kein Zufall, daß nicht etwa Karadzic und Mladic, sondern Tudjman und Izetbegovic die britisch-französische Eingreiftruppe ablehnen. Deren Auftrag ist nämlich rein defensiv: Schutz für die Blauhelme und nicht etwa das von Deutschland befürwortete Freikämpfen von Transportwegen oder gar ein Zurückdrängen der serbischen Truppen aus dem Umkreis der UN-Schutzzonen.

Auf dem Papier wirkt diese Aufgabenstellung beruhigend, die Realität vor Ort könnte allerdings anders aussehen. Allein die Konzentration von erstmals mit schweren Waffen ausgerüsteten Verbänden in unmittelbarer Nähe zu serbischen Stellungen schafft eine hochexplosive Situation. Eine einzige Provokation könnte genügen, um ausgerechnet jene Parteien gegeneinander zu hetzen, die bisher an der Erhaltung des Status Quo am meisten interessiert waren. Die Urheber einer solchen Provokation wird man in Sarajevo und Washington zu suchen haben: Dort spekulieren die Verantwortlichen darauf, daß dann die Uno endgültig abziehen müßte, vermutlich unter Zurücklassung ihrer militärischen Ausrüstung. Zusammen mit den Lieferungen aus den USA – das Repräsentantenhaus hat am 9. Juni mit 3/4-Mehr-heit die Aufhebung des Waffenembargos für die bosnischen Regierungstruppen beschlossen – könnte das für den militärischen Sieg der Muslime reichen, zumindest aber die Kassen der amerikanischen Rüstungsindustrie mit Petrodollars aus den fundamentalistischen Staaten füllen. Ein darüber hinausgehendes Engagement entspricht übrigens, Clintons vorschneller Ankündigung zumTrotz, nicht den »vitalen Interessen« der USA.

Derweil können sich die Deutschen ruhig zurücklehnen. Je weiter die Truppen Tudjmans und Izetbegovics gegen die Serben vordringen und dadurch die Uno paralysieren, umso wahrscheinlicher wird man sie schließlich doch noch zu Hilfe rufen. Tatsächlich werden bereits erste Risse in der englisch-französischen Achse sichtbar: So kolportierte die »FAZ« vor der Nato/EU-Tagung am 3. Juni mit Bezug auf nicht näher genannte Pariser Regierungskreise, daß auch die deutsch-französische Brigade Teil der englisch-französischen Rettungsmission sein solle, und Minister Rühe wiederholte einige Tage darauf, das deutsche Militärangebot sei »in Paris positiv aufgenommen worden« (»FAZ«). Der ausschließliche Verweis auf Paris signalisiert, daß London über die deutsche Drängelei nicht besonders glücklich ist. Aber wie lange kann die geschwächte Regierung Major dem Druck standhalten?

Das Gesetz des Handelns liegt jedenfalls noch immer bei den Kroaten. Nach ihrem Erfolg Anfang Mai sind sie weiter vorgerückt und beherrschen jetzt die Verbindungswege zwischen der Krajina und dem bosnisch-serbischen Banja Luka. Das eingekesselte Knin steht vor dem Fall, und Tudjman hat weitere »Blitze« angekündigt, falls die Serben nicht zur »friedlichen Wiedereingliederung« bereit sein sollten. Damit nicht genug: Auf der Militärparade zum »Tag der Staatlichkeit« am 30. Mai haben die kroatischen Streitkräfte in Zagreb eine neu entwickelte Boden-Boden-Rakete mit einer Reichweite von 400 km vorgeführt, die sinnigerweise den Namen »Beograndjanka« (die Belgraderin) trägt. Woher das bettelarme Land wohl Geld und Know-how für solche Superwaffen hat?

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 6/95 über den dritten Weltkrieg

Konkret 07/95, S. 15

Eckhard Voß

»Mr. Fuzzy-Fudge«

Tony Blair und der Sieg des parlamentarischen Kretinismus im Vereinigten Königreich

Jahrelang galt die britische Labour Party Wahlkampfstrategen ihrer Schwesterparteien in anderen Ländern als Negativ-Vorbild: Wer nicht an die Regierung wolle, müsse sich so verhalten wie die Labour Party in Großbritannien. Die nämlich sitzt seit dem ersten Wahlerfolg Margaret Thatchers 1979 ununterbrochen auf der Oppositionsbank und hält damit unter den großen europäischen Parteien den Rekord. Vier zumeist sehr deutliche Wahlniederlagen, innere Zerstrittenheit, programmatische Kehrtwenden und drei gescheiterte Parteivorsitzende sind die Bilanz der für die britische Arbeiterpartei sicherlich bittersten eineinhalb Jahrzehnte seit ihrer Gründung.

All dies soll jetzt vorbei sein. So sprechen die deutschen Medien dieser Tage der SPD zu: Wenn sie wieder an die Regierung wolle, solle sie sich so verhalten wie die Labour Party. Diese überraschende Wende hat einen Namen: »Was Rudolph Scharping von Tony Blair lernen kann«, übertitelte das »heute-journal« einen Bericht über den seit sechs Monaten amtierenden Labour-Vorsitzenden. Vom Großbritannien-Korrespondenten der »Zeit« wurde Blair gar als »Hoffnungsträger der europäischen Linken« hochstilisiert (»Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte«, Januar 1995). Mr. Blair, so vor allem auf eine sozialdemokratische Wende in Bonn hoffende Kommentatoren, habe es nicht nur in kürzester Zeit geschafft, das verrostete und mit ideologischen Altlasten beladene Schlachtschiff Labour wieder flott zu machen und auf neuen Kurs zu bringen. Wichtiger noch und darin ein Vorbild für die anderen allesamt in einer tiefen Identitätskrise steckenden Linksparteien in Westeuropa habe es »New Labour« geschafft, die Hegemonie der Neokonservativen in Öffentlichkeit und Gesellschaft zu brechen und erfolgreich wieder Themen »zu besetzen«, gerade in neuralgischen Fragen wie Familie und Kriminalität. Nach Jahrzehnten der Niederlage bzw. Stagnation habe Blair Labour wieder auf Erfolgskurs gebracht, der seinen Ausdruck auch in eindrucksvollen Zahlen findet: Zum ersten Mal seit Urzeiten verzeichnet die Partei wieder Mitgliederzuwächse; bei Meinungsumfragen liegt sie gegenwärtig regelmäßig mit mehr als 30 Prozent vor den Konservativen; bei den Kommunalwahlen in England und Wales im Mai diesen Jahres kam Labour auf 48 Prozent der Stimmen und deklassierte die Regierungspartei, die mit knapp einem Viertel der Stimmen nur knapp vor den Liberaldemokraten landete.

Die Antwort auf die Frage, was denn frustrierte Genossen von der Labour Party lernen können, ist einfach: Sie sollten zunächst in völliger Eintracht, keinen innerparteilichen Widerspruch duldend, selbstbewußt und in schönen Phrasen den programmatischen und politischen Neuanfang erklären. Gleichzeitig sollten sie einen politisch wie ideologisch unbelasteten Kopf an ihre Spitze wählen, einen »Mr. Fuzzy-Fudge« (übersetzbar etwa als »Herr Nebulös«), einen »Mr. Neutral«, der sich eignet, die »Null-Lösung« der gesellschaftlichen Verhältnisse und das Nachbeten neokonservativer Ideen in schönen Worten als nationalen Neubeginn zu verkaufen. In den neunziger Jahren hat ein solches Wesen berechtigte Chancen, als Hoffnungsträger der von Zukunftssorgen geplagten Mittelschichten gefeiert zu werden, selbst bei der konservativen Presse Anklang zu finden und gegen eine ausgelaugte, zerstrittene und ideenlose Regierung einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Genau dies ereignet sich seit einigen Monaten in Großbritannien und ist nur verständlich vor dem Hintergrund, daß erstens die konservative Regierung unter Major völlig abgewirtschaftet hat und keine Aussicht auf eine innere Erneuerung besteht wie noch vor viereinhalb Jahren, als Thatcher gehen mußte, daß zweitens Wahlentscheidungen heute nicht der Hoffnung auf einen Wandel, sondern, im Gegenteil, ausschließlich der Angst davor entspringen (denn mit einiger Berechtigung geht die Bevölkerung davon aus, daß alles immer schlechter wird), und drittens schließlich, daß Labour mit allen Mitteln wieder an die Macht will und ihr dafür kein politischer Spagat zu schade ist.

Dies macht ein Blick auf den Kandidaten Blair und »New Labour« deutlich. Bereits unter dem Vorsitzenden Neil Kinnock, heute EU-Kommissar, hatte die Partei einen radikalen Wandel von einem in den frühen achtziger Jahren angenommenen, ausgesprochen linksdemokratischen Profil (EG-Gegnerschaft, einseitige Abrüstung, Kritik der Nato und der anglo-amerikanischen Allianz) zu einer sozialdemokratischen Volkspartei vollzogen, die sich in den letzten Jahren inhaltlich sowohl an Oskar Lafontaine als auch an Helmut Kohl orientierte. Bereits während des letzten Wahlkampfes 1992 unterschied sich das Programm der Partei, abgesehen vielleicht von der exakten Höhe der Mehrwertsteuer, in kaum einem Punkt von dem der Tories. Der in der konservativen Presse immer wieder als »Wendehals« denunzierte ehemalige Parteilinke Kinnock, dessen größtes »Verdienst« darin bestand, die Partei von trotzkistischen Abweichlern gesäubert zu haben, war jedoch nicht in der Lage, mit einigen elementaren Traditionen des Labourismus zu brechen, etwa mit der engen historischen Beziehung von Partei und Gewerkschaftsbewegung, die ihren Ausdruck auch in der finanziellen Abhängigkeit Labours von den Gewerkschaftskassen oder in den gewerkschaftlichen »Blockstimmen« (jedes Gewerkschaftsmitglied ist zumeist Mitglied der Partei) auf Parteitagen findet. Weiterhin war Labour stets stolz auf die Kontinuität ihrer gesellschaftspolitischen Ziele, insbesondere auf jenen Paragraphen 4 der Parteiverfassung von 1918, in dem gefordert wird,

daß die arbeitenden Menschen einen möglichst großen Anteil des von ihnen mitproduzierten Reichtums erhalten sollten und daß dies in manchen Bereichen am besten auf der Basis öffentlicher Eigentumsverhältnisse möglich sei.

Seit dem Rücktritt Kinnocks nach der Wahlniederlage 1992 sind diese beiden heiligen Kühe des britischen Labourismus geschlachtet worden. Der 1994 plötzlich verstorbene John Smith beendete den großen Einfluß der Gewerkschaften auf den Parteitagen, und in kaum mehr als vier Monaten reformierte Tony Blair den Paragraphen 4, der heute zwar siebenmal so lang ist, aber außer Floskeln von »Partnerschaft« zwischen Kapital und Arbeit nichts Substantielles mehr enthält. Als nächsten Schritt plant er die weitere Reduzierung des ohnehin schon geschwächten Einflusses der Gewerkschaften auf die Partei. Der Erfolg Blairs in der konservativen Öffentlichkeit erklärt sich zum einen aus dieser Rechtswende, die im Eiltempo und keine Kritik duldend durchgezogen wurde; zum anderen aber auch aus seinem Reden von Dingen, die die Briten bislang ausschließlich aus konservativen Mündern vernahmen: Marktwirtschaft sei kein notwendiges Übel, sondern ein positives Mittel für das Erreichen von Wohlstand, eine zukünftige Labour-Regierung werde sparsamer wirtschaften als die Tories, Recht, Ordnung und harte Strafen müßten sein, die »normale« Familie sei das Fundament der Nation, das Individuum habe nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft (wie Thatcher zieht Blair den Begriff »Gemeinschaft« dem der »Gesellschaft« vor), das Land brauche eine »nationale Erneuerung« usw. Kurzum, »Tory« Blair, wie er neuerdings genannt wird, repräsentiert einen sozialdemokratischen Populismus, der bis hin zur Wortwahl neurechte Phraseologie kopiert und sich als Kontinuität wahrenden Nachfolger des abgewirtschafteten Neokonservatismus darstellt – ein Sieg des parlamentarischen Kretinismus. Das Traurige dabei ist, daß die Methode Blair Erfolg hat – in Großbritannien wie in Deutschland und anderswo.

Eckhard Voß hat zuletzt den Sammelband »Kultur der Abschreckung. Europa zwischen Rassismus im Innern und Abschottung nach außen«herausgegeben (Konkret Literatur Verlag)

Konkret 07/95, S. 16

Otto Köhler

Einig Mörderland

Ein Blick in die Geschichte friedenschaffender Maßnahmen deutscher Krisenreaktionsstreitkräfte

Soldaten sind Mörder, behauptet Tucholsky. In Wahrheit aber handelte es sich um eine friedenschaffende Maßnahme der deutschen Krisenreaktionsstreitkräfte, denen der vom Kapitänleutnant zum Pazifisten gewandelte Hans Paasche vor nunmehr 75 Jahren zum Opfer fiel. Ein Grund, Frieden zu schaffen, hatte sich, wie immer, wenn dafür ernsthaft Bedarf besteht, schnell gefunden. Ein anonymer Brief genügte, um die Abteilung Sicherheitspolizei beim Berliner Polizeipräsidium dem zuständigen Wehrkreiskommando III mitteilen zu lassen: »Vertraulich wird hier bekannt, daß auf dem Gute ›Hochzeit‹ ... Waffen und Munition für die kommunistische Kampforganisation untergebracht sind. Das Gut gehört dem Kapitänleutnant a.D. Paasche, der ein bekannter Pazifist und Antimilitarist ist.«

Geführt von Oberleutnant Krappe, wurden am 21. Mai 1920 zwei Offiziere, zehn Unteroffiziere und vierzig Soldaten mit zwei Lastwagen und darauf montierten Maschinengewehren in Marsch gesetzt. Diese Friedensstreitmacht besetzte das Haus – doch Paasche war am nahen Tiefsee zum Fischen. Ein Gendarm holte ihn, jemand wolle ihn sprechen. Paasches Biograph Werner Lange: »Der Gendarm und mehrere Soldaten behaupten, Paasche habe die hinter Bäumen versteckten Posten bemerkt und sei im Zickzack davongelaufen, ein Gutsangestellter will dagegen den Ruf ›Da kommt er, gleich schießen!‹ gehört haben, danach erst soll Paasche geflohen sein.«

Wo deutsche Soldaten schießen, geht wenig daneben. Einer von vier Schüssen traf den unbewaffneten Paasche ins Herz. Er war gewarnt. Eineinviertel Jahre zuvor hatte er mit blutrotem Kranz im ersten Wagen des Trauerzugs für die von Friedrich Eberts Soldaten beseitigten Kriegsgegner der ersten Stunde gesessen: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Ein Waffenlager wurde auf Paasches kleinem, verschuldeten Gut nicht gefunden. Die Soldaten wußten nur zu gut, daß die illegalen Waffen auf den großen Nachbargütern lagen, nicht für Kommunisten, sondern für die kommende Schwarze Reichswehr. Pfingsten 1920 hat man Paasche zu Grab getragen. Die Mörder wurden nie bestraft, weil: Soldaten sind keine Mörder. Der zuständige Schneidemühler Oberstaatsanwalt schrieb im Dezember 1920 in einer Mitteilung an den Rechtsanwalt der Kinder Paasches: »Das Verfahren ist am 27.11.1920 eingestellt worden, weil eine strafbare Handlung nicht nachweisbar ist. Der Tod des Paasche ist auf ein Zusammentreffen nicht voraussehbarer unglücklicher Umstände zurückzuführen ...«

Genau 75 Jahre und einen Tag, nachdem deutsche Soldaten Paasche ermordeten, fand Helmut Kohl geeignete Worte. Um neue friedenschaffende Maßnahmen der Nachfolgeorganisation der Wehrmacht zu ermöglichen, ging er soweit, sich von den Vorgängern der Bundeswehr zu distanzieren. In Rotterdam sagt er am 22. Mai 1995, die Stadt sei vor 55 Jahren das »Opfer barbarischer Zerstörung durch deutsche Bomberflugzeuge« geworden. »Dieser Angriff war verbrecherisch«, versichert der Kanzler, »die Besetzung der Niederlande war es, der gesamte von Hitler entfesselte Krieg war es.«

Den Opfern barbarischer Zerstörung durch deutsche Bomberflugzeuge 1941 in Belgrad würde er so etwas nie gesagt haben, ernst nehmen durfte man ihn ohnedies nicht: Schon zwei Wochen später bestätigte Josef Joffe von der »Süddeutschen Zeitung«, die einst kein Sprachrohr des deutschen Militärs war, im ARD-Presseclub mit ehrlichem Beifall, der Kanzler sei – »Gottseidank sagt er das heute nicht mehr« – längst von der selbstverkündeten Position herunter, daß die Bundeswehr nicht in Ländern eingreifen werde, die einst von der Wehrmacht besetzt waren. Nicht mehr dieser »reflexartige Widerstand«, freute sich Joffe, sondern Konsens bis zu den Grünen hinüber. Kunststück, mit moderner Technologie sei heute sehr viel sehr schnell zu machen, besser als zweiter Weltkrieg, Vietnam und sogar Golf, »neue Optionen«, lächelt der »SZ«-Mann, erleichterten die Aufgaben der Bundeswehr. Und eine Woche später fordert in Erich Böhmes Turmtalk ein patriotisch erhitzter Daniel Cohn-Bendit für Volker Rühes Ehre die eigene Parteifreundin Angelika Beer in die Schranken – der rote Dany will die Bundeswehr auf dem Balkan endlich wieder siegen sehen.

1920, als die deutschen Soldaten Paasches Leiche umstanden, stimmten sie ein Lied an:

Kamerad, reich mir die Hände,

Fest woll'n zusammen wir stehn.

Mag man uns auch bekämpfen.

Der Geist soll nicht verwehn.

Hakenkreuz am Stahlhelm,

Schwarz-weiß-rot das Band,

Die Brigade Ehrhardt werden wir genannt.

Die Brigade Ehrhardt

Schlägt alles kurz und klein.

Wehe dir, wehe dir,

Du Arbeiterschwein!

Hakenkreuz am Stahlhelm ...

Ein Arbeiterschwein war Paasche eigentlich nicht, auch wenn er sich am Ende seines kurzen Lebens mit ihnen gemein gemacht hatte. Ursprünglich zeigte er sich als Kamerad, mordete mit beim weltweiten Krisenreaktionseinsatz der Kaiserlichen Wehr 1905 und 1906 in Deutsch-Ostafrika. Dort hatten sich die Afrikaner gegen ihre rechtmäßigen deutschen Herren erhoben. Und dort konnten die deutschen Soldaten schon für den großen Vernichtungsfeldzug knapp dreieinhalb Jahrzehnte später gegen die Sowjetunion üben. Rund die Hälfte der Bevölkerung wurde umgebracht oder fiel dem Hunger zum Opfer, der nicht von selbst kam. Die deutschen Soldaten vernichteten die Ernte auf den Feldern, beschlagnahmten alle Lebensmittelvorräte, zerstörten die Brunnen, brannten die Dörfer nieder. Die Aufständischen – oder was so aussah – wurden öffentlich hingerichtet, meist mit dem Strang, andere durch Erschießen, nachdem sie zuvor ihre eigenen Gräber hatten schaufeln müssen. Damit sie fürs Leben lernten, mußten ganze Schulklassen den Hinrichtungen beiwohnen.

»Wer gab uns das Recht zu schießen?« fragt sich der Kolonialoffizier Paasche und läßt doch zu, daß Gefangene umgebracht, Hütten geplündert und in Brand gesteckt werden. Doch dann verlernt er die Kameradschaft und sorgt dafür, daß verwundete Schwarze ebensogut versorgt werden, als wären sie Deutsche. So macht er sich früh Feinde.

Trotzdem folgt Paasche im August 1914 wieder dem »Ruf der Waffen«, weil auch er anfangs glaubt, Deutschland sei überfallen worden und müsse um seine Existenz kämpfen. 1916 wird er aus der Kaiserlichen Armee entlassen. Paasche war Pazifist geworden, er hatte bei der massenhaften Erschießung der Franctireurs, der Partisanen in dem von den Deutschen ohne Kriegserklärung überfallenen Belgien, beim Plündern und Brandschatzen allzuviel von dem wiedererkannt, was er in Afrika anfangs noch mitgemacht hatte und nicht mehr mitmachen wollte.

Wegen Aufforderung zum Hoch- und Landesverrat mußte Paasche zunächst ins Gefängnis und wurde dann – sein Vater war kriegswichtig – in die Nervenklinik abgeschoben. Vor Gericht hat er ein Reuebekenntnis abgelegt: »Ich werfe mir vor, daß ich in meinem Buche ›Im Morgenlicht‹, mit meinen Vorträgen und dadurch, daß ich alle bösen Erfahrungen des Krieges verschwieg, meine Mitmenschen belogen habe und dadurch mitschuldig wurde an dem Ausbruch des Weltkrieges.« Besonders bedrückte ihn sein Verhalten beim friedenschaffenden Einsatz deutscher Soldaten in Deutschostafrika: »Ich ließ mich damals durch Scharfmacher beeinflussen, härter gegen die Neger zu sein, als es meine Art war. Angehörige der Schutztruppe brachten mir bei, ›nur äußerste Strenge mache Eindruck‹. Weil ich nicht den Mut hatte, mich human und unkriegerisch nennen zu lassen, gab ich nach und ließ zu, daß ein ›Haupträdelsführer‹ aufgehängt wurde.«

Am 9. November 1918 befreit, wurde Paasche am 2. Dezember 1918 als Beauftragter des Ressorts »Äußeres und Waffenstillstandsbedingungen« in den Vollzugsrat gewählt. Er wurde so einer der Väter der ersten deutschen Republik, die ihn dann durch ihre Soldaten ermorden ließ.

Und so war es ein Gebot der Selbstachtung der Bundeswehr, daß sie nicht seines 75. Todestages am 21. Mai gedachte, sondern zuvor schon ein würdigeres Jubiläum feierte – das des Generalstabsrichters Karl Sack, der stets den Mut hatte, andere aufhängen zu lassen, und dessen Kollege Hans Paasche geworden wäre, wenn er sich nicht eigenwillig gezeigt hätte.

Obwohl sie sich beide als Offiziere im ersten Weltkrieg betätigten, war Sack ein völlig anderer Mensch als Paasche. Der hatte formuliert: »Es muß in anderen Menschen, die sonst so aussehen und einhergehen wie ich, die klare Erkenntnis fehlen, die ich habe: daß der menschliche Körper ganz und gar ungeeignet ist, ein Geschoß aus Metall aufzunehmen.« Für Sack aber war der menschliche Körper dazu durchaus angelegt, und darum erhielt er – wie das Bundesverteidigungsministerium heute rühmt – »hohe Tapferkeitsauszeichnungen« in Deutschlands erstem Weltkrieg.

Als Paasche 1916 aus dem kaiserlichen Militär entfernt wurde, benannte sein höchster Vorgesetzter, Konteradmiral Ullrich Lübbert, den Grund: »Die Veranlassung zu seiner Entlassung war seine Weigerung, bei einem Standgericht teilzunehmen.« Paasche hatte bei einer Gerichtsverhandlung gegen einen wegen »antimilitaristischer« Gesinnung angeklagten Torpedomatrosen das ihm aufgetragene Amt des Richters ausdrücklich wegen Befangenheit abgelehnt, was dem vom Bundesverteidigungsministerium auf sechs Seiten der »Informationen für die Truppe« (Nr. 4/95) gewürdigten Generalstabsrichter Dr. Karl Sack nicht passiert wäre. Als Chef des Heeresjustizwesens oblag Sack die Überprüfung und Bestätigung der Kriegsgerichtsurteile, und dabei sei er – wie die »Informationen für die Truppe« schreiben – in »unmittelbaren Kontakt mit Admiral Canaris« gekommen und habe »Entwicklungen, die auf Rechtsbeugung« hinausliefen, »nicht tatenlos zusehen« wollen. Abwehrchef Canaris, der wegen seiner Kontakte zu den Leuten des 20. Juli am 9. April 1945 wie Karl Sack von den Nazis umgebracht wurde, war ein im Umgang mit Leuten wie Paasche hocherfahrener Mann: 1919 unterstützte er den Aufbau der Konterrevolutionären Zellen, beriet Mord- und Femeorganisationen wie die Brigade

Ehrhardt und half später ganz selbstverständlich mit den ihm unterstellten Einheiten den SS-Einsatzgruppen beim Massenmord.

Davon wissen die »Informationen für die Truppe« nichts. Und über Karl Sacks Militärjustiztätigkeit verraten sie nur: »Ungezählte Verurteilte« habe er »vor der Todesstrafe bewahrt«. Die Bewahrten müssen in der Tat reichlich ungezählt sein, die »Informationen für die Truppe« nennen vorsichtshalber überhaupt keine Namen, verraten aber: »Die Heilung von Rechtsverletzungen stand für ihn im Mittelpunkt, fern jedem Fanatismus.«

Eugen Wasner kann diese Information nicht mehr lesen. Er ist tot. Als Gefreiter hatte er in dem, was man »Kameradenkreis« nennt, über einen Jugendstreich berichtet, den er und ein weiterer damals schon verstorbener Mitschüler mit Adolf Hitler angestellt hatten. Zu einer Wette verführt, soll es Hitler danach geschehen sein, daß ihm von einem Ziegenbock der halbe »Zippedäus« abgebissen wurde. Die Kameraden denunzierten Wasner. Folge: Er wurde im November 1943 wegen »Wehrkraftzersetzung« zum Tode verurteilt. Für Experten wie Manfred Messerschmidt und Fritz Wüllner (*Die Wehrmachtsjustiz im Dienste des Nationalsozialismus*) hat dieses Urteil »mit Rechtsanwendung nicht mehr das Geringste zu tun«. Doch Sack, der Held der Bundeswehr, billigte die Rechtsbeugung und bestätigte das Urteil.

Besonders eilig hatte Sack es mit der Heilung von Rechtsverletzungen, wenn es sich um Jugendliche handelte, die der Todesstrafe in halbzivilisierten Staaten – in zivilisierten gibt es keine – nicht unterliegen. Fünf junge Leute – der Älteste 21 und der Jüngste 17 Jahre alt – hatten die Fahne geflohen und auf der Flucht das getan, was sie als deutsche Soldaten gelernt hatten: eingebrochen und gestohlen. Sack, »eine der edelsten und tapfersten Gestalten der deutschen Widerstandsbewegung«, bestätigte eilends das Todesurteil und ließ noch am gleichen Tag dem Gericht in Wien telefonisch mitteilen, daß die Verurteilten »noch heute durch Erhängen hinzurichten« seien.

Deutschlands zweite Demokratie hat ihre Loyalität mit den Mördern noch in die zweite Potenz getrieben. Das »Standgericht«, das – ebenfalls ganz eilig im April 1945 – den Generalstabsrichter Sack und Admiral Canaris zum Tode verurteilte und sie mit fünf anderen (darunter echten Widerständlern wie General Oster und Pastor Bonhoeffer) nackt an Klaviersaiten aufhängen ließ, handelte nach bundesdeutscher Auffassung sehr rechtens. Der Bundesgerichtshof sprach 1956 den Vorsitzenden dieses »Standgerichts«, der stets nur schonend abgekürzt als Dr. T. bezeichnet wurde – es war der Chefrichter beim SS- und Polizeigericht München und spätere Rechtsanwalt Dr. Otto Thorbeck – , frei. Ihm seien »keine Verletzungen zwingender Bestimmungen in der Verfahrensgestaltung« nachzuweisen. Der Hamburger Anwalt Heinrich Senfft schrieb dazu 1988 in seinem Buch *Richter und andere Bürger*: »Alles ... war rechtswidrig: die Bildung des Standgerichtes – denn militärische Gründe, eine Tat sofort zu sühnen, um die Disziplin der kämpfenden Truppe aufrechtzuerhalten, gab es natürlich nicht: die Herren saßen schon seit über einem halben Jahr im KZ. Ein SS-Standgericht war ebenso unzuständig wie die Besetzung des Standgerichts unzulässig war – mit dem KZ-Kommandanten als Beisitzer! Rechtswidrig war es, keine Verteidiger zu bestellen und ohne Protokollführer draufloszurichten.«

Das ist unser Land. Wir müssen im Kampf um des neuen großen Deutschlands Zukunft alles vermeiden, was die Soldaten rehabilitieren könnte, die ihre Pflicht taten: desertieren. Darum sind auch heute noch all die Militärrichter zu ehren, die sie justizförmig ermordeten. Und diese mordenden Richter sind wiederum dann, aber auch nur dann nicht tabu, wenn sie ihrerseits von Richtern ums Leben gebracht wurden, die sie unter dem Vorwand einer justizförmigen Handlung ermordeten, die wiederum von unserem Staat mit Freispruch belohnt wird. Sie alle haben sich angesichts der Aufgaben, die die Geschichte uns noch stellt, richtig verhalten. Und das verträgt keinen Zweifel: Generalstabsrichter Sack hätte, wäre er am Leben geblieben, im freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, seine eigenen Hinrichter ohne Zögern freisprechen müssen.

Zum 75. Jahrestag seiner Ermordung ist im Bremer Donat Verlag das Buch *Hans Paasches Forschungsreise ins innerste Deutschland* erschienen (264 Seiten, 39.80 Mark), eine Biographie, die Werner Lange mit Hilfe der Paasche-Tochter Helga verfaßte. Sie hatte 1987 zwölf Bände Akten über ihren Vater im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam entdeckt. Der Donat Verlag veröffentlichte auch Paasches revolutionäre Schriften (*Ändert Euren Sinn!* 274 S., 29.80 Mark) und seine berühmte Satire *Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland* (112 S., 14.80).

Otto Köhler schrieb in KONKRET 6/95 über die Gedenkschriften zum 8. Mai

Konkret 07/95, S. 18

Ernst Kühl

Doppel-Whopper für die PDS

»Rufmord« von außen und »Rufmord« von innen: Gysis bunte Truppe steckt in einer selbstverschuldeten Klemme

Falls er irgendwann Pressesprecher der PDS werden wollte, könnte der Berliner Korrespondent der »FAZ«, Peter Jochen Winters, sich gute Chancen ausrechnen. Denn wie beim vorparteitäglichen Sarah-Wagenknecht-Schlachten lagen Winters Berichte wieder mal voll auf der Linie der Führungsmannschaft um Gregor Gysi, André Brie und Lothar Bisky, als er seinen Lesern am 20. Mai mitteilte: »In der PDS ist eine neue Auseinandersetzung zwischen Reformern und marxistischen Dogmatikern ausgebrochen.« Daß jenes vor Jahren von Gorbatschow nach alten Vorlagen handgemalte »Dogmatiker«-Etikett inzwischen am Tageslicht ziemlich vergilbt ist, machte dem »FAZ«-Mann ebensowenig aus wie seinen anonymen Kollegen vom »Spiegel«, die etwas später verkündeten: »DDR-Nostalgiker« treiben die PDS in eine »Zerreißprobe«.

Was war passiert? Mit einer Anzeige im »Neuen Deutschland« (»ND«) hatten sich am 18. Mai 38 Wissenschaftler und Künstler zu Wort gemeldet. Unter der etwas behäbigen Überschrift »In großer Sorge« beklagten sie, daß die PDS mit ihrem 4. Parteitag »ohne jede Not« eine »Richtungsänderung« eingeschlagen habe, die »unbegründet, leichtfertig und gefährlich« sei. Den »Grundkonsens der Partei« sahen die Unterzeichner des Appells in drei Fragen aufgekündigt: »Aufweichung des Oppositionsverständnisses, Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines Gesellschaftsvertrages; Absage an SED und DDR in Gestalt des Stalinismusverdikts und Einschränkung des Pluralismus in der Partei«. Der »Weg der Anpassung«, so merkten sie weiter an, führe die PDS »auf jeden Fall in die Überflüssigkeit, ins Nichts«. Ansonsten enthielt der Text den Aufruf zu einer Diskussion, die dann tatsächlich am 29. Mai in Berlin-Hohenschönhausen stattfand und schließlich zur Gründung eines »Marxistischen Forums« in der PDS führte.

Den Abdruck des Aufrufs im redaktionellen Teil der Zeitung hatte die »ND«-Chefredaktion abgelehnt, dafür aber in derselben Ausgabe unter dem »38er«-Appell eine Gegenannonce des PDS-Chefs Lothar Bisky plaziert. Als seien die Adressaten der Kritik nicht jedermann klar, der ohne Blindenhund auskommt, forderte er, »Roß und Reiter« zu nennen und fuhr zudem schweres Geschütz auf: »Wenn irgend etwas dieser Partei den Todesstoß versetzen kann, dann ist es die historische Wiederbelebung dieser Art von Denunziation und politischem Rufmord«, ließ Bisky wissen, um dann zum Schluß noch ein wenig versöhnlich zu werden: Trotz »aller Sorge« hoffe er, »daß wir den Weg zum politischen Dialog finden werden«.

Damit war es dann aber nichts. Eher trieb die PDS-Führung selbst die Partei in die vom »Spiegel« angekündigte »Zerreißprobe«. Denn Bisky wiederholte auf der nächsten Tagung des PDS-Vorstands seinen Denunzianten-Vorwurf. Gysi drückte in der PDS-Bundestagsgruppe eine Erklärung durch (unterschrieben von 22 der 30 Abgeordneten), in der von »bösartigen Unterstellungen« die Rede war. Und der nominelle PDS-Pressesprecher Hanno Harnisch überbot seine Journalistenkolleginnen und -kollegen aus dem offen bürgerlichen Lager, als er die »38er« der »Schweinslüge« zieh.

Die beständig wiederholten Beleidigungen wirkten auch insofern höchst merkwürdig, ja fast durchgeknallt, als sich unter den Signataren des »Sorge«-Appells höchst reputierliche Wissenschaftler befanden wie der Jurist Uwe-Jens Heuer, der Bismarck-Biograph Ernst Engelberg, der Brecht-Forscher Werner Mittenzwei oder der Rechtsphilosoph Hermann Klenner – und nicht zuletzt bekanntere DDR-Künstler: der Maler Willi Sitte zum Beispiel oder der Theaterregisseur Manfred Wekwerth. Warum also die Hysterie? Waren der PDS-Obrigkeit nach dem Debakel der Bremen-Wahl schlicht die Nerven durchgegangen? Doch über Bremen fand sich in dem »38er«-Aufruf kein einziges Wort.

Oder: Sahen etwa die PDS-Chefdenker, die seit Jahren ihr »Moderne«-Gewürge zu immer neuen Papieren verarbeiten, ihr programmatisches Monopol von erwachsenen Theoretikern bedroht? Das klang schon plausibler. Immerhin orakelte Gysi recht bald, es gehe um die »ideologische Vorherrschaft« in der Partei. Doch andererseits: So neu war die Kritik an der die PDS dominierenden Dünnbrettbohrer-Fraktion nun auch wieder nicht. Mitunterzeichner Gerhard Branstner hatte sie schon Wochen zuvor in einem großflächigen »ND«-Artikel geübt und darauf im selben Blatt von Gysi und den BrieBrothers André und Michael sogar eine halbwegs moderate Antwort erhalten.

Nein, wer Rat ob der seltsamen PDS-Vorgänge suchte, mußte sich einer mühsamen Kleinarbeit widmen und die Leserbriefe im »ND« studieren. Hier konnte man verfolgen, wie die von den »Führern« erzeugte Verschärfung in Ängste der »Massen« umschlug. »ND«-Leser warnten vor »Grabenkämpfen« und vor »Selbstzerfleischung«. Einer, nämlich der Ex-Botschafter der DDR in Washington, Horst Grunert, fand das alles »zum Kotzen« und jammerte, die PDS sei auf dem »besten Weg«, sich »zu ruinieren«. Im Grunde rief ein vielstimmiger Chor nun nach der »Einheit und Geschlossenheit der Partei« – was im Zweifelsfall eben auf eine Dumpfsolidarität mit der Führung hinausläuft.

Diese Mobilisierung von Ängsten hatten Gysi & Co allerdings zu einem gänzlich anderen Zweck bitter nötig: Bereits bevor der Sturm um die »38er« losbrach, war man im engeren PDS-Führungszirkel offenbar über den Inhalt jenes Papiers informiert, das Stasiaktenverwalter Joachim Gauck beim Immunitätsprüfungsausschuß des Bundestags über den Chef der

PDS-Gruppe, Gregor Gysi, abliefern sollte. Auch wenn politisch Denkende wissen, was von Gauck und dessen Behörde zu halten ist: Den ehemaligen Chef des DDR-Rechtsanwaltskollegiums, der nach dem Herbst 1989 so gerne mit seinen dissidenten Mandanten von Havemann bis Bohley renommierte, bringt dieses Konvolut in arge Bedrängnis.

Entgegen den öffentlichen Behauptungen Gysis und seiner jetzigen Lebensabschnittsgefährtin Andrea Lederer, die peinlicherweise während der Beratungen über ihren Gespons als PDS-Abgeordnete im Immunitätsprüfungsausschuß saß, enthält es durchaus neue Belege für eine Zusammenarbeit des vormaligen Staradvokaten mit dem MfS. Eine Notiz in dem aufgefundenen Arbeitsbuch des MfS-Majors Lohr von der Hauptabteilung XX/9 zum Beispiel bringt den Klarnamen Gysi und den Decknamen »Notar« direkt miteinander in Verbindung. Außerdem findet sich dort der Vermerk über einen beabsichtigten Hauskauf von »Notar«. Das besagte Anwesen im märkischen Buckow, das früher einmal dem Journalisten und Chefredakteur der »Weltbühne«, Hermann Budzislawski, gehört hatte und das in der Nähe von Brechts geliebtem Landhaus liegt, wurde tatsächlich von Gregor Gysi erworben.

Nun gilt frühere Bindung an das MfS bei vielen PDS-Genossen an der sogenannten Basis nicht unbedingt als ehrenrührig, sondern eher als eine Form der Loyalität, die man dem Staat DDR entgegengebracht hatte. Doch deren Geschichtsbild unterscheidet sich wesentlich von dem der Gysi & Co, die sich im zurückliegenden Jahrzehnt alle Wege verbaut haben, mit den Stasisachen sauber umzugehen. Immerhin waren sie es, die um die Jahreswende 1989/90 den Prozeß öffentlicher »Delegitimierung« (Klaus Kinkel) der DDR und damit auch ihrer staatlichen Organe in Gang setzten. Getreu den Forderungen des damals von Gysi angeführten SED-PDS-Vorstands wurden noch unter der Modrow-Regierung die Ermittlungsverfahren gegen Honecker, Keßler, Mielke und andere als Mitglieder einer angeblich »verbrecherischen Führung« (Beschluß des SED-PDS-Vorstands vom 21.1.1990) eingeleitet, die dann nach dem 3. Oktober 1990 die Berliner »Arbeitsgruppe Regierungskriminalität« übernahm.

Die seinerzeit geschürte Hysterie fand aber gerade in der Jagd nach Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Stasi ihren Kulminationspunkt. Den davon Betroffenen (so sie nicht wie die Ex-IM André und Michael Brie zum Gysi-Klüngel gehören) ließ die offizielle PDS, die zwischen DDR und »Stalinismus« bis heute mit Vorliebe ein einfaches Gleichheitszeichen zieht, so gut wie keine Solidarität angedeihen. Und ihre Führung war offensichtlich weder willens noch in der Lage, wenigstens innerhalb der Partei Bedingungen zu schaffen, die es ehemaligen ehrenamtlichen MfS-Mitarbeitern ermöglichten, den Druck der eigenen Stasiakte – und damit einer potentiellen Erpreßbarkeit! – per rechtzeitiger Offenbarung loszuwerden. So wurde die PDS in den letzten Jahren immer wieder von »Stasifällen« gebeutelt, die Funktionäre und Mandatsträger der Partei betrafen: zum Beispiel Kerstin Kaiser-Nicht, die noch zu Beginn der jetzigen Legislaturperiode auf Druck der von Gysi geführten PDS-Gruppe ihr Bundestagsmandat niederlegen mußte. Auch Christa Luft, die sich jetzt als PDS-Parlamentarierin ebenfalls mit ihrer IM-Vergangenheit konfrontiert sieht (sie faßte ihre MfS-Verpflichtungserklärung handschriftlich ab), sprach sich damals vor Fernsehkameras für den Rücktritt ihrer Genossin aus.

Nach alledem kann Gysi gar nicht mehr anders, als die Partei in seiner eigenen Angelegenheit auf ein »Augen zu und durch« einzuschwören. Den Appell der 38 tatsächlich um den Zustand der PDS Besorgten haben er und die Seinen ganz offensichtlich zu diesem Zweck benutzt – mit einer perfiden Strategie der »Kritikimmunisierung«, die geheimdienstlich geschulten Desinformationsspezialisten zur Ehre gereichen würde. Den Unterzeichnern des Aufrufs wurde von Anfang an die Absicht eines innerparteilichen Umsturzes unterstellt, öffentlich vor allem mit den Begriffen »politischer Rufmord« und »Todesstoß«, die Bisky (siehe oben) in seiner »ND«-Gegenannonce verwandte, intern, indem der offensichtlich von Cäsarenwahn besessene Gysi in einer Sitzung der PDS-Bundestagsgruppe Uwe-Jens Heuer mit Brutus verglich.

So wurden noch einmal die emotionalen Reserven unter PDS-Genossen für den früher so oft mit Plüschtieren beschenkten und nun so bedrohten Gysi mobilisiert, so daß sich auch die machtpolitisch vollkommen unambitionierten »38er« mit ihrer Versicherung beeilen mußten, »keine Königsmörder« (Ernst Engelberg) zu sein. Gleichzeitig wurde die Suggestion einer »unheimlichen Koalition« zwischen den »politischen Gegnern und Konkurrenten der PDS und einer PDS-internen Ressentimentkultur« aufgebaut, wie »ND«-Leserbriefschreiber Jan Rehmann das nannte, und gegenüber den »Initiatoren des Aufrufs« der Vorwurf »halbkonspirativen Vorgehens« (»ND«-Chefredakteur Rainer Oschmann) erhoben.

Als Gysi dann am 28. Mai das von ihm längst erwartete Gauck-Papier als Versuch »amtlichen Rufmords« bezeichnete, war der Doppel-Whopper gepackt – mit dem geradezu jesusmäßig unschuldigen Gregor als Salatblatt in der Mitte: Sowohl der äußere Feind (Gauck & Co) als auch der innere (Heuer & Co) kamen dem unentbehrlichen »Hoffnungsträger« mit »Rufmord«. Konnte da innerhalb der PDS noch jemand die Frage wagen, ob Gysi in der Stasisache seine Genossen nicht doch belogen hat? Selbstverständlich nicht, denn jede kritische Nachfrage käme ja einem »Todesstoß« gleich. Was allerdings noch fehlte: in stalinscher Manier eine direkte Zusammenarbeit zwischen dem inneren und dem äußeren Feind zu konstruieren. Aber auch davor scheute Gysi nicht zurück, sondern suggerierte in einer Sitzung der PDS-Bundestagsgruppe, daß die »38er« und Gauck unter einer Decke steckten.

Zu vermuten ist übrigens, daß die Manöver zur Kritikimmunisierung vor allem auch eine prophylaktische Wirkung entfalten sollen. Denn nachdem selbst Ex-HVA-Chef Markus Wolf (ein persönlicher Freund des früheren sowjetischen Staatssicherheitsministers Krjutschkow) zugegeben hat, daß in der DDR zu Ende der 80er Jahre eine zweite, hochgeheime

KGB-Struktur namens »Luch« existierte, die den Gang der Dinge im Sinne der Gorbatschow-UdSSR beeinflussen sollte, könnten den 89er-»Revolutionären« in der PDS-Spitze einige Nachfragen ins Haus stehen.

Ernst Kühl lebt als Taxifahrer, freiberuflicher PDS-Beobachter und gelegentlicher Verfasser von zoologischen Aufsätzen in Ost-Berlin

Konkret 07/95, S. 20

Kurt Pätzold

Sauberer Anti-Antifaschismus

Der Streit um Buchenwald und derAnalphabetismus in der neudeutschen Geschichtsschreibung. Ein Resümee

Noch vor Jahresfrist schien es, blickte man auf die einstigen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, die den Bundesländern Thüringen und Brandenburg »zugefallen« sind, kein dringenderes Thema für Forschung und museale Gestaltung zu geben als die Geschichte der sowjetischen Speziallager. Nun ist die Aufmerksamkeit auf die ursprüngliche Bestimmung jener Stätten zurückgelenkt worden. In den Mittelpunkt des Interesses wurden jedoch nicht Fragen nach der Funktion der Lager, den Verbrechen der SS und deren Verfolgung (oder Nichtverfolgung) in den Nachkriegsjahren gestellt. Als das aufzuarbeitende Thema schlechthin gilt vielmehr seit einiger Zeit die Rolle einer Opfergruppe: der in Buchenwald gefangenen Kommunisten. Neuerwachter Forschergeist richtet sich insbesondere auf jene, die als Häftlinge Funktionen übernommen hatten, Lager- oder Blockälteste waren oder als sogenannte Kapos Arbeitskommandos vorstanden, die innerhalb und außerhalb des Lagers eingesetzt wurden. Die Wendung entbehrt nicht der Logik. Würden die mit dem roten Winkel am gestreiften KZ-Kittel der antikommunistischen Generalabrechnung entgehen, müßte das Gruselbild unvollkommen bleiben, das derzeit ausgemalt wird. Dessen Funktion ist kein Geheimnis: Fällt künftig das Wort »Kommunist«, soll es den vereinigten Deutschen kalt den Rücken hinab- und wieder hinauflaufen.

Professor Niethammer, der Herausgeber der Quellenedition *Der »gesäuberte« Antifaschismus*, lebt und lehrt seit kurzem in Jena. Dort besetzte er den Lehrstuhl für Geschichte, den vor ihm der Faschismusexperte Manfred Weißbecker innehatte, bis er ihn per »Abwicklung« verlor. Niethammer und seine Mitarbeiter erwecken, den Reklamepraktiken folgend, die auch um die Wissenschaft keinen Bogen machen, in der Einleitung des Bandes den Eindruck, sie hätten ein Thema zutage gebracht, das in DDR-Zeiten gleichsam auf einer Liste historischer Staatsgeheimnisse gestanden hatte. Wahr ist hingegen, daß Situation und Rolle der Häftlingsfunktionäre im Konzentrationslager Buchenwald in einer Weise öffentlich dargestellt worden waren, die jede denkbare Wirkung geschichtswissenschaftlicher Anstrengung übertraf. Nachdem 1958 Bruno Apitz' Roman *Nackt unter Wölfen* erschienen war, der Auflage nach Auflage erlebte, nahm sich der Regisseur Frank Bayer Anfang der sechziger Jahre des Stoffes an. Im Zentrum seines Spielfilms wie in dem des Romans steht die wahre Geschichte eines aus Polen stammenden jüdischen Kindes, das mit seinem Vater 1944 aus Auschwitz nach Buchenwald gelangte. Es überlebte wie Hunderte anderer Kinder durch die Hilfe (nicht nur, aber vor allem) der politischen Mitgefangenen.

In Wort und Bild, die allein in der DDR eine Millionenzahl von Menschen erreichten, waren in *Nackt unter Wölfen* auch Konflikte deutlich gemacht worden, denen sich die politischen Häftlingsfunktionäre ausgesetzt hatten. Sie entschieden beispielsweise in der »Arbeitsstatistik«, wer welchem Kommando in Buchenwald oder in dessen Außenlagern zugeteilt wurde. Derartige Einweisungen konnten wegen der extrem unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen die Rettung oder den Tod bedeuten. Verzweifelt verläßt der Häftling, der den Knaben nach Buchenwald brachte (und bei Apitz wie bei Bayer nicht dessen Vater ist), mit einem solchen Außenkommando das Lager. Die illegale Organisation hatte aus Sicherheitsgründen die Trennung von seinem Schützling durchgesetzt. Mehr noch: Einige Angehörige des politischen Komitees wollten auch den Knaben aus dem Lager schaffen. Andere widersetzten sich – anfangs heimlich – und erzwangen sein Bleiben. Diese Version der Geschichte bedeutete gegenüber den tatsächlichen Ereignissen um »Juschu« Zweig, so der Name des Jungen, eine Verschärfung. In Wirklichkeit waren Vater und Sohn im Lager geblieben, jedoch an unterschiedlichen Plätzen untergebracht worden. Im Konflikt zwischen dem Gesamtinteresse des Lagers und dem Erhalt des Lebens eines einzelnen Menschen schieden sich die Geister – auch die der Kommunisten. Das war eine der Aussagen des Films, und sie traf, indem sie im Detail von der Realität abwich, doch die historische Wirklichkeit.

Niethammer und seinen Mitarbeitern scheinen bei ihrer Beschäftigung mit dem Umgang, der in der DDR der Geschichte Buchenwalds galt, Roman und Film entgangen oder deren Botschaften verborgen geblieben zu sein. Sonst hätten sie wohl auf die Pose von Entdeckern verzichtet. Denn präsentiert wird von ihnen nicht die Entdeckung eines verschwiegenen Themas, sondern eine Umwertung, die ältere Aussagen wiederbelebt, ohne daß Argumente und Gegenargumente vergangener Kontroversen redlich abgewogen würden: Sie stufen die Opfergruppe mit den roten Winkeln – insbesondere die Häftlingsfunktionäre – als »Mittäter« ein. Sie sortieren sie als deren Helfer auf die Seite der SS. Das löste Beifall und Proteste aus. Schärfer noch als Kritiker aus den Reihen der einstigen politischen Häftlinge, die sich zu Wort meldeten, hatte sich zu dieser Sichtweise Primo Levi kurz vor seinem Tode geäußert. Er schrieb in seinem 1986 erschienenen Buch *Die Untergegangenen und die Geretteten*: »Ich weiß, daß es Mörder gegeben hat, nicht nur in Deutschland, und daß es sie noch gibt, sowohl im Ruhestand als auch noch im aktiven Dienst, und daß sie mit ihren Opfern zu vermengen auf eine kranke Moral, ein ästhetisierendes Getue oder ein unheimliches Anzeichen für Komplizenschaft hindeutet; aber vor allem wird damit jenen, die die Wahrheit bestreiten, ein wertvoller Dienst erwiesen – ob beabsichtigt oder nicht.«

Der gesellschaftliche Kontext, in dem die Gemeinschaft der Geschichtsrevisionisten wirkt, ist beschreibbar. Deutschland gedenkt angerührt des Lebensretters Schindler, des Kapitalisten mit dem guten, wenn auch mit keiner Sonde so richtig auszumessenden Herzen. Es gibt sich ungeteilt diesem Rührstück hin, denn es steht nicht zu fürchten, ein Fortsetzungsfilmwerde von jenen Kapitaleignern und derenManagern handeln, die ihre Häftlingsskla-ven als verbrauchte »Muselmänner« nach Auschwitz-Birkenau lieferten. Gleichzeitig aber soll in diesem betroffen gemachten Deutschland vergessen werden, daß deutsche politische Häftlinge in Buchenwald, Kommunisten zumal, in ungleich anderer Lage als jener Betriebsinhaber, dessen Verdienst ungeschmälert bleibt, eine erheblich größere Zahl Juden retteten, als sie die »Schindler-Juden« darstellten. Schwer denkbar, daß diejenigen, die auf dem Ettersberg dank »roter« Hilfe lebend davonkamen, mit analoger Formulierung hierzulande als »Kommunisten-Juden« eingebürgert werden könnten.

Unter dem Druck scharfer Kritiken, die es neben allerlei Lob von rechts auch gab, schlugen Niethammer und Co. in Diskussionen über ihr Buch einen Haken. Es sei nicht ihr Anliegen gewesen, Pflöcke für ein Feld einzuschlagen, auf dem sich die künftige Geschichtsschreibung über das KZ Buchenwald zu bewegen habe. Ihr Interesse habe sich vielmehr auf den Umgang der SED mit den Häftlingen gerichtet, die im Lager Funktionen ausübten und später in der sowjetischen Besatzungszone zeitweilig führende Positionen innehatten. Dieser Behauptung widersprechen Anlage und Inhalt des einleitenden Textes. Die Dokumentation wird geradezu mit dem Anspruch vorgestellt, einen Rettungsversuch zugunsten der »Politischen« zu unternehmen. Er sei notwendig geworden, um die Folgen der Mythologisierung der Geschichte Buchenwalds in DDR-Zeiten zu überwinden. Überlebende Häftlinge haben diesen Anspruch als Hohn empfunden, wird ihr »Verdienst« doch auf die Durchsetzung einer auf die eigene Gemeinschaft gerichteten, außerordentlich erfolgreichen Überlebensstrategie herabgestuft, für die die Masse der Häftlinge habe zahlen, d.h. bluten und sterben müssen.

Der Streit entzündete sich nicht an Erwägungen über den Wahrheitsgehalt, sondern an der Interpretation und Benutzung der Dokumente. Er wurde nicht auf dem Nebenfeld geführt, auf das die Herausgeber gleichsam zufällig geraten waren. Doch die Diskrepanz zwischen der Orientierung der Einleitung und dem Aussagewert der Dokumente trug dazu bei, die Rezeption des Bandes von jenem Thema wegzulenken, dem die unterbreiteten Quellen vor allem zuzuordnen sind. Die im einstigen Parteiarchiv der SED gefundenen, aus der Frühgeschichte der Einheitspartei stammenden Akten geben Auskunft über Vernehmungen, denen Parteimitglieder unterworfen wurden, die in Buchenwald in der Organisation der KPD Funktionen besetzt und auf das Verhalten ihrer Genossen in den Lagerfunktionen eingewirkt hatten. Diese Archivalien erlauben auf einem begrenzten Feld Einblicke in Geschichte und Charakter der SED, namentlich in ihre Personalpolitik. Sie lassen persönliche und Gruppeninteressen erkennen sowie die Methoden, mit denen diese verfolgt wurden. Weitere Forschungen werden das noch bruchstückhafte Bild vervollkommnen. Doch schon seine jetzt verfügbaren Teile können für all jene zu einer ebenso bitteren wie bitter notwendigen Lektüre werden, die – aus der SED kommend – sich auf den langen Weg zu einer sozialistischen Partei von demokratischem Zuschnitt gemacht haben.

Selbst wer zu DDR-Zeiten nicht an von der Berliner Parteizentrale weit entferntem Ort und untergeordnetem Platz arbeitete, hat mittlerweile erschüttert wahrgenommen, was sich in den Dokumenten an Geist und Haltung ausspricht. Dabei erscheint nicht die Tatsache als kritikwürdig, daß eine Partei ihre Mitglieder nach den Jahren der Naziherrschaft fragte, wie sie deren Prüfungen bestanden hatten (ein geradezu vorbildliches Verfahren, dem sich alle neu- oder wiedergegründeten Parteien im Nachkriegsdeutschland hätten unterziehen sollen). Die Unaufrichtigkeit des Verfahrens offenbart sich im selektiven Vorgehen seiner Betreiber. Noch die Protokolle atmen Eiseskälte und lassen nicht die Spur von Gleichheit der Gesinnung, von einer Anstrengung erkennen, sich in die Lage der einst gefangenen Genossen hineinzuversetzen. Da die »Buchenwälder« bei jenen Befragungen die Konflikte, in die sie gekommen waren, mehr oder weniger freimütig schilderten, mitunter auch gegenseitige Anschuldigungen aussprechen, erhielten die Mitglieder der Kontrollkommission, was sie wünschten. Begründungen waren gefunden, um die »Belasteten« aus den vorderen Reihen der politischen Hierarchie zu entfernen und ihnen einflußärmere Funktionen zuzuweisen.

Für sich genommen, d.h. ohne weitere dokumentengestützte Aufschlüsse, erlauben die Quellen keine vollständige Rekonstruktion der Motive und Ziele dieses rücksichtslosen Umgangs der SED-Spitze mit den einstigen Häftlingsfunktionären. Doch richten sich Aufmerksamkeit und Interesse derer, die von der Existenz der Archivmaterialien »Wind« bekamen, auch nicht dahin. Die Papiere scheinen bestens geeignet, das Verdienst der »roten Kapos« von Buchenwald herabzusetzen. Den Auftakt gab die »Bild«-Zeitung mit Schlagzeilen wie »So halfen Kommunisten den Nazis beim Morden« und »Wer KPD-Bonzen stört, landet im Todesstollen«. Obendrein erfanden ihre Redakteure eine prokommunistische Verschwörung, die die Archivalien vor der Öffentlichkeit verbergen wolle. Eben einem solchen Treiben hätten nach eigenem Bekunden Niethammer und seine Mitherausgeber nicht untätig zusehen wollen und sich daher entschlossen, die Dokumente rasch zu publizieren. Sie sollten zunächst 1995 erscheinen. Dann stellten sich Bedenken ein, ob der Band so dicht am 50. Jahrestag der Befreiung des Lagers richtig plaziert sei. Jedenfalls beschleunigten die Herausgeber ihr Arbeitstempo – mit dem Resultat, daß niemand Gefahr läuft, seinen Einsatz zu verlieren, der darauf wettet, es werde sich hierzulande aus jüngerer Zeit kein zweites Quellenwerk finden, das derart schludrig bearbeitet worden ist.

Und diese gemeinschaftlich mit dem Akademie-Verlag begangene Schädigung eigenen und fremden Rufs soll durch das Vorhaben gerechtfertigt sein, das »Bild«-Bild zu konterkarieren? Dessen Konsumenten sind ja bekanntlich darauf aus,

abends durch Studium historischer Dokumente zu überprüfen, ob ihnen am Morgen die Wahrheit ganz und unverfälscht mitgeteilt worden ist. Oder sollte der Dokumentenband womöglich bloß anderen Zeitungen Material für sachliche Gegendarstellungen bieten? Daran muß zweifeln, wer etwa die Überschrift liest, die der »Tagesspiegel« am 4. März 95 einem Bericht von der Vorstellung des Buches gab, die Niethammer in Potsdam veranstaltet hatte: »Elite des Grauens: Deutsche Kommunisten in Buchenwald«. Die Mehrheit der anderen (nichtkommunistischen und nichtdeutschen) Häftlinge, so wird der Herausgeber zitiert, habe die Mitglieder der KPD »als Teil der deutschen Herrschaft über das Lager« erlebt. Demnach besaß die »deutsche Herrschaft« zwei Exekutoren: die SS und die Kommunisten.

Das läßt die behauptete Frontstellung als Selbstbetrug oder absichtsvolle Täuschung erscheinen. In Wahrheit konfrontieren sich die Herausgeber auch keineswegs nur, wie sie beteuern, dem entproblematisierten, geglätteten und geschönten Bild vom antifaschistischen Widerstandskampf, das in den Geschichtsbüchern der DDR vorherrschte. Sie erledigen stillschweigend, was Zeitzeugen berichteten, die kommunistischer Überzeugung ebenso unverdächtig sind wie irgendeines politischen Legitimationsinteresses. Die ignorante Haltung mag die Einbildung stützen, die seriöse Erforschung der Geschichte des Lagers stünde gleichsam beim Punkte Null. Daran kann sich das Selbstwertgefühl von Historikern bilden, deren Beschäftigung mit der Geschichte des Naziterrors und dessen Radikalisierung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern gerade erst begonnen hat.

Die Erinnerungs- und Forschungsliteratur befaßt sich bereits seit Jahrzehnten auch und besonders mit der Frage nach der »inneren Struktur der Häftlingsgesellschaft«. Schon die Gefangenen hatten sich der quälenden Frage gestellt, welchen Platz sie im Machtgefüge der Lager einnehmen, vor sich und anderen rechtfertigen konnten. Sie hatten zu entscheiden, ob sie sich für Aufgaben zur Verfügung stellen sollten, welche die SS-Kommandantur von ihnen ausgeführt wissen wollte. Sie haben grundverschiedene Antworten gegeben. Ihr Ja oder Nein läßt sich keinen bestimmten Gefangenengruppen zuordnen.

Nach 1945 setzte sich die Kontroverse unter den Befreiten fort. Nun besaß sie eine abgeschlossene geschichtliche Erfahrungsbasis. Was hatten Häftlinge in den »Selbstverwaltungen« der KZs und Mitglieder von »Judenräten« in den Ghettos bewirkt? Waren sie, wie die einen befürchtet hatten, zu Handlangern der Wächter, Ausbeuter und Mörder geworden, oder hatten sie über ihr eigenes Schicksal hinaus das ihrer Mitgefangenen erleichtern, womöglich die Zahl der schließlich Überlebenden vergrößern können?

Hermann Langbein, der sich als Gefangener in Auschwitz zu den Kommunisten bekannt und später in Österreich seine Bindungen zu ihnen gelöst hatte, faßte in seinem großen Bericht *Menschen in Auschwitz* sein Urteil in die Form der Frage: »Sicher wäre es für den einzelnen einfacher gewesen, sich vor der Übernahme einer Funktion zu drücken und sein Gewissen frei von jeder Belastung zu halten; aber wie hätten dann die Verbesserungen, die in vielen Lagern durchgesetzt wurden, erreicht werden können? Wie hätte man die Schläger und Betrüger aus Schlüsselstellungen entfernen können? Wie hätten die Lager ausgesehen, wenn alle, deren Moral nicht gebrochen war, die Übernahme einer Verantwortung gescheut hätten?«

Zu Beginn der sechziger Jahre erreichte die Auseinandersetzung einen vorläufigen Höhepunkt, als Hannah Arendt nach ihrer Teilnahme am Prozeß in Israel ihr Buch *Eichmann in Jerusalem* veröffentlichte und darin die These aufstellte, die Zahl der Opfer wäre nicht so hoch gewesen, hätten nicht Juden und jüdische Organisationen sich den »Endlösern« zur Verfügung gestellt. Jüdische Funktionäre wurden als Mittäter kategorisiert. Gerschom Sholem hielt der Autorin entgegen: »Ich finde in Ihren Darlegungen des jüdischen Verhaltens unter extremen Umständen, in denen wir beide nicht gewesen sind, kein abgewogenes Urteil, sondern vielmehr ein oft ins Demagogische ausartendes Overstatement.« Wer Niethammers Einleitung liest, mag sich an diese Replik erinnern.

Tatsächlich kann sich ein Geschichtsforscher auf kein komplizierteres Feld begeben, als es eine Zwangsgemeinschaft von Menschen an der Grenze zwischen Leben und Tod ist. Wieder und wieder haben Überlebende davon gesprochen, daß sie – die einzigen Kronzeugen – außerstande wären, zu berichten, was ihnen und ihren toten Leidensgefährten geschah. Doch geht es nicht nur um eine prinzipielle Grenze des Erzählbaren. In zahlreichen Überlieferungen schwingen Rücksichten der Erzählenden mit. Kurt Goldstein, auf seiner Flucht aus Deutschland nach Palästina gelangt, nach seiner Teilnahme am Kampf für die spanische Republik ins französische Lager Vernet gebracht, wurde von dort nach Auschwitz verschleppt. Als Kapo stand er einem Arbeitskommando jüdischer Häftlinge vor, das in einer Grube schuften mußte. Ein Überlebender, ein ehemaliger Viehhändler aus dem Friesischen, berichtet in seinen Memoiren, er verdanke Goldstein sein Leben. Der habe ihm erlaubt, sich während einer Selektion unter einem »Bettgestell« zu verstecken, wodurch er – ein »Muselman« – dem sicheren Gastod entgangen sei. Goldstein teilte dem Autor mit, so könne es nicht gewesen sein, denn Selektionen hätten nie in Baracken stattgefunden. In Wahrheit habe er während eines Appells den Gefährdeten schimpfend und mit einem kräftigen Tritt zum Stubendienst »abkommandiert« und ihn so den Augen und dem tödlichen Wink des Selektierenden entzogen. Der Autor entgegnete, das entspreche auch seiner Erinnerung, doch habe er den Vorgang so nicht niederschreiben wollen, weil dann die Schilderung womöglich als Beweis gelesen worden wäre, wie schändlich Juden noch im Angesicht

ihrer Mörder miteinander umgegangen seien. Um nun das Bild der Quellenüberlieferung zu vervollständigen, denke man sich zu dieser Episode einen dritten Häftling hinzu, der den Vorfall ohne Kenntnis der Zusammenhänge aus der Ferne beobachtete. Dessen Urteil über den seinen Leidensgenossen mißhandelnden Kapo ist kaum zweifelhaft. Wenig zweifelhaft erscheint auch, auf welche der drei Quellen diejenigen zurückgreifen würden, die sich auf dem Forschungsfeld bewegen wie analphabetische Erstbesucher eines Selbstbedienungsladens.

Von der Geschichtsschreibung wird gemeinhin verlangt, daß sie Ereignisse und Ereignisfolgen in ihre Zusammenhänge stellt und dadurch begreifbar macht. Im vorliegenden Fall bedeutete das, zu Buchenwald Auschwitz und Dachau, Neuengamme und Groß-Rosen, auch Lodz, Warschau und Theresienstadt hinzuzudenken. Selbst wenn das die Möglichkeiten der Herausgeber überstieg, standen ihnen doch Aussagen über Aussagen zur Verfügung, die einzelnen dieser »Buchenwälder« mit dem roten Winkel wie ihrer Gesamtheit Anerkennung und manchen auch höchstes Lob zollten. Nicht wenige dieser Urteile stammen aus den ersten Tagen und Wochen nach der Befreiung des Lagers. Niemand konnte die vielstimmigen Zeugen, Deutsche, vor allem aber Ausländer, zur Ausstellung von Papieren zwingen, in denen immer wieder die Alternative mitgedacht wird, was dieses Buchenwald ohne die deutschen politischen Häftlinge und ihre Erfahrung im Kampf gegen die SS gewesen wäre. Zahlreich sind die Berichte der Häftlinge, die nach dem Durchleiden der Torturen anderer Lager nach Buchenwald kamen und dort unterhalb der SS-Herrschaft eine andere Atmosphäre antrafen, als sie ihnen bis dahin begegnet war.

Auch in späteren Verlautbarungen haben Überlebende, nachdem sie in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, diese Urteile bestätigt, und selbst in den kritischsten Stellungnahmen zum Verhalten der Häftlingsfunktionäre wiederholt sich die Aussage, daß – von namentlich benannten Ausnahmen abgesehen – die kommunistischen Mithäftlinge im KZ Buchenwald – mit wiederum namentlichen Hervorhebungen – kraft ihrer Ideologie, ihrer Erfahrungen, ihres Mutes und ihres Zusammenhalts sich die größten Verdienste um das Überleben des Großteils der Lagerinsassen erwarben. Das galt vor allem für die Endphase des Lagers, als die Gefahr abgewendet werden konnte, daß die SS im Exzeß ein letztes Blutbad anrichtete.

Die Methode des Weglassens von Dokumenten oder ihrer ungerechtfertigten Vernachlässigung, der sich Niethammer und seine Mitarbeiter bedienten, besitzt Vorläufer. Sie steht nicht in der Traditionslinie der unrühmlich untergegangenen, von Partei- und Staatsführung der DDR dirigierten Geschichtsschreibung. Die ließ weg, was den Anspruch »Die Partei hat immer recht« gefährdete (der eigentlich nicht besagte, was er formulierte, sondern: »Die Parteiführung hat immer recht«). Die neue Ignoranz ist importiert, und ihre Quellen sind nicht weniger trübe.

In diesem Zusammenhang kann der groteske Teil der Kontroverse nicht unerwähnt bleiben: der dogmatische Streit um Befreiung und/oder Selbstbefreiung des Lagers. Er drang bis in den Landtag zu Erfurt. Frank Bayers eingangs erwähnter Film zeigt, daß und wie sich Mitglieder der illegalen Organisation in Buchenwald erhitzt darüber stritten, wann sie zu ihren wenigen verborgenen Waffen greifen sollten, um die SS niederzukämpfen. Die Frage und das Argument der Besonnenen lauteten: Wie weit sind die Truppen der US-Armee noch entfernt? Erst als die Salven der Herannahenden zu hören waren und die SS sich im Zustand der Auflösung befand, schlugen die Mutigsten zu. So sicher, wie ihre Tat mißlungen wäre, hätten sie zu den Waffen gegriffen, als die Westalliierten noch am Rhein standen, so gewiß hätten die Häftlinge, die Gefangene schon nicht mehr waren, den eintreffenden amerikanischen Soldaten nicht die SS-Wachleute als Gefangene übergeben können, hätten sie diese nicht angegriffen und überwältigt.

Niethammer hat vor wenigen Monaten in einem Forschungsmagazin der Jenaer Universität zusammenfassend (und sein zwischenzeitlich partiell geleugnetes Hauptinteresse doch wieder bekennend) festgestellt, die veröffentlichten Akten seien »nicht zu einer juristischen Abrechnung mit Mittätern unter den Häftlingen geeignet«. Er befindet, daß »die Kosten« des kommunistischen Widerstands »eher nicht-politische und nicht-deutsche Häftlinge als die SS zu tragen« gehabt hätten. Er billigt den Kommunisten, die er als erfolgreiches »Selbstrettungskollektiv« qualifiziert, huldvoll zu, »für alle Häftlinge kalkulierbarere Bedingungen« erwirkt zu haben. Letzteres gilt ihm nicht als erstrebtes Ziel der Handelnden, sondern als bloßes Neben- und Folgeprodukt ihrer gruppenegoistischen Aktivitäten.

Kosten und Kalkulation – es ist zu hoffen, daß Sprache und Denken des Buchhalters sich in der Geschichtsschreibung über die nationalsozialistischen Zwangs- und Vernichtungslager auf Dauer nicht werden festsetzen können. Die Hoffnung ist schwach, zeigt mir eine Erinnerung: Im Winter des Jahres 1945/1946 teilte ich das Zimmer eines Internats mit einem jungen Burschen, der wenig älter war als ich selbst. Er stammte aus Grodno. Seine Mutter und seine jüngeren Geschwister waren aus dem Ghetto Bialystok zur Vernichtung abtransportiert worden. Er und sein Vater hatten Auschwitz und Buchenwald überlebt. Daniel Klowski, heute Professor für Physik in Samara, hat später davon gesprochen, er habe seit Auschwitz zwei Väter, den eigenen und den Funktionshäftling, der im Krankenbau verhinderte, daß man ihn, den schwer Tbc-Kranken, nach Birkenau schaffte – in den Gastod. Der deutsche Kapo hieß Stefan Heymann. Er stammte aus Mannheim, ein hochdekorierter Kampfflieger des 1. Weltkriegs, der Kommunist geworden war. In Thüringen erhielt, er war lange tot, eine Schule seinen Namen. Daniel kam zur Namenstaufe.

Die Schule im »grünen Herzen« Neudeutschlands aber wollte diese Erinnerung nicht bewahren. Sie säuberte sich vom Antifaschismus. Sie gab ein Beispiel kalkulierten Umgangs mit deutscher Geschichte. Und äußerster Korrektheit: Die Familie erhielt die Erinnerungsstücke zurück.

Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher, Akademie Verlag Berlin 1994, 566 S., 58 Mark

Hermann Langbein: *Menschen in Auschwitz*. Europaverlag Wien-München 1995, 800 S., 54 Mark

Kurt Pätzold schrieb in KONKRET 8/94 über das Bonner Haus der Geschichte

Konkret 07/95, S. 24

Volkert Ohm

Für weiteren Aufenthalt kein Anlaß

Wie Politik und Justiz die Lage der Ausländer in Deutschland systematisch verschlechtern

In den letzten Jahren hat sich die soziale Lage der in der Bundesrepublik lebenden 6,9 Millionen Immigrantinnen und Immigranten gegenüber der deutschen Bevölkerung deutlich verschlechtert. Sie wurden bei der Vergabe von Arbeitsplätzen weiter benachteiligt, mit der Folge, daß die hohe Arbeitslosigkeit unter ihnen trotz der wirtschaftlichen Stabilisierung gestiegen ist. Die Arbeitslosenquote der Immigrantinnen und Immigranten hat sich von 10,0 Prozent im September 1990 auf 15,3 Prozent im September 1993 erhöht. Sie liegt damit erheblich über der ebenfalls angestiegenen Gesamtarbeitslosenquote (1990: 6,6, 1993: 8,3 Prozent) und wuchs auch relativ stärker. Der Anstieg ist noch drastischer, wenn man die verdeckte Arbeitslosigkeit mit einbezieht, die unter Immigranten ebenfalls höher ist als unter der erwerbsfähigen deutschen Bevölkerung. Zudem sind die Reallöhne der Immigranten relativ zu den Löhnen der deutschen Arbeitnehmer gesunken.

Die Zahl der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Gesundheit aufgrund gesundheitsgefährdender Arbeitsbedingungen oder durch Arbeitsunfälle ruiniert wurde, ist ebenfalls gestiegen. Immer häufiger sind sie, die zumeist das Rentenalter noch nicht erreicht haben, auf Sozialhilfe angewiesen. Berufsunfähigkeitsrente wird ihnen nicht zugesprochen, weil sie keine qualifizierte Berufsausbildung besitzen und sich außerdem die Rentenversicherungsanstalt auf die theoretische Möglichkeit eines sogenannten Verweisungsberufes mit leichteren Arbeitsbedingungen (Lagerverwalter, Pförtner etc.) berufen kann – unabhängig davon, ob auf dem Arbeitsmarkt solche Arbeitsplätze angeboten werden und eine reale Chance für eine Vermittlung besteht. Erwerbsunfähigkeitsrente wird nicht bewilligt, wenn der Vertrauensarzt bescheinigt, »daß noch leichte Arbeiten in wechselnder Körperhaltung ohne häufiges Bücken und ohne Heben schwerer Lasten in wohltemperierten Räumen vollschichtig möglich« seien – ebenfalls unabhängig davon, ob eine reale Vermittlungschance besteht.

Auch in rechtlicher Hinsicht hat sich die Situation der Immigrantinnen und Immigranten verschärft. Das neue Ausländergesetz, das zum 1. Januar 1994 in Kraft getreten ist, enthält nur in wenigen Punkten eine geringfügige Liberalisierung gegenüber dem früheren Rechtszustand. Im wesentlichen wurden Ermessensspielräume abgeschafft, die das alte Ausländergesetz den Ausländerbehörden einräumte, womit diesen jedenfalls theoretisch die Möglichkeit für humane Einzelfallentscheidungen offengestanden hatte. Das neue Ausländergesetz bildet für die Ausländerbehörden ein eisernes Korsett, das ihnen keinen Bewegungsspielraum mehr läßt, sondern ihnen inhumane Entscheidungen aufzwingt, wie beispielsweise in Fragen der Familienzusammenführung, der Rückkehrgestattung oder des Aufenthaltsrechts von Frauen, deren Ehen schon nach kurzem Aufenthalt gescheitert sind.

Aber selbst in den wenigen Bereichen, in denen auch das neue Recht noch Ermessensspielräume läßt, haben Ausländerbehörden durch Einzelfallentscheidungen immer wieder deutlich gemacht, daß sie keine Chance ungenutzt lassen wollen, die Zahl der in Deutschland lebenden Einwanderer zu verringern. Ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Aufenthalts und ihre soziale Integration wurden Immigrantinnen und Immigranten, die in Armut und Elend geraten sind, aus Deutschland vertrieben. Diese Entscheidungen der Verwaltung und die Urteile der Verwaltungsgerichte, die diese Entscheidungen absegneten, atmen den Geist einer barbarischen Vertreibungsbesessenheit. Dafür zwei Beispiele:

Eine im Jahre 1954 in Jugoslawien (Montenegro) geborene Frau immigrierte im Jahre 1973 nach Deutschland, um hier zu arbeiten. Sie arbeitete bis 1983 in verschiedenen Arbeitsstellen, zuletzt als Reinigungshilfe. Wegen psychischer Störungen (paranoid halluzinatorische Psychose), die in den Jahren 1983 und 1987 stationäre psychiatrische Behandlungen erforderlich machten, mußte sie ihre Erwerbstätigkeit aufgeben und bezog ab 1987 Sozialhilfe. Aus ungeklärten Gründen – vermutlich aus Unkenntnis – unterließ sie es, einen Rentenantrag zu stellen. Wegen des Bezuges von Sozialhilfe lehnte die baden-württembergische Ausländerbehörde eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ab, ohne selbst die Frage des Rentenanspruchs zu klären bzw. die Frau auf die Möglichkeit eines Rentenantrages hinzuweisen. Das Verwaltungsgericht hob die Entscheidung auf. In der Berufungsinstanz wurde dieses Urteil vom baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) jedoch kassiert. In seinem Urteil vom 21. Februar 1994 (Az. 1 S 1450/94) erklärte der VGH, die Ermessensentscheidung der Ausländerbehörde sei nicht zu beanstanden. Wörtlich heißt es in der Urteilsbegründung:

Zu Lasten der Klägerin fällt ins Gewicht, daß ihr Sozialhilfebezug seit 1987 andauert, also nicht nur vorübergehender Natur ist, und eine Änderung dieses Umstandes nach Lage der Dinge in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Das Regierungspräsidium ist auch zutreffend davon ausgegangen, daß die psychische Erkrankung der Klägerin die berechtigte Annahme zuläßt, daß sie auch zukünftig wiederholt stationärer und ärztlicher Behandlung bedarf, deren Bezahlung durch die öffentliche Hand übernommen werden muß, da die Klägerin seit März 1983 nicht mehr krankenversichert ist. Sie wird daher in nicht geringem Umfang auch in Zukunft auf Sozialhilfe einschließlich Krankenhilfe angewiesen sein. Die lange

Aufenthaltsdauer der Klägerin ist keine absolute Größe, die nur eine bestimmte Entscheidung zu ihren Gunsten gestattet. Sie muß vielmehr im Lichte der hier gegebenen Besonderheiten gesehen und gewichtet werden:

Die Aufenthaltserlaubnis ist der Klägerin nicht schlechthin, sondern zu Arbeitszwecken erteilt und verlängert worden. Nachdem sie arbeitslos geworden war und nicht mehr in eine Beschäftigung vermittelt werden konnte, bestand für einen weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet kein Anlaß. Der lange Aufenthalt im Bundesgebiet wird auch, wie die Widerspruchsbehörde ausführt, dadurch relativiert, daß die Klägerin sich in den ersten 19 Lebensjahren und damit in den sie prägenden Jahren der Schulausbildung in Jugoslawien aufgehalten, von daher mit den dort herrschenden Verhältnissen noch hinreichend vertraut ist und keine sprachlichen Schwierigkeiten bei einer Rückkehr in ihren Heimatstaat zu erwarten hat. Zwar wird der Klägerin der Aufbau einer beruflichen Existenz in ihrem Heimatland kaum möglich sein, nachdem ihr dies in Deutschland seit etlichen Jahren nicht gelungen ist, eine soziale Existenz wird sie aber auch dort finden können, weil sie im Falle einer Aufenthaltsbeendigung nicht in eine völlig fremde Umgebung, sondern in ihren Heimatstaat zurückkehren kann.

Die Klägerin konnte auch nicht mit einem weiteren Aufenthalt in Deutschland rechnen. Die Aufenthaltserlaubnis war ihr stets befristet erteilt worden. Die Ausländerbehörde hat, wie das Regierungspräsidium Stuttgart im einzelnen dargelegt hat, gegenüber der Klägerin auch kein Verhalten an den Tag gelegt, das auf die Bereitschaft schließen ließe, ihr trotz ihres weiteren Sozialhilfebezuges ein Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet einzuräumen.

Familiäre Beziehungen der Klägerin in Deutschland stehen der Versagung der Aufenthaltserlaubnis nicht entgegen. Nach ihren eigenen Einlassungen in der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht leben in Deutschland keine Angehörigen. Ihrem Sohn, für den sie das Sorgerecht hat, ist es zumutbar, mit ihr in ihr Heimatland zurückzukehren und das aufenthaltsrechtliche Schicksal seiner Mutter zu teilen.

Derselbe Senat des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs hat in einem weiteren Urteil vom 25. Juni 1993 (Az. 1 S 408/92) ebenfalls ein erstinstanzliches Urteil aufgehoben und die Entscheidung einer Ausländerbehörde bestätigt, mit der die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis wegen »längerfristiger Obdachlosigkeit« abgelehnt worden war. Ein im Jahre 1934 geborener türkischer Staatsangehöriger lebte seit 1968 als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Im Jahre 1980 heiratete er eine türkische Staatsangehörige. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor, die in den Jahren 1982 und 1985 geboren wurden. Seit 1980 war dieser Immigrant bei derselben Firma als Chemiearbeiter beschäftigt, besaß also eine feste Arbeitsstelle. Seit 1985 lebte er mit seiner Familie in einer gemeindeeigenen, 43 qm großen Wohnung mit zwei Zimmern, in die die Familie zur Vermeidung von Obdachlosigkeit eingewiesen worden war. Der Verwaltungsgerichtshof bezeichnete die ablehnende Entscheidung der Ausländerbehörde als rechtmäßig, weil die Familie mittlerweile acht Jahre lang in der Obdachlosenunterkunft lebte und nicht über eine eigene Wohnung verfügte. Ihr Vorbringen, es sei ihnen aufgrund der angespannten Wohnraumsituation nicht möglich, eine eigene Wohnung zu finden, ändere hieran nichts. Es sei von ihnen nicht belegt worden, daß sie sich ernsthaft und intensiv um eine eigene Wohnung bemüht hätten. Auch die Erkrankung eines Kindes, die zu einer anerkannten Schwerbehinderung geführt habe, könne zu keinem anderen Ergebnis führen. Nach den von der Ausländerbehörde eingeholten Auskünften der Deutschen Botschaft in Ankara sei eine Behandlung dieser Krankheit in der Türkei nicht ausgeschlossen.

Diese Entscheidungen machen deutlich, daß die bisherigen Vorschläge der SPD-regierten Bundesländer und die Vorschläge der »Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer« zur Änderung des Ausländergesetzes zu kurz greifen. Das Ausländergesetz ist entsprechend den traditionellen und festverwurzelten Eckpfeilern deutscher »Ausländerpolitik« tendenziell darauf ausgerichtet, den Zuzug von Einwanderern auch unter dem Aspekt der Familienzusammenführung zu stoppen, die hier lebenden Emigranten politisch zu disziplinieren, die sozialen Folgekosten so niedrig wie möglich zu halten und Emigranten ungeachtet jeder sozialen Integration zur Rückkehr in ihre Heimatländer zu zwingen. Ein solches Gesetz ist nicht reformierbar, sondern muß abgeschafft werden. Gleichwohl würde die Situation der Immigrantinnen und Immigranten erträglicher, wenn wenigstens ein Teil der von den SPD-regierten Bundesländern und der Bundesbeauftragten geforderten Liberalisierungen in einer Reform des Ausländergesetzes umgesetzt würde.

Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß sich die Bundesregierung bereit findet, die Forderungen, die während der vergangenen Legislaturperiode erhoben wurden, zu erfüllen. Zwar enthält die Koalitionsvereinbarung den knappen Programmsatz: »Das Ausländerrecht wird novelliert.« Andererseits aber gab es bereits im Laufe des letzten Jahres Signale der Regierungskoalition dafür, daß die in der Bundesrepublik lebenden Einwanderer vom Parlament und der Bundesregierung keine Maßnahmen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage und zur graduellen Liberalisierung des Ausländerrechts zu erwarten haben: Die Anfang dieses Jahres vorgelegten Berichte der Bundesländer über die bisherigen Erfahrungen in der Anwendung des Ausländergesetzes (AuslG) und die darin enthaltenen Vorschläge zur Änderung des Gesetzes wurden weder vom Bundesinnenminister noch vom Innenausschuß des Bundestages zu einem Gesetzesentwurf verarbeitet.

Anstatt das Ausländerrecht zu liberalisieren, verabschiedete der Bundestag am 2. September 94 ein neues »Gesetz über das Ausländerzentralregister«, das auf eine noch umfangreichere Speicherung von Daten über Immigranten und letztlich auf

deren politische Kontrolle und Einschüchterung abzielt. Das Ausländerzentralregister, das ohne ausreichende gesetzliche Grundlage schon seit 1953 existiert und in dem nach Angaben der Bundesregierung schon im Jahre 1987 weit über 100 Millionen sensible Daten von 10 Millionen Ausländern gespeichert waren, soll durch zusätzliche Daten »angereichert« werden. Beispielsweise sollen jetzt sogar die Texte gespeichert werden, mit denen Ausweisungen, Abschiebungen, Einschränkungen oder Untersagungen der politischen Betätigung oder Einreisebedenken begründet werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Verwaltungsakte rechtskräftig geworden sind oder nicht. Neben den Ausländerbehörden sind nunmehr auch folgende Stellen zur Übermittlung von Daten verpflichtet: Auslandsvertretungen, Grenzschutz, Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Bundeskriminalamt, Staatsanwaltschaften, Staatsangehörigkeits- und Aussiedlerbehörden. Zu den gespeicherten Grunddaten haben alle öffentlichen Stellen Zugang. Auch weitergehende Informationen werden an die oben genannten Behörden vermittelt, die selbst zur Eingabe von Daten verpflichtet sind, sowie darüber hinaus an alle Polizeibehörden des Bundes und der Länder, an das Zollkriminalamt, Hauptzollämter, die Bundesanstalt für Arbeit, die Verfassungsschutzbehörden, den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst. Ein großer Teil der genannten Behörden, darunter auch die drei Geheimdienste, hat sogar einen direkten Zugriff auf die Daten im automatisierten (on-line-) Verfahren erhalten. Auch an Behörden anderer Staaten können Daten mitgeteilt werden, wenn diese »ein berechtigtes Interesse glaubhaft darlegen«. Eine Einwilligung des betroffenen Ausländers ist nicht erforderlich, wenn »dadurch der mit dem Übermittlungsersuchen verfolgte Zweck ... gefährdet würde«. Zur Ermittlung des Aufenthalts eines Ausländers darf jede öffentliche Stelle einen Suchvermerk speichern lassen. Diese Möglichkeit könnte zu einer permanenten Überwachung, wie sie beispielsweise schon in den 70er Jahren als »beobachtende Fahndung« vom Bundeskriminalamt praktiziert wurde, genutzt werden. Darüber hinaus können von den Polizeibehörden und Geheimdiensten Gruppenauskünfte über Ausländer mit »gemeinsamen Merkmalen« (z.B. alle männlichen türkischen Staatsangehörigen im Alter von 15 bis 25 Jahren mit kurdischer Volkszugehörigkeit) angefordert werden. Derartiges ist uns ebenfalls aus den 70er Jahren als »Rasterfahndung« in Erinnerung.

Zu Recht ist dieses Gesetz von Datenschutzbeauftragten als verfassungswidrig und totalitär abgelehnt worden. Es fragt sich, warum es gerade jetzt verabschiedet wurde. Der Hang zur Perfektionierung der Kontrolle jeglicher sozialer und politischer Bewegung unter der ausländischen Bevölkerung wird offenbar von einem prinzipiellen Mißtrauen der deutschen Volksvertreter in die Gesetzestreue von Immigrantinnen und Immigranten genährt.

Es ist absehbar, daß keine der drei Gewalten – weder die Exekutive (Regierung und Verwaltung) noch die Gerichte, noch das Parlament – Wege suchen wird, den sozialen Aggressionen, die durch die ungleiche Behandlung von Deutschen und Ausländern gezüchtet werden, anders zu Leibe zu rücken als durch Kontrolle, Einschüchterung und Bevormundung. Die Ausländerbeauftragten und Datenschutzbeauftragten in Bund und Ländern erscheinen da nur als Rufer in der Wüste. Ihre mahnenden Worte, den Status der Einwanderer als Menschen zweiter Klasse endlich aufzuheben, verhallen ungehört.

Volkert Ohm ist Rechtsanwalt und lebt in Hannover

Konkret 07/95, S. 26

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 38

Dienstag, 4.4.95 –

Der Bundesgerichtshof (BGH) stellt in einem Urteil fest, daß das Sprayen ausländerfeindlicher Parolen durch Neonazis eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen und in einem solchen Fall wegen Bildung oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung bestraft werden kann. Damit hebt der BGH eine anderslautende Entscheidung des Landgerichts Dortmund auf. (AZ: 3 StR 583/94)

Mittwoch, 5.4. –

Die internationale Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« stellt in Bonn ihren neuen Bericht über Fremdenhaß und rassistische Gewalt in Deutschland vor. Danach haben die rassistisch motivierten Gewaltdelikte 1994 gegenüber dem Vorjahr zwar abgenommen, liegen aber immer noch um 400 Prozent über den Zahlen vor der deutschen Einheit. Nicht-gewalttätige Straftaten gegen Ausländer wie Belästigung und Einschüchterung haben 1994 deutlich zugenommen. Dies zeuge von tiefsitzender Fremdenfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft, so die Organisation.

Freitag, 7.4. –

Brandanschlag auf eine türkische Gaststätte in Anweiler/Rheinland-Pfalz. Ein unbekannter Täter schlägt ein Fenster der Gaststätte ein und wirft zwei Brandsätze in den Gastraum. Der Wirt kann das Feuer löschen.

Samstag, 8.4. –

Im Hamburger Untersuchungsgefängnis nimmt sich ein 27jähriger Mann aus Togo, der in den nächsten Tagen abgeschoben werden sollte, das Leben.

Dienstag, 11.4. –

Brand in einem türkischen Lebensmittelladen in Dortmund. Es entsteht ein Sachschaden von 200.000 Mark. Die Staatsanwaltschaft schließt einen Brandanschlag nicht aus.

Mittwoch, 12.4. –

Brandstiftung in einer leerstehenden Flüchtlingsunterkunft in Darmstadt/Hessen, in deren Erdgeschoß sich eine türkische Gaststätte befindet. Die Polizei schließt fremdenfeindliche oder politische Motive aus. –

Brandstiftung in einem türkischen Gemüseladen in Berlin. Die Polizei schließt politische Tatmotive aus. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Ludwigshafen.

Donnerstag, 13.4. –

Fünf Tage nachdem ein Passant auf einem Feldweg bei Köln einen Säugling gefunden hatte, umstellen etwa 80 Polizeibeamte ein Flüchtlingswohnheim in der Nähe des Fundortes, um dort nach der Mutter des Findelkindes zu suchen. In dem Heim leben etwa 200 bosnische Flüchtlinge, rund die Hälfte von ihnen sind Roma. Insgesamt 40 Roma-Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 40 Jahren werden auf ein Polizeirevier transportiert, wo ihnen Blut abgenommen wird. Drei weitere Frauen werden in der Uni-Klinik gynäkologisch untersucht. Der Kölner Staatsanwalt Karl Utermann begründet den Großeinsatz und die Zwangsuntersuchungen der Frauen damit, daß es »konkrete Hinweise« darauf gebe, »daß die Mutter aus Roma-Kreisen stammt«. So weise das Findelkind eine Pigmentierung auf, »die man verstärkt bei Sinti und Roma findet«.

Montag, 24.4. –

Das Schweriner Landgericht verurteilt den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von Schleswig-Holstein, Heinrich Förster, wegen versuchten Mordes, versuchter schwerer Brandstiftung und Landfriedensbruch zu vier Jahren Haft. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß der 68jährige Förster im Juli 1992 etwa 30 Jugendliche zu einem Angriff auf ein Asylbewerberheim in Bahlen angestiftet hat.

Dienstag, 25.4. –

In Schwerin greifen zwei junge Männer einen 24jährigen Franzosen an, nachdem sie ihn zuvor mit Hitler-Gruß beleidigt haben. Die Täter werden festgenommen. –

In Essen beschimpft eine von Skinheads angeführte Gruppe einen Iraner und seinen Begleiter auf einem S-Bahnsteig und später im Abteil. Sie schlagen und treten ihre Opfer. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im Februar 1995 insgesamt 130 fremdenfeindliche Straftaten. Dabei handelt es sich um vier Brandanschläge, 25 Angriffe gegen Personen und 101 »sonstige Straftaten« wie Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Gegenüber den Vormonaten ist die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten leicht gesunken. –

Wie der brandenburgische Innenminister Ziel (SPD) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts mitteilt, sank die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in Brandenburg von 986 im Jahr 1993 auf 694 im Jahr 1994, von denen 156 fremdenfeindliche und 34 antisemitische Straftaten waren.

Donnerstag, 27.4. –

Wie der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Manfred Püchel (SPD), bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für 1994 mitteilt, hat sich die Zahl der rechtsextremen Straftaten im Land im Vergleich zu 1993 mit insgesamt 777Delikten mehr als verdoppelt. Der Anstieg seiim wesentlichen auf die Zunahme von Propagandadelikten zurückzuführen. Von den 108 Gewalttaten, die gegenüber 1993 leicht zurückgingen, sei die Hälfte fremdenfeindlich motiviert gewesen. Dabei seien die Körperverletzungen drastisch gestiegen.

Samstag, 29.4. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hauzenberg bei Passau/Bayern. In der Unterkunft wohnen derzeit 75 Menschen. Der Täter, ein 18jähriger Schreinerhelfer aus Hauzenberg, wird zwei Wochen später festgenommen und ist geständig. Es ergeht Haftbefehl wegen versuchten Mordes. –

Brandanschlag auf ein griechisches Lokal in Unterasbach bei Fürth/Bayern. Unbekannte Täter werfen zwei Brandsätze in das Lokal und einen dritten in den Garten. Das Lokal brennt teilweise aus, der Wirt erleidet leichte Verletzungen. Die Polizei schließt Ausländerfeindlichkeit als Motiv nicht aus.

Sonntag, 30.4. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lokal in Babenhausen/Bayern. Ein unbekannter Täter wirft die Scheiben des Lokals mit zwei Betonbrocken ein und setzt anschließend die Einrichtung mit Benzin in Brand. Die Polizei hat über Täter und Tatmotiv noch keine Anhaltspunkte. –

In Wurzen/Sachsen überfallen rechtsradikale Jugendliche drei Italiener und schlagen sie zusammen. Die Staatsanwaltschaft leitet gegen die 16 bis 19 Jahre alten mutmaßlichen Täter Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung ein.

Freitag, 5.5. –

Das Landgericht Berlin verurteilt sieben Jugendliche wegen gemeinschaftlichen Totschlags beziehungsweise Beihilfe zum Totschlag zu Strafen zwischen sechs Monaten auf Bewährung und vier Jahren Haft. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die Jugendlichen 1994 einen Polen in der Spree hatten ertrinken lassen, der in den Fluß gesprungen war, um einen 36jährigen Landsmann zu retten, den die Jugendlichen zuvor in den Fluß gejagt hatten. Beide Polen wurden von den Jugendlichen unter Beschimpfungen in den Fluß zurückgestoßen, als sie versuchten, an Land zu kommen. Das Gericht betont, daß ein ausländerfeindlicher Hintergrund der Tat nicht erkennbar sei. –

Wie Innenminister Rudi Geil (CDU) bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichts für Mecklenburg-Vorpommern mitteilt, wurden dort 1994 unter den rechtsextremistischen Straftaten 78 schwere Angriffe auf Ausländer, Heime und vermutete politische Gegner registriert. 1995 wurden bis Mitte April 24 derartige Straftaten registriert.

Montag, 8.5. –

Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim in Laubusch/Sachsen. Jugendliche werfen mehrere Molotowcocktails auf eine Baracke, in der Aussiedler aus Weißrußland untergebracht sind. Die Flaschen zerschellen an der Fassade des Hauses, keiner der Bewohner wird verletzt. Die Polizei nimmt vier Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren unter Tatverdacht vorläufig fest.

Mittwoch, 10.5. –

Der Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes sieht deutliche Anzeichen einer rechtsterroristischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Dazu gehören nach seiner Ansicht die zunehmende Auseinandersetzung mit theoretischen Grundlagen des Rechtsterrorismus und der Anspruch auf ein militantes Widerstandsrecht. Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Hamburg sei 1994 im Vergleich zum Vorjahr von 397 auf 424 gestiegen. Dabei nahmen die fremdenfeindlichen Straftatenab. –

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein registrierte nach Angaben des schleswig-holsteinischen Innenministers 1994 insgesamt 61 rechtsextremistisch motivierte Straftaten, 25 weniger als 1993.

Donnerstag, 11.5. –

In Niedersachsen registrierte der Verfassungsschutz 1994 insgesamt 294 Fälle von rechtsextremistischer Propaganda, Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung gegenüber 193 im Vorjahr, die nicht als fremdenfeindlich eingeordnet wurden. Wie Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) mitteilt, seien die fremdenfeindlichen Straftaten dagegen um 40 Prozent auf 318 Delikte zurückgegangen.

Freitag, 12.5. –

Das Landgericht Kiel verurteilt einen 20jährigen Skinhead wegen versuchter schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung zu drei Jahren Jugendstrafe. Der Angeklagte hatte im Dezember 1994 in Rendsburg einen Molotowcocktail in das Kinderzimmer einer Familie aus Sri Lanka geworfen, in dem die Mutter und zwei Kinder schliefen. Da die Frau den Brandsatz sofort löschen konnte, wurde niemand verletzt.

Dienstag, 16.5. –

Der Thüringer Verfassungsschutz registrierte 1994 insgesamt 477 rechtsextremistische Straftaten, mehr als doppelt so viele wie 1993. Insbesondere die Zahl der »sonstigen« rechtsextremistischen Straftaten, in denen Propagandadelikte, Gewaltandrohungen und Sachbeschädigungen zusammengefaßt sind, nahm von 161 auf 393 deutlich zu. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ging von 95 im Vorjahr auf 41 zurück, darunter 15 fremdenfeindliche Gewalttaten und eine antisemitische Gewalttat. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt (BKA) im März insgesamt 187 fremdenfeindlich motivierte Straftaten gegenüber 130 im Februar und 132 im Januar 1995. Bei den im März registrierten Straftaten handele es sich um zwei Brandanschläge, 20 Angriffe gegen Personen – darunter ein versuchtes Tötungsdelikt – und 165 »sonstige Straftaten«. 103 Tatverdächtige seien dem BKA in diesem Zusammenhang gemeldet worden, von denen 22 vorläufig festgenommen wurden. Gegen drei ergingen Haftbefehle.

Donnerstag, 25.5. –

Bei mehreren Schlägereien im Anschluß an das multikulturelle Fest am Jahrestag der rechtsextremistischen Ausschreitungen gegen Ausländer werden in Magdeburg 23 Personen vorläufig festgenommen.

Freitag, 26.5. –

In Sachsen wurden nach Mitteilung von Innenminister Heinz Eggert (CDU) 1994 insgesamt 736 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund registriert, ein Anstieg von fast 57 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wie auch in anderen Bundesländern stiegen dabei insbesondere die Propagandadelikte stark an. Dagegen sanken die fremdenfeindlichen Delikte von 79 im Jahr 1993 auf 67 im Jahr 1994, den niedrigsten Stand seit der Wende.

Montag, 29.5. –

In Rheinland-Pfalz ging die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten 1994 von 40 im Vorjahr auf 23 zurück, die aller rechtsextremen Straftaten zusammen von 406 auf 366. Wie Innenminister Walter Zuber bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts mitteilt, sind die Rechtsextremen »technisch gut ausgerüstet, konspirativ versiert und äußerst entschlossen«. Sie stellen damit nach seiner Einschätzung nach wie vor die größte Bedrohung für die bundesdeutsche Demokratie dar.

Dienstag, 30.5. –

In Weiterstadt/Kreis Darmstadt-Dieburg in Hessen versuchen unbekannte Täter die Rolläden eines von Asylbewerbern bewohnten Hauses in Brand zu setzen.

Das Archiv für Sozialpolitik, Frankfurt/Main, erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Dienstag, 11.4. –

Das Amtsgericht Seligenstadt verurteilt den langjährigen Funktionär der inzwischen verbotenen FAP, Siegfried Borchardt, wegen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 20 Mark auf Bewährung. Der 41jährige hatte zugegeben, im März 1994 auf einer Demonstration der FAP unter anderem »Schluß mit der Lüge – Schindler von der Bühne« gerufen zu haben. –

In der Nähe der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen beschmieren unbekannte Täter Baufahrzeuge und Bäume mit Naziparolen und Hakenkreuzen. Auf eine Bauwalze schreiben sie das Wort »Judenwalze«.

Donnerstag, 13.4. –

Der Zweite Senat des Oberlandesgerichts Schleswig verurteilt vier Männer wegen des Brandanschlags auf die Synagoge von Lübeck vom 25. März 1994. Der 25jährige Stephan W. wird wegen Brandstiftung zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Die beiden 20jährigen Angeklagten Nico T. und Boris H. erhalten ebenfalls wegen Brandstiftung Jugendstrafen von drei Jahren und sechs Monaten. Der 22jährige Dirk B. wird wegen Beihilfe zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Nach Aussagen des Richters konnte den Angeklagten nicht nachgewiesen werden, daß sie wußten, daß sich über der Synagoge Menschen aufhielten. Der Tatvorwurf des Mordversuchs könne daher nicht bewiesen werden.

Freitag, 21.4. –

Das Landgericht Karlsruhe verurteilt den Bundesvorsitzenden der NPD, Günter Deckert, wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung. Es revidiert damit das vom Bundesgerichtshof aufgehobene Urteil des Mannheimer Landgerichts vom Dezember 1994.

Sonntag, 7.5. –

Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck. Unbekannte Täter setzen einen Anbau der Synagoge in Brand und legen vor dem Aufgang zum Wohnbereich im Obergeschoß Feuer. Der Anbau der Synagoge brennt völlig aus. Wegen der besonderen Bedeutung des Falles übernimmt die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen.

Montag, 8.5. –

Der Schriftsteller Ralph Giordano, der seit Jahren Droh- und Schmähbriefe von Antisemiten und Rechtsradikalen erhält, bekommt zum 50. Jahrestag des Kriegsendes ein besonders bösartiges Schreiben, in dem es unter anderem heißt: »Giordano, ich werde Dich töten müssen. ... Du wirst von nun an keine Ruhe mehr haben. Du wirst niemandem mehr trauen können, denn Dein Vollstrecker ist sehr oft in Deiner Nähe Jude. ... Es ist nicht schwer, von Dir persönliche Gegenstände zu erhalten, um einem Hund eine gute Schweißspur abzugeben. ... im Baukastenprinzip konnte ich mir in den USA bereits die Bauteile für einen Tuberkelbazillus besorgen.« Giordano gibt den Brief zur Veröffentlichung an den »Spiegel«, der ihn eine Woche später dokumentiert.

Dienstag, 9.5. –

In verschiedenen Zeitungsberichten erscheinen Vorwürfe, nach denen die Mitarbeiterin Elke Berg, die in der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) in New York beschäftigt ist, in US-Publikationen den Holocaust leugnet und seit Jahren mit antisemitischen Äußerungen auffällt. Die DZT reagiert auf die Veröffentlichung der Vorwürfe mit der fristlosen Kündigung ihrer Mitarbeiterin.

Samstag, 13.5. –

Unbekannte Täter schänden den jüdischen Friedhof in Göttingen und stoßen elf Grabsteine um.

Sonntag, 14.5. –

Unbekannte Täter schänden den Friedhof der Gemeinde Kleine Elster bei Finsterwalde/Brandenburg. Sie stoßen Grabsteine um und beschmieren vier Grabstätten mit »Judensternen«.

Montag, 15.5. –

In der Gedenkstätte Falkensee für das ehemalige Außenlager des KZ Sachsenhausen beschmieren unbekannte Täter eine Gedenktafel und zwei Marmormahnmale mit Hakenkreuzen, SS-Runen und antisemitischen Parolen.

Dienstag, 16.5. –

In einem jetzt bekanntgewordenen Brief der rechtsextremen »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH) an die Jüdische Gemeinde Hamburg/Schleswig-Holstein spricht sich der DLVH-Fraktionschef Ingo Stawitz gegen eine an die Landesregierung Schleswig-Holstein gerichtete Bitte der jüdischen Gemeinde um finanzielle Zuschüsse aus. Er begründet dies mit »einer so gut wie nicht vorhandenen jüdischen Gemeinschaft« und schreibt weiter: »Es bestünde die Gefahr, daß als nächstes alle möglichen Volksgruppen ähnliche Ansprüche anmelden. Ich denke in diesem Zusammenhang an die verschiedenen Zigeuner-Sippen, an Kroaten, Serben, Kurden usw. usw.«

Samstag, 20.5. –

Die Gedenkstätte Falkensee für das ehemalige Außenlager des KZ Sachsenhausen wird erneut mit Schmierereien von Hakenkreuzen und SS-Runen geschändet.

Konkret 07/95, S. 28

Oliver Tolmein

»Schönste Erleichterung«

Die internationale »Euthanasie«-Bewegung ist auf dem Vormarsch. In Australien wurde ein Gesetz beschlossen, das Ärzten die Patiententötung erlaubt, in Oregon/USA muß ein Gericht über ein »Tod in Würde«-Gesetz entscheiden, und in Deutschland sorgt der Bundesgerichtshof für den Anschluß an den Trend zum schnellen Sterben

Die »Northern Territories« von Australien sind eine eher unbedeutende Region: Auf anderthalb Millionen Quadratkilometern leben 150.000 Menschen, 60.000 davon in der Provinzhauptstadt Darwin. Das Gebiet hat einen Autonomiestatus, weil hier ein Viertel aller noch in Australien lebenden Aborigines wohnt. Im Parlament haben allerdings die konservativen Weißen von der Country Liberal Party, dem »Northern Territory«-Ableger der National Party, das Sagen, die sich bundesweit in der Opposition befindet. Weil in den »Northern Territories« so wenig Menschen leben, hat man sich mit etwas weniger Demokratie zufriedengegeben: Statt des im Commonwealth üblichen Oberhaus-/Unterhaus-Systems gibt es in der Hauptstadt nur eine Gesetzgebende Versammlung, die 25 Abgeordnete zählt. Chief Minister war bis zum 1. Juni dieses Jahres Marshall Perron – und sein wohlinszenierter Abgang nach 21 Jahren Politikerdasein hat das Parlament der autonomen Region in die Weltpresse gehievt. Nach 14stündiger hitziger Debatte hat die Gesetzgebende Versammlung dem Namen ihres Parlamentssitzes alle Ehre gemacht, und so ist in Darwin am frühen Morgen des 25. Mai zum ersten Mal in der Geschichte ein »Euthanasie«-Gesetz ganz regulär parlamentarisch beschlossen worden. »Das ist der Gipfelpunkt meiner politischen Karriere«, teilte der Chief Minister Stunden später übernächtigt, aber glücklich den Medien mit. Viel mehr läßt sich über Darwins »Euthanasie«-Gesetz auch noch gar nicht sagen: Im Verlauf der Debatte, die mit einer 15-zu-10-Stimmen-Entscheidung beendet wurde, sind 50 Änderungsanträge in die sechsseitige Beschlußvorlage aufgenommen worden – und das Justizministerium war eine knappe Woche später noch nicht in der Lage, den tatsächlich beschlossenen Text bekanntzugeben.

Gleichwohl ist der australische »Euthanasie«-Beschluß nicht nur eine Provinzposse: Für die Enttabuisierung der Tötung schwerkranker und behinderter Menschen ist das Gesetz, wenn es tatsächlich in Kraft tritt, ein Schritt nach vorne. Bereits in den ersten Tagen nach der Entscheidung kündigten Politiker aus drei weiteren australischen Bundesstaaten und autonomen Regionen (New South Wales, South Australia und Australian Capital Territory) an, ihrerseits in den nächsten zwei Jahren »Euthanasie«-Gesetze verabschieden zu wollen. Der Premierminister des Bundesstaates Victoria schwärmte, das Gesetz biete tödlich Kranken und ihren Familien die »schönste vorstellbare Erleichterung ihrer Situation«. Gleichzeitig kündigte er an, es würden die sechs Ärzte, die sich vor kurzem in einem Brief an ihn dazu bekannt hatten, »Euthanasie« verübt zu haben, nicht angeklagt werden: »Diese Ärzte«, teilte er der australischen Nachrichtenagentur AAP mit, »haben kein Gesetz gebrochen, sondern eine leidmindernde Behandlung durchgeführt.« Der australische Generalstaatsanwalt Michael Lavarch lobte das neue Gesetz in ersten Erklärungen als »mutigen Schritt« und sah keine Veranlassung, dagegen vorzugehen: Möglicherweise werde dadurch zwar das unter Bundesrecht stehende Medicare System (das die medizinische Versorgung alter Menschen regelt) beeinflußt – das bleibe aber abzuwarten. Die Gesundheitsminister der australischen Bundesstaaten werden auf ihrer Tagung im Juli die gesetzliche Regelung der »Euthanasie« auf der Tagesordnung ganz nach oben setzen. Last but not least zeigte sich auch Helga Kuhse, Mitstreiterin des australischen »Euthanasie«-Propagandisten Peter Singer und Direktorin des Zentrums für Bioethik an der Monash Universität, angetan von dem neuen Gesetz: »Eine Änderung war dringend erforderlich«, teilte sie dem Magazin der australischen Behindertenbewegung, »Link«, mit.

Es sind Menschen mit Behinderungen, die, neben den katholischen und islamischen Kritikern, zu den entschiedensten Gegnern der »Kill Bill« gehören. Dr. Christopher Newell beispielsweise ist Dozent für Medizinische Ethik an der Universität von Tasmanien und selbst behindert. »Die dem Gesetz zugrundeliegende ›dann besser tot‹-Mentalität ist für Menschen mit Behinderungen extrem bedrohlich, denn sie richtet sich auch gegen uns.« Eric Leipoldt, seit 17 Jahren hoch querschnittgelähmt, ergänzt in »Link«: »Die ›Association for Voluntary Euthanasia‹ hier in New South Wales erwähnt immer wieder, daß z.B. das Leben von Menschen mit hohen Querschnittlähmungen so entsetzlich sei, daß ihnen die Möglichkeit für ›Euthanasie‹ gegeben werden sollte ...«

International hat es vor allem im englischsprachigen Raum Reaktionen auf das »Euthanasie«-Gesetz der »Northern Territories« gegeben. In den USA haben Kritiker und Befürworter der »Euthanasie« die australische Entscheidung als »internationalen Testfall« bezeichnet. Während die Pro-Euthanasie-Aktivisten z.B. der Hemlock-Society damit aber die Hoffnung verbinden, daß jetzt auch die »Euthanasie«-Gesetzgebung in US-Bundesstaaten vorankommt, befürchten »Pro Life«-Aktivisten, daß Darwin zur »Euthanasie«-Metropole der Welt werden könnte.

Die Befürchtung ist nicht ganz aus der Luft gegriffen – und das nicht nur, weil für die »Northern Territories« Tourismus eine der Haupteinnahmequellen ist. Das Gesetz macht für die »Euthanasie«-Praxis ausdrücklich nicht zur Voraussetzung, daß die Todeswilligen auch in den »Northern Territories« leben. Auch sonst zeichnen sich die »Rights of the Terminally Ill« durch eine Reihe recht unbestimmter Regelungen aus. Ursprünglich sollte Voraussetzung für ärztliche »Euthanasie«

sein, daß der oder die Sterbewillige eine mutmaßliche maximale Lebenserwartung von zwölf Monaten hat – eine Frist, die so lang ist, daß sie nicht seriös prognostiziert werden kann. Im beschlossenen Gesetzestext heißt es jetzt kaum weniger deutlich, der Patient müsse sich im »letzten Stadium der Krankheit« befinden, »jenseits aller medizinischen Hilfe«. Weitere Bedingungen für die ärztliche Tötung sind: Der Patient muß mindestens 18 Jahre alt sein; ein zweiter Arzt muß Diagnose und Prognose des behandelnden Arztes überprüft haben; die Krankheit muß beim Patienten Schmerzen oder Leiden verursachen; es darf keinen anderen Weg geben, diese Schmerzen oder Leiden zu beseitigen; der Arzt muß begründet davon ausgehen, daß der Patient entscheidungsfähig ist und seine Entscheidung freiwillig trifft; der Patient muß außerdem ein Formular unterzeichnen, mit dem er seine Tötung fordert.

Die Bestimmungen der »Northern Territories« sind, so weit bis jetzt bekannt, vager gefaßt und beinhalten weniger Sicherheitsrichtlinien als die Vorschriften der »Measure 16«, der »Death with Dignity Act«, die im Herbst 1994 im Zuge einer Volksabstimmung im US-Bundesstaat Oregon mit knapper Mehrheit beschlossen worden ist. Während das Oregoner Gesetz, das die ärztlich unterstützte Tötung von Menschen erlaubt, die voraussichtlich in den nächsten sechs Monaten infolge ihrer schweren Krankheit sterben werden, wenigstens eine 15tägige Bedenkzeit zwischen der Artikulation des Todeswunsches und der Ausführung der »Euthanasie« vorsieht, fehlt eine solche Bestimmung in dem australischen Entwurf offenbar völlig. Ebenfalls ist, was eine »informierte Entscheidung« sein soll, in Oregon weitaus präziser und restriktiver geregelt als in dem innerhalb kürzester Zeit durchs Parlament in Darwin gepuschten Entwurf. Trotzdem ist das Oregoner »Euthanasie«-Gesetz kurz vor Inkrafttreten von einem Bundesgericht mit guten Gründen per einstweiliger Verfügung vorläufig kassiert worden.

Neben Ärzten und Betreibern von Pflegeheimen hatten ein schwer diabeteskranker Mann, ein Aidspatient, eine an Muskeldystrophie erkrankte Frau und eine Krebspatientin gegen das Gesetz geklagt. Der Diabetiker kritisierte, daß das Gesetz keinen Unterschied mache zwischen zum Tode führenden Krankheiten, die medizinisch kontrollierbar seien, wie Diabetes, und solchen, für die es keine Behandlung gebe. Er befürchte, so der Kläger, daß mithilfe des neuen Gesetzes Patienten, die potentiell tödliche, aber behandelbare Krankheiten hätten, in den Tod gedrängt werden könnten. Der Aidspatient konkretisierte diese Befürchtung: Von Januar 1996 an muß er die ersten 50.000 Dollar pro Jahr seiner Behandlung selbst zahlen – dazu werde er aber nicht in der Lage sein. Das Oregon-Gesetz biete einen einfachen Ausweg aus dieser Lage: Wenn er sich bereit erkläre zu sterben, sei das sonst schwer lösbare Problem erledigt. Er befürchte, aus Angst vor den durch unzureichende Behandlung entstehenden Schmerzen sich zu diesem Schritt, den er nicht tun wolle, schließlich doch bereitzufinden. Auch die krebskranke Frau hält es für möglich, in eine durch die hohen Behandlungskosten verursachte Notlage zu geraten, in der der ärztlich unterstützte Selbstmord den scheinbar einzigen Ausweg bietet. Darüber hinaus kritisierten die Anwälte der Kläger und Klägerinnen, daß die »Death with Dignity Act« einen Verstoß gegen das US-amerikanische Antidiskriminierungsverbot bedeute, weil es den prinzipiellen Lebensschutz für Behinderte – als solche gelten die meisten Schwerkranken – suspendiere.

Das angerufene Bundesgericht hat in seiner Entscheidung für die vorläufige Suspendierung des Gesetzes offengelassen, inwieweit es die einzelnen Klagepunkte für richtig hält: »Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Fragen, die dieser Fall aufwirft, halte ich eine Verzögerung des Inkrafttretens dieses Gesetzes für berechtigt, damit die verfassungsrechtlichen Bedenken vollständig gewürdigt und analysiert werden können.« Eine der grundsätzlichen Fragen, beschied der Richter, sei jedenfalls, ob »›Measure 16‹ Kranken im Endstadium den Schutz des Oregoner Strafgesetzbuches ›verweigert‹ oder ob sie ihnen ermöglicht, sich dafür zu entscheiden, sich angesichts der eigenen Situation gegen eine Geltung dieser Gesetze für sich zu entscheiden«. Am 18. April dieses Jahres hat auf Antrag von Gegnern und Befürwortern ein Hearing vor dem Bundesgericht stattgefunden – die Urteilsverkündung, die in der Regel drei bis vier Wochen später erfolgt, läßt seitdem auf sich warten. So oder so ist aber damit zu rechnen, daß die unterlegene Seite versuchen wird, das Verfahren angesichts der grundsätzlichen Bedeutung bis zum Supreme Court weiterzutreiben.

In Deutschland ist der Bundesgerichtshof (BGH) derweil mit seiner Rechtsprechung in Sachen »Euthanasie« auf einen Kurs eingeschwenkt, der in niederländische Gefilde führen könnte. Damit wird ein Versprechen erfüllt, das der Vorsitzende Richter am BGH Hannskarl Salger vor knapp zehn Jahren auf dem 56. Juristentag abgegeben hat, als sich das Scheitern eines »Euthanasie«-Gesetzes abzeichnete: »Überlassen Sie die Bewältigung der Probleme der Rechtsprechung. Aber geben Sie uns Fälle, und nicht immer gleich die schwierigsten Grenzfälle, sondern den kleinen Schritt zur Fortbildung des Rechts zur Entscheidung an die Hand. Es hat dreißig Jahre gedauert, um in der Alkoholrechtsprechung den Grenzwert der absoluten Fahruntüchtigkeit von 1,5 auf 1,3 Promille herunterzusetzen.« Aus dem versuchten Totschlag an einer bewußtlosen alten Frau einen Akt der Selbstbestimmung zu machen, ging deutlich schneller. Die Vorlage lieferte, allerdings unfreiwillig, das Landgericht Kempten.

In dem Prozeß ging es um das Sterben von Frau S. Die 72jährige lebte in einem Altersheim. Bei ihr war die Alzheimersche Krankheit diagnostiziert worden. 1990 hatte sie zusätzlich einen Herzstillstand erlitten, war wiederbelebt worden und hatte seitdem einen schweren Hirnschaden. Im Urteil der ersten Instanz ist festgehalten worden, daß sie ihre Umwelt trotzdem durchaus wahrnahm und auf Veränderungen erkennbar reagierte: »Auf Schmerzreize, z.B. Druck auf das Brustbein,

reagierte sie nur mit Lidbewegungen. Auf starke Lichtreize (wenn am Morgen die Vorhänge geöffnet wurden) reagierte sie mit einer Blickbewegung. Auf starke Lautreize reagierte sie mit Zusammenzukken. Auf unangenehme Behandlungen reagierte sie mit einem Knurren. Auf Verabreichung schlechtschmeckender schleimlösender Mittel reagierte sie mit Grimassen.« Frau S. benötigte Krankengymnastik, aber keine intensive medizinische Therapie. Sie war an keine Apparate angeschlossen, sie litt offensichtlich keine Schmerzen, sie konnte selber atmen – mußte aber künstlich ernährt werden. Frau S. lebte, sie benötigte viel Pflege – aber sie lag keineswegs im Sterben.

Einmal pro Woche kam der Arzt, der auch Kontakt mit dem Sohn seiner Patientin hielt. Diese beiden Männer entschlossen sich 1993, die künstliche Ernährung der Frau zu beenden. Einen erkennbaren aktuellen Anlaß dafür, zum Beispiel eine rapide Verschlechterung des Befindens der Patientin, gab es nicht. Der Tod sollte möglichst schnell herbeigeführt werden, weil, so die beiden Angeklagten später in ihren Aussagen vor Gericht, eine Besserung des Zustandes nicht zu erwarten gewesen sei. Wenn man hier also von Sterbehilfe sprechen wollte, dann handelte es sich dabei bestenfalls um eine *Nach*hilfe zum Sterben, keine Hilfe beim Sterben. Mit den Worten des ersten, vom Bundesgerichtshof aufgehobenen Urteils: »Die Angeklagten beabsichtigten keine Maßnahme zur Linderung der Leiden, für die eine dadurch bedingte Lebensverkürzung hätte hingenommen werden können, sondern sie wollten lediglich das für sie lebensunwerte Leben von Frau S. beenden.« Das Pflegepersonal des Heimes war, obwohl es in ständigem Kontakt mit Frau S. stand, vor der folgenreichen Entscheidung nicht einmal um seine Meinung gefragt worden – es erhielt lediglich schriftlich Anweisung: Statt der Nahrung sollte Frau S. künftig nur noch Tee verabreicht werden. Der Pflegedienstleiter führte diesen Auftrag nicht aus, sondern informierte das Vormundschaftsgericht. Das ordnete an, Frau S. sei ganz regulär weiter zu ernähren. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den Sohn und den Arzt. Das Urteil der ersten Instanz, der Schwurgerichts-kammer des Landgerichts Kempten, fiel angesichts der Umstände des Falles – es ging immerhin um versuchten Totschlag – milde aus: 4.800 bzw. 6.400 Mark Geldstrafe sollten die beiden bezahlen.

Sie gingen in Revision und bekamen vom 1. Strafsenat des BGH recht: Das Landgericht Kempten habe versäumt zu prüfen, ob eine »mutmaßliche Einwilligung« der Patientin in den Behandlungsabbruch vorgelegen habe. Und selbst wenn kein individueller Wunsch, die lebenserhaltende Maßnahme abzubrechen, feststellbar gewesen sei, wäre der Tötungsversuch nicht automatisch strafbar – denn, so das Urteil: »Lassen sich auch bei der gebotenen sorgfältigen Prüfung konkrete Umstände für die Feststellung des individuellen mutmaßlichen Willens des Kranken nicht finden, so kann und muß auf Kriterien zurückgegriffen werden, die allgemeinen Wertvorstellungen entsprechen. Dabei ist jedoch Zurückhaltung geboten ... Im Einzelfall wird die Entscheidung naturgemäß auch davon abhängen, wie aussichtslos die ärztliche Prognose und wie nahe der Patient dem Tode ist: Je weniger die Wiederherstellung eines nach allgemeinen Vorstellungen menschenwürdigen Lebens zu erwarten ist und je kürzer der Tod bevorsteht, umso eher wird ein Behandlungsabbruch vertretbar erscheinen.«

Wie leicht es ist, eine mutmaßliche Einwilligung zu konstruieren, hat eine andere Strafkammer des Landgerichts Kempten vorgeführt, die den Fall neu verhandeln mußte: Eine Riege von sieben Zeuginnen und Zeugen, die beteuerten, Frau S. habe schon mal hier und da erwähnt, »nicht an Schläuchen vegetieren« zu wollen, reichte der Kammer für den Freispruch aus.

Während Tötung auf Verlangen nach dem Strafgesetzbuch noch immer strafbar ist (ein Straftatbestand, der allerdings angesichts der herrschenden Rechtsprechung eher theoretische Bedeutung hat), ist die Tötung von Patientinnen und Patienten, die keinen eigenen Willen mehr artikulieren können, faktisch straffrei: vorausgesetzt, sie sind von einer lebenserhaltenden medizinischen Maßnahme, die beendet werden kann, abhängig – egal, ob das eine Medikation ist, künstliche Ernährung oder künstliche Beatmung. Daß es sich um schwer leidende Patienten handelt, die sich ohnedies im Sterben befinden, muß dieser Rechtsprechung zufolge nicht mal mehr behauptet werden. Die einzige Mühe, der man sich unterziehen muß, besteht darin, vage Anhaltspunkte für eine angebliche »mutmaßliche Einwilligung« zu finden – oder plausibel zu machen, daß der Todeskandidat ein »nach allgemeinen Vorstellungen« menschenwürdiges Leben nicht mehr führen kann. In Zeiten, wo die Angehörigen für vollpflegebedürftige Patientinnen und Patienten 3.500 Mark und mehr im Monat für einen Heimplatz zahlen müssen und die Pflegeversicherung vorzugsweise Beiträge kassiert, statt Pflegegelder auszuzahlen, ein attraktives Angebot zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, der damit gleichzeitig das Prädikat »besonders menschenfreundlich« verliehen wird – es geht ja schließlich allein um »Selbstbestimmung«. Daß die von Dritten zugunsten Dritter erfolgt, ist, »im Namen des Volkes«, nicht so wichtig.

Urteile:

LG Kempten 1. Instanz, 8.3. 1994 Ks 13 Js 13155/93;

BGH v. 13.9.1994, 1 StR 357/94;

LG Kempten Neuverhandlung, Urteil v. 17.5.1995

Oliver Tolmein hat 1993 das Buch »Wann ist der Mensch ein Mensch?« (Hanser Verlag) veröffentlicht

Konkret 07/95, S. 31

Erwin Riess

»Rolls rolls«

..... oder Der Aufstand der »Quotenniederlagen« – Behinderte kämpfen gegen Diskriminierung im Fernsehen

Im Jahr 1980 wurde in Wien eine Studie über die Darstellung behinderter Menschen im Fernsehen veröffentlicht. Im ORF, so die Hauptaussage der Studie, erscheinen Behinderte als mitleiderregende, unmündige Wesen, die ständiger Wartung bedürfen. Zwar werden die Defektmenschen nicht mehr wie vor fünfzig Jahren der physischen Resteverwertung zugeführt, der psychischen allerdings entgehen sie nicht. Die Kulturindustrie teilt ihnen eine neue Rolle zu, die Rolle von gesellschaftlichen Abschreckungswaffen. Verkrüppelte Unfallopfer warnen vor den Folgen der Autoraserei, Gelähmte beschwören die Zeckengefahr, und Muskelkranke erinnern an die göttliche Allmacht, die dem einen den Kardinalshut und dem anderen ein Dasein im Rollstuhl beschert. Die Programmacher, mit den Ergebnissen der Studie konfrontiert, reagierten beleidigt, sie beteuerten, daß alles Menschenmögliche für die Behinderten getan werde. Die Jahre seither zeigten, daß es sich dabei um keine leere Drohung handelte. Der ORF produzierte Sendebeiträge wie »Ein Videorecorder für Behinderte«, eine »Jause für behinderte Kinder« oder »Ein Treppenlift für die Frau ohne Unterleib«. Unter dem Titel »frisch-saftig-steirisch« wurde über eine Werbeaktion für Äpfel berichtet. Die Überlassung einiger Kilogramm steirischen Fallobstes für ein Behindertenheim pries man im Kommentar als soziale Großtat. Die Bilder aber legten eine gedankliche Verbindung von faulendem Frucht- und Menschenfleisch nahe.

Den ORF deswegen an den Pranger zu stellen, genügt nicht. Er beruft sich ja darauf, daß er nur seiner öffentlich-rechtlichen Verpflichtung, nämlich ein Spiegelbild der Gesellschaft zu sein, nachkommt, und tatsächlich wurzelt die Verhöhnung behinderter Menschen nicht so sehr in der Borniertheit der Redakteure, sondern es ist die Eigenart des Mediums, das kein Abbild der Wirklichkeit, sondern nur deren Verzerrung zuläßt.

Das Jahr der Behinderten 1981 ging von der Öffentlichkeit ebenso unbemerkt vorüber wie die Uno-Dekade der Behinderten 1982-1992. Zwar kam es in den Straßen zu Protesten behinderter Menschen gegen bauliche und soziale Barrieren, in den ministeriellen Palais aber wurden diese Aktionen mit Achselzucken quittiert. Die Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung des Status Quo schienen günstig. Politik für behinderte Menschen sollte wie die Kabinettspolitik des achtzehnten Jahrhunderts weiterhin der Idee folgen, daß wichtige Entscheidungen grundsätzlich über die Köpfe der Betroffenen zu fällen sind.

Die Wende zum Besseren kam durch einen Anstoß von außen. Gespeist vom Zorn Tausender Kriegsbehinderter und zahlreicher Aktivisten des Civil Rights Movement, war in den sechziger Jahren in Berkeley/Kalifornien das Independent Living Movement (ILM) entstanden. In den siebziger und frühen achtziger Jahren konsolidierte sich die Internationale der behinderten Menschen und setzte eine Reihe von bahnbrechenden Gesetzen – Behindertenquoten in den Universitäten, Umrüstung öffentlicher Verkehrsmittel, Diskriminierungsverbote – in den USA durch. In Berkeley studierende Behinderte aus Europa trugen die Idee des selbstbestimmten Lebens nach Schweden, England – und Deutschland. 1987 formulierte Adolf Ratzka, der in Berkeley studierte und seither in Stockholm an der internationalen Vernetzung des ILM arbeitet, in dem Manifest »Aufstand der Betreuten« unter anderem folgende Grundsätze: –

Ziel unserer Behindertenpolitik muß es sein, dem Einzelnen mehr persönliche Macht und uns als Gruppe mehr politische Macht zu verschaffen. Triebfeder und Richtschnur in dieser Arbeit ist unser Selbstrespekt. Unsere Umwelt bombardiert uns ständig mit Hinweisen, daß unser Leben bemitleidenswert, lebensunwert und unerwünscht ist, daß wir Bürger zweiter Klasse sind. Viele von uns sind mit dieser Haltung aufgewachsen und glauben selbst daran ... Erst wenn wir davon überzeugt sind, daß wir die gleichen Rechte haben, die andere für selbstverständlich hinnehmen, werden wir uns nicht mehr in Heime abschieben lassen, sondern fordern, überall wohnen zu können. Dann werden wir uns nicht länger vom Sonderfahrdienst verfrachten lassen, sondern die Anpassung aller Verkehrsmittel fordern. Dann werden wir uns nicht in Abhängigkeit von unseren Angehörigen zwingen lassen, sondern persönliche Assistenzdienste fordern, die uns freimachen. –

Viele von uns ... ziehen ein »Miteinander-Füreinander-Hallo-Partner-Dankeschön«- Gewäsch vor und wollen allenfalls Mitbestimmung. Assistenz ersetzt unsere Arme und Beine. Andere Menschen haben direkte Kontrolle über ihre Arme und Beine – nicht Mitbestimmung. –

Das Vorbild eines Kollegen gibt einen nachhaltigeren Effekt als der Einsatz der besten nichtbehinderten Experten.

Die »Ratzka-Thesen« sickerten auch nach Österreich durch. In kleinen Zirkeln formierte sich Ende der achtziger Jahre die österreichische Variante von Independent Living rund um die Mobilen Hilfsdienste und das »Krüppelforum«. Im Ringen für den sicheren Listenplatz eines Rollstuhlfahrers bei den Grünen, im Kampf gegen bauliche Barrieren und den Pflegenotstand wuchs die Zahl derjenigen Behinderten, die das politische Handwerk beherrschen und nicht nur Experten in eigener Sache, sondern darüber hinaus auch Experten in Lobbypolitik sind. Von den Aktivitäten der Selbstbestimmt-Leben-

Szene unter Druck gesetzt, radikalisierte sich auch der Behindertendachverband. Ohne seine Organisationskraft wären die beiden Großdemonstrationen zur Durchsetzung des Pflegegeldes undenkbar gewesen. Vor dem Ansturm der aus ganz Österreich in Sonderzügen und mit Autobussen angereisten Behinderten gab die versammelte Staatsspitze schließlich klein bei.

Nachdem das Pflegegeld – eine nach Behinderungsgrad abgestimmte einkommensunabhängige Geldleistung zum Einkauf persönlicher Assistenzdienste – 1994 in Kraft getreten war, entdeckten viele Behinderte, daß ihre Darstellung im staatlichen Monopolfernsehen der Realität Hohn spricht: Anstelle selbstbewußter Menschen, die einem als unangreifbar geltenden paternalistischen Sozialstaat ihren Willen aufgezwungen hatten, mußten sie Tag für Tag mitleidheischende Havariewesen im TV ansehen, die um Spenden warben. Behinderte wurden den Sehern wie die geschlagenen Feinde im antiken Rom vorgeführt. Es schien, als räche sich das Imperium für die erlittenene Schmach.

Im Verein Bizeps, dem ersten österreichischen Selbstbestimmt-Leben-Zentrum, in dem behinderte Menschen von ihresgleichen beraten und aufgeklärt werden, wurde daraufhin eine »Arbeitsgruppe Behinderte und Medien« eingerichtet. Diese arbeitete ein Konzept für ein von Behinderten produziertes und präsentiertes TV-Magazin aus und stellte es dem ORF zu. Die Anstalt reagierte wie vorausgesehen. Ein Behindertenmagazin liefe auf eine Ghettoisierung der Betroffenen hinaus, hieß es von jenem ORF, der seit Jahrzehnten dieser Ghettoisierung Vorschub geleistet hatte. Man werde aber dafür sorgen, daß die Anliegen behinderter Menschen in den »normalen« Programmen – Serien und Spielfilmen – ihren Niederschlag finden.

Daraufhin nahmen zwei Mitglieder der Arbeitsgruppe die Herausforderung an und entwickelten ein Exposé für eine Fernsehserie, in der behinderte Menschen die Hauptrolle spielen sollten. Wie zu erwarten war, wurde auch dieser Vorschlag abgelehnt. Die Begründung der Ablehnung leitete die nächste Etappe des Kampfes ein. Ich richtete – als einer der Autoren des Treatments – einen offenen Brief an den ORF:

Sehr geehrter ORF!

Seit Jahren benehmen Sie sich uns gegenüber in einer Art und Weise, die nur als schwere und fortgesetzte Verhöhnung bezeichnet werden kann, sie spielen mit uns Schicksal. Sofern behinderte Menschen in Ihren Sendungen überhaupt vorkommen, erscheinen sie als jammervolle Kreaturen, beladen mit Leid und Unmündigkeit. Sie brüsten sich mit Spendenrekorden für »Licht ins Dunkel«, aber Sie ignorieren, daß der Schaden, den diese Sendung der Selbstachtung behinderter Menschen zufügt, schwer wiegt. Behinderte führen Sie als bastelnde Halbmenschen vor, die gerührt sind, wenn Prominente ihnen Geldscheine in die gelähmten Händchen legen. Bei der abschließenden Galaversteigerung halten Sie die Anwesenheit der Mitleidsobjekte überhaupt für verzichtbar. Wenn der Vater eines geistig behinderten Kindes, nachdem er einen Nachttopf von Niki Lauda ersteigert hat, in Tränen ausbricht, dann ist klar: Behinderte sind zum Weinen. Sie wollen uns einreden, die Welt bestehe aus liebeskranken Förstern, streichelnden Ärzten und intelligenten Schäferhunden. Haben Sie gewußt, daß Schäfer- als Partnerhunde für Behinderte vollkommen ungeeignet sind? Im »Kaisermühlenblues« hält sich ein geistig behinderter Mensch für eine Tramway. Das finden Sie lustig? In Vera Rußwurms Schicksalsplauderei wird einem zehnjährigen Buben, der Motocross fährt, ein querschnittgelähmter ehemaliger Motocross-Champion als lebende Abschreckung vorgeführt. Das finden Sie witzig? Eine Dame der Hocharistokratie berichtet in »Schiejok täglich« von ihrer überwundenen Lähmung, alles sei nur eine Frage des Willens, sagt sie, obwohl jeder Arzt weiß, daß viele inkomplette Querschnittler – gottseidank! – gehen können. Wie ist das jetzt mit den komplett Querschnittgelähmten? Ist deren Willensstärke zu schwach? Sind sie also an ihrer Lähmung selber schuld? Nicht genug damit, müssen sich die Gelähmten von Ihnen auch noch sagen lassen, sie seien an den Rollstuhl gefesselt. Weiß man im ORF nicht, daß die Uno-Charta zur Darstellung behinderter Menschen die übersteigernde Darstellung von Behinderung als Diskriminierung einstuft?

Sie akzeptieren uns nur in der Form des Monsters, und es ist nur konsequent, daß man in Ihren Sendungen vom Leben dieser gefesselten Wesen nichts erfährt, die bedauernswerten Kreaturen haben ja gar kein Leben, sondern nur ein Schicksal, das von Ihnen ins Visier genommen wird. Dem Leben behinderter Menschen verschließen Sie die Studios, den Tod aber rücken Sie bereitwillig ins Bild. Wenn ein irregeleiteter behinderter Mann in Holland glaubt, vor laufender Kamera sterben zu müssen, dann sind Sie zur Stelle, dann gibt es keine Schamgrenze, die Sie nicht unterbieten, um für die Tötung behinderter Menschen zu werben. Wir haben nicht vergessen, daß es der ORF war, der als erste deutschsprachige Anstalt dem Euthanasietrommler Singer eine Tribüne geboten hat, jenem Mann, der die Ermordung behinderter Kinder propagiert, damit für die Normalen mehr Lebensraum bleibt.

Dennoch wollte ich einen Versuch unternehmen, Sie zur Einkehr zu bewegen. Mit der Unterstützung eines behinderten Kollegen erarbeitete ich ein Exposé für eine Fernsehserie: »Rolls rolls oder die Wiederkehr der vier Musketiere«. Selbstverständlich handelt die Geschichte von behinderten Menschen, und zwar ausschließlich. Vier Behinderte legen ihr Pflegegeld zusammen, kaufen ein havariertes Rolls-Royce Cabrio und betreiben es als gemeinsames Behindertenfahrzeug. Trotz ständiger Verfolgungen des mißgünstigen Landesinvalidenamts bringen sie den Wagen zum Laufen und ziehen aus, die Bösen zu bestrafen und die Behinderten zu belohnen. Ein Stoff, frei von pädagogischen und moralischen Absichten,

geschrieben von behinderten Menschen, um den Nichtbehinderten zu zeigen, wie das wirkliche Leben der Wesen ausschaut, für die das halbe Land zu Weihnachten Geld spendet.

Als ich Ihre Antwort in Händen hielt, traute ich meinen Augen nicht. Mit allem hatte ich gerechnet, nicht aber damit, daß Sie Ihren Sehern Behinderte nicht zumuten wollen, weil eine Quotenniederlage die Folge wäre. Behinderte Menschen eine Quotenniederlage!

Sie ziehen es vor, weiterhin Schicksal zu spielen. Wir haben keine Wünsche mehr an Sie. Vor uns, den Quotenniederlagen, sollen Sie sich nicht mehr fürchten. Fürchten sollten Sie nur, daß eines Tages, wenn Sie die Scheinwerfer einschalten, große Dunkelheit um Sie sein wird. Und daß niemand da ist, der Ihnen Licht bringt.

Die Programmintendantin des ORF reagierte prompt: Sie entschuldigte sich für den Ausdruck »Quotenniederlage« und ersetzte ihn durch das Wort »Erfolgsaussichten«. In der Sache selbst nahm sie nichts zurück.

Es fügte sich, daß zur selben Zeit eine Studie* fertiggestellt wurde, die fünfzehn Jahre nach der ersten Untersuchung die Darstellung behinderter Menschen im ORF einer neuerlichen Überprüfung unterzog. Die Studie, die von zwei behinderten Wissenschaftlern erstellt wurde, kam zum Ergebnis, daß sich die Darstellungsformen nicht verändert haben. Noch immer überwiegen stereotype Bilder, noch immer wird Mitleid erzeugt, noch immer wird das Mitleid für Spenden mißbraucht. Die meisten Beiträge verfolgen nicht das Ziel, die Situation der Behinderten zu verbessern. Vielmehr tritt der ORF selbst in den Vordergrund und informiert über seine Leistungen für Behinderte. Anstatt gesellschaftliche Lösungsansätze zu erproben, werden persönliche Schicksale vorgeführt. Scheinlösungen dominieren: Es wird zwar viel von Integration gesprochen, gezeigt werden allerdings Betreuungs- und Heimsituationen. Die Analyse der Kameraposition zeigt, daß nur ein Drittel der Aufnahmen von Behinderten in Augenhöhe gemacht wurden. Nur selten fungieren Betroffene als Aussageträger, meist stammen die Aussagen von Journalisten.

In der Themenauswahl dominiert der karitative Bereich. Über »arme Behinderte« wird gerne berichtet, fordern sie gleiche Rechte, wird ihnen die Öffentlichkeit oft verweigert. Themenbereiche wie »Alltag«, »Schulintegration«, »Selbsthilfe« oder »Sexualität«kommen überhaupt nicht vor.

Die Autoren der Studie führten auch eine Umfrage unter internationalen TV-Anstalten durch. Gefragt wurde unter anderem nach der Einbindung Behinderter in die gestalterische Arbeit der jeweiligen Sendeanstalt. Die meisten Anstalten antworteten allgemein: Behinderte seien integriert, es bestünden gegen sie keinerlei Vorurteile. Auf die Programm- und Sendungsgestaltung können allerdings nur wenige Behinderte Einfluß nehmen. Der mangelhafte Beschäftigungsgrad wird immer wieder mit mangelnder Ausbildung erklärt, es wird jedoch kein geeignetes Ausbildungsprogramm angeboten. Die große Ausnahme bildet hier die BBC, die ein eigenes Aus- und Weiterbildungsprogramm für behinderte Menschen betreibt. In Australien und den USA sind die Sendeanstalten durch das Antidiskriminierungsgesetz gezwungen, Behinderte anzustellen und eigene Programme zu entwickeln. Auch wurden einschlägige Fortbildungsprogramme eingeführt.

Die überwiegende Zahl der Sendeanstalten bietet einen Teletextservice für Gehörlose an. Nur die »Deutsche Welle« meldet »keinen Bedarf«, während der WDR ein großes Interesse ortet. Norwegen denkt hier – wie Dänemark – in anderen Dimensionen: Alle Programme sind untertitelt, und man geht bereits daran, ein System für Live-Sendungen zu erarbeiten.

Auf die Frage nach einem eigenen Behindertenmagazin, das von behinderten Menschen gestaltet und präsentiert werden soll, anworten die Sendeanstalten unterschiedlich: Während die deutschen Anstalten (mit Ausnahme des MDR, der eine von einem Rollstuhlfahrer moderierte Sendung ausstrahlt) keinen Wert auf eine von behinderten Menschen gestaltete Sendung legen, ist sie in den meisten anderen Ländern fixer Bestandteil des Programms. ORF und ZDF lehnen ein eigenes »Behindertenprogramm« mit der Feststellung ab, daß Behinderung eine »Querschnittsmaterie« (!) sei, diese Themen sollten also in allen Programmen vorkommen. In der Praxis geschieht das aber nur rudimentär und meist in einer die Vorurteile verstärkenden Form. Beim ZDF setzt man den Schwerpunkt auf die Sendung »Aktion Sorgenkind«, eine Parallelaktion zur ORF-Aktion »Licht ins Dunkel«. In beiden Fällen bilden behinderte Menschen die Staffage für die PR-Arbeit von Firmen und Künstlern. Behinderte kommen da wie dort nur als Objekte karitativen Wohltuns vor. Ähnlich ist die Situation beim israelischen Fernsehen: Spendenaktionen, aber keine Sendungen, in denen Behinderte zu Wort kommen. Auch im belgischen Fernsehen wird gesammelt, man gesteht behinderten Redakteuren aber eine eigene, monatlich ausgestrahlte Sendung zu.

Zahlreiche Sender verfügen über eigene Gehörlosenmagazine, die von Gehörlosen selber produziert werden. Irland sendet »Sign of the Times«, ein gut gemachtes und mit hoher Reichweite gesehenes Magazin, das aber Finanzierungsprobleme hat. Das Schweizer Fernsehen gibt zu, daß die Sendung »Sehen statt hören« finanziell schwach dotiert ist, wobei die geringe Reichweite als Entschuldigung herhalten muß. Im Gegensatz dazu verfügen Norwegen und die BBC über allgemeine Gehörlosensendungen, Sendungen für gehörlose Kinder, sowie tägliche Informationsprogramme in Gebärdensprache. Auch Tschechien bringt zweimal am Tag Nachrichten für Gehörlose. Daneben gibt es auch hier ein Magazin für Kinder in der Gebärdensprache. Auch Parlamentsreden werden in der Gebärdensprache übertragen. In Polen und in der Slowakei existieren ebenfalls Sendungen für behinderte Menschen, die auch von Betroffenen moderiert werden.

Diese Sendungen erzeugten Authentizität und seien daher zweckmäßig, heißt es dazu vom Slowakischen Fernsehen. In Moldawien wird ein Magazin für behinderte Kinder ausgestrahlt, das von Behinderten gestaltet wird. Die englische TV-Anstalt ITV produziert das »Link Program«, in dem behinderte Menschen ihre Anliegen selbst vorstellen. Diese Sendung ist so erfolgreich, daß von ihr eine Reihe von gesetzlichen Veränderungen ausgegangen ist. Die in Deutschland produzierten Magazine »normal« (DSF) und »Selbstbestimmt« nehmen sich demgegenüber sanft aus, besitzen aber einen wichtigen Informationswert.

Auf Basis der Studie erstellte die »Arbeitsgruppe Behinderte und Medien« einen fünfzehn Punkte umfassenden Forderungskatalog, der an den ORF übermittelt wurde. Der Kampf geht in die nächste Runde.

* F.-J. Huainigg/V. Schönwiese: Die Darstellung behinderter Menschen im Österreichischen Fernsehen. Wien/Innsbruck 1995

Erwin Riess schrieb in KONKRET 5/95 über Josef Haslingers Roman »Opernball

Konkret 07/95, S. 34

K□ rt H□ bner

Normalit□ t □ nd Apokal□ pse
F□ r die Er□ ffn□ ng der Debatte

In einem dreiteiligen Beitrag haben Thomas Ebermann □ nd Rainer Trampert die gegen□ □ rtige Sanier□ ng des Kapitalism□ s die Ver□ andl□ ng linker Theorie in Esoterik beschrieben (□ Die Offenbar□ ng der Propheten□ , KONKRET 3-5/95). In diesem H set□ en sich K□ rt H□ bner □ nd Robert K□ r□ mit ihren Thesen a□ seinander

Die Gleichzeitigkeit von realen und virtuellen Wirklichkeiten macht es immer schwieriger, die Weltläufte zu verstehen sowie Fiktion und Realität voneinander zu unterscheiden. Vielfältigste und widersprüchlichste Diskurse und Praktiken sozialer Akteure produzieren gesellschaftlichen *noise*, der die wenigen rationalen Signale unterdrückt. Reduktion von Komplexität, wie Niklas Luhmanns inflationär gebrauchte Formel lautet, wird in dieser Lage zur wichtigsten Aufgabe der meinungsbildenden Klasse. Umgesetzt wird das damit bezeichnete Programm mit Vorliebe in Gestalt eines oberflächlichen Häppchens Journalismus und mittels der Reproduktion simpelster Weltbilder, die noch die katastrophalsten Ereignisse und Entwicklungen goutierbar machen und es dem einzelnen ermöglichen, sich auf der guten/richtigen Seite der Geschichte zu wähnen.

Der Reduktionismus hat auch vor der seit vielen Jahren dahinsiechenden restlinken Debatte über die Verfaßtheit und Entwicklungsdynamik kapitalistischer Gesellschaften nicht haltgemacht. Zwei Tendenzen dieser Debatte lassen sich ausmachen: Auf der einen Seite immer mehr dem akademischen Betrieb und seinen subsystemischen Bewertungskriterien verpflichtete Theorieinterventionen, die sich direkt oder indirekt von jeglichem Bezug auf Politik abgekoppelt haben □ die politische Verantwortung gegenüber theoretischen Einsichten und Erkenntnissen wird am Karriereeinfallstor abgegeben und gegebenenfalls in der Freizeit auszuleben versucht. Auf der anderen Seite eine nach wie vor auf politische Strategien und (noch zu entwickelnde) Handlungszusammenhänge orientierende Politikdebatte, die sich von der innermarxistischen und kritisch-sozialwissenschaftlichen Diskussion weitgehend verabschiedet hat. Was zählt, ist das politische Ziel. Der Streit über die Qualität von Begründungen wird als Streit zwischen Gegnern ausgetragen, mit denen es keine gemeinsame Sache gibt. Abgrenzungsverhalten dominiert.

Zugegeben, dieses Bild ist überzeichnet, und es trägt viele Züge des linken Sektenkrieges der siebziger und nur wenige der matten neunziger Jahre. Wachgerufen wird die Erinnerung durch den von Thomas Ebermann/Rainer Trampert und Robert Kurz in KONKRET 35/95 inszenierten *showdown*, der es in der Intensität der wechselseitigen Verdammung durchaus mit Inszenierungen der siebziger Jahre aufnehmen kann, wo der Maoist Joscha Schmierer seine Gemeinde schon mal in Wallung zu bringen vermochte, wenn er Daniel Cohn-Bendit zum Arbeitsdienst in die Fischmehlproduktion zu zwingen empfahl. Gemessen an den Großthemen der gegenwärtigen Debatte ging es damals um *peanuts*: Der Kapitalismus in fortwährender Erneuerung vs. globale kapitalistische Apokalypse lautet heute das Thema der Aufführung. Gestritten wird darin jedoch nicht mit feinziselierten Argumenten, sondern mit dem Vorschlaghammer, den die Kontrahenten sich wechselseitig über die Rübe hauen. Das ist bedauerlich weniger der Schäden wegen, die sie sich damit zufügen, als vielmehr der Schäden wegen, die der Gegenstand des Streits dabei nimmt.

Zwei Positionen stehen sich beim Versuch, die Entwicklung der kapitalistischen Weltgesellschaft zu begreifen, unversöhnlich gegenüber: Handelt es sich bei der Krise der Jahre 92/93 und den dadurch ausgelösten Turbulenzen und Strukturveränderungen um eine Erneuerungskrise, wie dies Ebermann/Trampert annehmen, oder markieren diese Ereignisse nur einen weiteren Schritt zur finalen Krise des Kapitalismus, wie dies seit einigen Jahren immer mal wieder Robert Kurz vorträgt? Die von beiden Seiten behaupteten Evidenzen machen es unmöglich, eine von ihnen zur Siegerin zu küren. Das hat einen schlichten Grund: Die von ihnen ins Feld geführten empirischen Daten bleiben bloße Behauptungen, die in keinster Weise irgendwelchen nur einigermaßen seriösen Kriterien empirischer Untersuchungen genügen. Was für Kurz in seinen ersten Publikationen die »Nürnberger Nachrichten« waren, wie Ebermann/Trampert vor einiger Zeit so ironisch wie zutreffend formulierten, sind für alle Kontrahenten heute »FAZ«, »Wirtschaftswoche« und andere Gazetten des herrschenden ökonomischen Alltagsverstandes. Mit solcher Beweisführung sind freilich gültige Einsichten nicht zu gewinnen. Dafür zwei Beispiele.

Natürlich hat Kurz recht, wenn er gegen Ebermann/Trampert darauf hinweist, daß deren Feststellung, der globale Kapitalismus leide keineswegs an einem Mangel an Arbeit, sondern absorbiere weltweit immer mehr Arbeitskräfte, eine wenig kapitalismusspezifische Aussage sei, weil sie a) mehrwertschaffende (produktive) und mehrwertabschöpfende (unproduktive) Arbeit konfundiere und es b) nicht auf die Zahl der Beschäftigten, sondern auf die verwertungsrelevant eingesetzten Arbeitsmengen ankomme. Seine leichthin ins Blaue formulierte Annahme, wonach a) die Arbeitsmengen in den Industrieländern gesunken und nicht etwa gestiegen seien und b) mittlerweile 40-60 Prozent der Lohnarbeiter mittel- oder unmittelbar »Staatsbeschäftigte« seien, kann freilich ihrerseits nicht ernstgenommen werden. In einem marxistischen Theoriediskurs, den beide Kontrahenten für sich reklamieren, ist weder die Zahl der Beschäftigten noch die Zahl der Arbeitsstunden die relevante Bezugsgröße für die Interpretation der historisch-konkreten Bedingungen der

Mehrwertproduktion. Interessant ist allein das gemeinsame Resultat von absoluter und relativer Mehrwertproduktion, also die verausgabten Stunden produktiver Arbeit in Verbindung mit den geltenden Produktivitätsnormen. Anders formuliert: Auf der Grundlage hoher und weiter steigender Arbeitsproduktivität können Mehrwertmasse wie Mehrwertrate auch bei sinkendem Arbeitszeitvolumen gesteigert werden.

Die marxistische Debatte hat hinlänglich gezeigt, wie problematisch und schwierig es ist, die Marxschen Kategorien trennscharf zu machen und für empirische Analysen zu verwenden. Viele Tätigkeiten, die nach statistischem Verständnis dem tertiären Sektor zugeordnet werden und von daher schnell unter das Kurzsche Verdikt unproduktiver Arbeit fallen, sind in höchstem Maße produktive Tätigkeiten bzw. lassen sich als konkrete Arbeiten unter das Signum des produktiven Gesamtarbeiters, wie Marx es entwickelt hat, subsumieren. Als Regel sollte gelten, daß zunehmend kompliziertere Produktionsprozesse entsprechend gestiegene Qualifikationsanforderungen an konkrete Arbeiten mit sich bringen, die sich als abstrakte Arbeit im produktiven Gesamtarbeiter vereinigen. Produktiver Arbeiter im formaljuristischen Gewand des Angestellten zu sein, ist unter solchen Bedingungen kein Widerspruch der ökonomischen Form, kann allerdings von großer Bedeutung für das Bewußtsein der Betroffenen sein.

Um das Problem der empirischen Trennschärfe wenigstens anzudeuten: Unter den Bedingungen eines Systems flexibler Wechselkurse entstanden seit den frühen siebziger Jahren in den exportorientierten Unternehmen der entwickelten kapitalistischen Länder eigene Devisenabteilungen, die die Aufgabe hatten, die zahlreichen Ex- und Importgeschäfte gegenüber den nicht unbeträchtlichen Wechselkursrisiken abzuschirmen und entsprechende Hedging-Operationen durchzuführen. Diese konkreten Tätigkeiten, wiewohl nicht selbst mehrwertschaffend, sind durchaus im Sinne des Marxschen produktiven Distributionsarbeiters als integraler Bestandteil des mehrwertheckenden Arbeitsprozesses zu verstehen, also produktive Arbeiten □ ohne diesen »monetären Begleitschutz« kann die Verwertung von Wert unter den genannten konkreten Weltmarktbedingungen nicht erfolgen. Soweit dieselben Arbeitskräfte jedoch Arbitragegeschäfte auf den Devisenmärkten vornehmen oder sich um die Optimierung der Portfoliostruktur zur zinsträchtigen Anlage nicht-realwirtschaftlicher akkumulierter Geldvermögen bemühen, handelt es sich um nicht-produktive Arbeiten. Man erahnt schon an diesem simplen Beispiel, welche Probleme der Zuordnung auftreten, wenn mit den Kategorien »produktive« und »unproduktive« Arbeit empirische Aussagen über das Ende der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft getroffen werden sollen.

Nicht weniger problematisch ist es, wenn Robert Kurz unter Ausblendung aller statistischen und methodologischen Bedenken auf der Annahme einer absoluten Entkoppelung von monetärer und realer Akkumulation insistiert. Die Rede ist dabei von Geldpressen, Finanzüberbau, aufgeblähten internationalen Kreditmärkten und was sonst noch an apokryphen Kategorien eingebracht werden kann, die einen monetären Supergau bewirken sollen, wenn nur der richtige Funke an der richtigen Lunte zündet. Der Funke Nick Leeson mit der Lunte Baring-Bank war, wie auch Kurz wissen dürfte, der falsche Funke an der falschen Lunte. Denkt man an solche Luftnummern, dann freut man sich, wenn Ebermann/Trampert ihrerseits ankündigen, daß vor aller Kritik an diesen Figuren zunächst einmal die Annahme geprüft werden müsse, ob denn die Geldkapitalanlage tatsächlich über das produktive Kapital hinausgewuchert sei. Was auf diese Ankündigung freilich folgt, ist eine bloße Aneinanderreihung reichlich wirrer Zahlen dritter Autoren, in deren Gefolge die Autoren dann mit einer Schlichtheit, die bereits wieder genialische Züge trägt, ihre Meßlatte für die Überprüfung der Kurzschen Behauptungen präsentieren: die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der BRD aus dem Jahre 1988 als Grundlage einer Gegenüberstellung der Ziffern für das Volkseinkommen und der Geldvermögen aller Art.

Abgesehen davon, daß es bereits von (körperlicher) Trägheit zeugt, wenn zur Überprüfung der Entkoppelungsthese im Jahre 1995 auf Daten von 1988 □ dem Jahr *vor* der Wiedervereinigung □ zurückgegriffen wird (die Herren wollten wohl den Weg in eine Bibliothek nicht auf sich nehmen), so hat diese Vorgehensweise auf alle Fälle Züge intellektueller Trägheit, haben doch die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen Daten über Geldvermögen aller Art und deren Verhältnis zum Volkseinkommen mit dem Kernprozeß kapitalistischer Mehrwert- und Profitproduktion nicht sehr viel zu tun. Soweit die These von der Entkoppelung realer und monetärer Akkumulation seriös vertreten wird, bezieht sie sich nicht auf einen Nationalstaat, sondern auf die globale kapitalistische Ökonomie und deren Zentren. Die empirische Überprüfung hat deshalb auch auf dieser Ebene anzusetzen. Soweit dabei Geldkapitalbildung und -verwertung im weitesten Sinne mit Aggregaten weltweiter Handels- und Direktinvestitionsvolumina in Relation gesetzt werden, läßt sich zwar ein erster Aufschluß über mögliche Entkoppelungstendenzen geben, aber auch solche Kennziffern reichen keineswegs aus, um die Grenze zwischen elastizitätssteigernden Geld- und Kreditformen, wie sie Marx im dritten Band des *Kapital* beschrieben hat, und einer Fiktivisierung der globalen Akkumulation, wie Kurz sie kurzerhand annimmt, zu ziehen.

Notwendig ist eine Analyse des Unternehmenssektors und seiner dominanten Akkumulationsstrategien selbst sowie eine Untersuchung der Rolle des öffentlichen Kredits und dessen Verwendungsstruktur. Erst in dieser Perspektive kann das eigentliche Problem einer veränderten Dominanzstruktur zugunsten des zinstragenden Kapitals und deren Auswirkungen auf den kapitalistischen Entwicklungsprozeß eingeschätzt werden. Daß es sich dabei um eine komplizierte Aufgabe handelt, ist unbestritten. Energisch zu bestreiten ist allerdings, daß die von den Kontrahenten jeweils ins Feld geführten Argumente mit dem eigentlichen Problem etwas zu tun haben. Wie wenig dieses ernst genommen wird, zeigt im übrigen

die von Ebermann/Trampert □ wie ironisch auch immer □ vorgenommene Naturalisierung der Kategorien produktives und zinstragendes Kapital in »gutes« und »böses«, »schaffendes« und »raffendes« Kapital. In übler Manier werden damit strittige Kategorien der Marxschen Theorie demagogisch in die Nähe zu faschistischen Kampfbegriffen gerückt □ eine Anpöbelei, vor der auch Robert Kurz in Schutz genommen werden muß.

All diesen Einwänden zum Trotz sollte der Stab über die Debatte nicht völlig gebrochen werden. Abseits der eigentlichen ökonomischen Analyse des Kapitalismus, zu der die Kontrahenten wenig Erhellendes geliefert haben, haben insbesondere Ebermann/Trampert mit dem ihnen durchaus eigenen Gespür für politische Problemlagen interessante Argumente zur aktuellen Diskussion über die Rolle des Staates bei der Globalisierung ökonomischer Prozesse beizutragen. Ihr Insistieren auf einer wachsenden Rolle des Staates unter den Bedingungen intensivierter kapitalistischer Konkurrenz ähnelt der Argumentation von Joachim Hirsch oder auch Bob Jessop, denenzufolge sich die Wohlfahrts- oder Sozialstaaten westlicher Prägung einer Mutation in Richtung auf Wettbewerbsstaaten oder Schumpetersche *workfare*-Staaten unterziehen, also nicht etwa postkommunistisch absterben, sondern lediglich ihre Form verändern.

Soweit diese Mutationen vollzogen werden, entsteht in der Sphäre internationaler Politik allerdings die geradezu klassische Konstellation eines Gefangenendilemmas: Die in Konkurrenz miteinander stehenden Wettbewerbsstaaten geraten in einen ruinösen Wettlauf um die Herstellung verwertungsfreundlicher Produktionsbedingungen von Profit, bei dem es keine Gewinner gibt. Die Staaten verlieren, weil mit der über die Konkurrenz durchgesetzten permanenten Senkung sozialer, ökonomischer und ökologischer Standards die öffentlichen Reproduktionskosten des Systems zur Sicherung von System- wie Sozialintegration anwachsen. Die privaten Akteure verlieren in diesem Spiel, weil unter den gegebenen Bedingungen ab einem bestimmten Absenkungsniveau der gesellschaftlichen Standards der Mehrwertproduktion die effektive Nachfrage nicht länger ausreicht, um die Realisierung der produzierten Waren sicherzustellen.

In der Debatte mit Kurz ist es Ebermann/Tramperts Verdienst, auf diesem von ihnen freilich mit anderen, etwas altbackenen Argumenten vorgetragenen Konflikt zu beharren. Imperialistische Wirklichkeiten, wie Ebermann/Trampert sie formulieren, sind eine konkrete Realität und werden bereits lange vor nationalistischer Aufstachelung und Kriegsrhetorik wirkungsmächtig. Die Dualität von scheinbar grenzenloser Internationalisierung des Kapitals und □ wenn auch in neuer Form und Zweckbestimmung □ Aufwertung des Nationalstaates wirft für die Linke Probleme auf, die weder mit dem Kurzschen ökonomischen Weltgeist noch mit der antiimperialistischen Rhetorik von Ebermann/Trampert gelöst werden können. Hier hat eine politisch wie theoretisch relevante Diskussion noch gar nicht begonnen.

Kurt Hübner schrieb in KONKRET 4/95 über den Fall Nick Leeson

Konkret 07/95, S. 36

Robert Kurz

Normalität und Apokalypse
Altdeutsche Radikalität

In einem dreiteiligen Beitrag haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert die gegenwärtige Sanierung des Kapitalismus und die Verwandlung linker Theorie in Esoterik beschrieben (»Die Offenbarung der Propheten«, KONKRET 3-5/95). In diesem Heft setzen sich Kurt Hübner und Robert Kurz mit ihren Thesen auseinander

1. Von Anfang an bewegte sich die bürgerliche Welt der Moderne in einem Widerspruch von Universalismus und Partikularismus, von Weltmarkt und Nationalökonomie. Die Logik der Kapitalakkumulation drängt dabei zur Totalisierung des Weltmarkts und zur Herausbildung des Weltkapitals: vom bloßen Warenexport des 19. über den Kapitalexport seit Beginn des 20. Jahrhunderts (beschrieben u.a. von Hilferding und Lenin) bis zur Stufe der internationalen Zerlegung von Produktionsprozessen seit den 80er Jahren. Der Welthandel entwickelt sich fast doppelt so schnell wie die Weltproduktion, was nur heißt, daß die Begriffe von »Import« und »Export« ihren bisherigen Sinn verlieren. Jenseits der alten Nationalökonomien entsteht ein neues Bezugssystem. Unter dem Stichwort der »Globalisierung« wird eine breite internationale Debatte darüber geführt. Dem alten Linksradikalismus Marke Trampert/Ebermann bleibt es vorbehalten, diese reale Entwicklung zu leugnen und sie zum bloßen »Täuschungsmanöver« interessierter Kreise zu erklären.

2. Eifernde Demagogen lieben Fangfragen: Bist du für oder gegen die Nation, für oder gegen »Deutschland«? Richtig gestellt müßte die Frage lauten: Ist die Nation als gesellschaftliche Form historisch überlebt oder nicht? Wenn nicht, dann könnte der soziale Kampf nur um eine alternative Besetzung dieser Form gehen. Folgerichtig waren Marxismus, Sozialismus und Arbeiterbewegung samt ihren Repräsentanten von Bebel und Lenin bis Brecht und Bloch stets für das »andere, sozialistische« Deutschland, Rußland usw. und dementsprechend für einen Sozialismus »in den Farben« der jeweiligen Nation. Dasselbe galt, wie der Name schon sagt, für die »nationalen Befreiungsbewegungen« des Südens. Natürlich heißt das nur, daß die vergangenen Emanzipationsbewegungen der Moderne allesamt noch nicht über die bürgerliche Form hinausgehen konnten. Trampert/Ebermann sind unfähig, das Problem historisch zu begreifen. Sie werfen mir vor, daß ich die Nation für ein historisches Auslaufmodell halte, gleichzeitig soll ich aber absurderweise »Nationalist« sein. Einerseits entdecken sie nationale Bezogenheit und Nationalismus in der Geschichte des Marxismus und der Arbeiterbewegung plötzlich unhistorisch als durchgehende »Sünde« wider den wahren revolutionären Geist, andererseits begreifen sie den bisherigen Sozialismus immer noch als leider gescheiterte »nachkapitalistische« Gesellschaft und denken selber weiterhin stur in den alten arbeiterbewegungsmarxistischen Begriffen. Verwirrter gehts nimmer.

3. Kein Mensch hat behauptet, daß zusammen mit der Kohärenz der Nationalökonomien auch der Nationalstaat »verschwinden« würde, wie Trampert/Ebermann unterstellen. Es entsteht jedoch eine neue kapitalistische Widerspruchsebene zwischen unaufgehobenem Nationalstaat und globalisierter Ökonomie. In demselben Maße, wie der äußere zum inneren Weltmarkt wird (bis ins letzte Dorf und bis zu den mittelständischen Betrieben), hört der Staat auf, der »ideelle Gesamtkapitalist« eines nationalen Kapitalstocks zu sein. Die betriebswirtschaftliche Ebene internationalisiert sich, aber die Staatsaufgaben bleiben national beschränkt. Das Kapital braucht einerseits Infrastruktur, »Sicherheit« und sozialökologische Abfederung durch den Staat, andererseits schlägt es dem Staat zunehmend die Mittel dafür aus der Hand, indem es sich (konkurrenzvermittelt) in die »exterritorialen« Sphären der Globalisierung entzieht. Dieser Widerspruch ist ein Moment der Krise neuen Typs und als solcher zu untersuchen, statt blind altlinksradikal auf einer angeblich ungebrochenen Übereinstimmung von bürgerlichem Nationalstaat und kapitalistischer Ökonomie zu beharren, weil man nicht über den Schatten der eigenen »negativen« nationalen Identität springen kann.

4. Die »global players« des Weltmarkt-Managements lachen sich doch einen Ast, wenn ihnen heute von altdeutschen Linken eine expansive Nationalstrategie nach dem Muster der Rußlandfeldzüge oder Gelüste auf die »Annexion« irgendwelcher Armutsregionen unterstellt werden. Sie operieren, investieren und liquidieren nach Maßgabe globalisierter betriebswirtschaftlicher Kriterien und versuchen die Folgen auf die nationalstaatlich sitzengebliebene Politik abzuwälzen. Nicht »national-imperialistische Einflußräume« sind für sie interessant, sondern die universalistische (auch gewaltsame) »Sicherung« des globalen Operationsraums gegen »Störungen« seitens der massenhaften Verlierer- und Armutspotentiale (darüber geht letztlich der Streit um militärische Interventionen, nicht über eine »Großmachtpolitik« alter Art). Ihre Interessenkonflikte untereinander können dagegen der Natur des globalisierten Aktionsfeldes entsprechend nicht mehr militärisch ausgetragen werden, sondern nur noch durch Investitions- und Marketingstrategien. Die politische Klasse wiederum schlingert zwischen der eilfertigen Anerkennung der globalen Ökonomie und ihrer Zwänge einerseits und nationalkonservativer Demagogie (Schäuble) gegenüber dem verarmenden »Volk« andererseits, die aber weder mit sozialen Gratifikationen noch mit der Hoffnung auf nationale Raubkriege legitimiert werden kann.

5. Weil dieser Spagat unglaubwürdig ist, brauen sich in den sozial zerbrechenden Gesellschaften irrationale Reaktionsformen zusammen. Neben religiösen Wahn (Aum-Sekte, Oklahoma) und Fundamentalismus tritt ein

Neonationalismus neuen Typs. Kapitalistische Entwicklung und Nationalismus können nicht mehr zur Deckung gebracht werden. Soweit der Nationalismus sich auf bestehende Nationalstaaten bezieht, ist er der Lage entsprechend nicht expansiv, sondern ausgrenzend und besitzstandwahrend: Die »anderen« sollen draußenbleiben oder im »nationalen« Inneren stigmatisiert werden. Gerade viele »neue Rechte« sind strikt gegen Uno-Einsätze »für die Ausländer«. In vielen Ländern entsteht als ausgrenzende Krisenreaktion sogar ein die historischen Nationalstaaten zersetzender Ethnizismus. Dieser ist nicht nationalpolitisch integrativ wie die historischen Nationalbewegungen, sondern im Gegenteil desintegrativ und separatistisch (implizit immer konkurrent auf die globalisierte Ökonomie bezogen). Die Tendenz von Fundamentalismus, Ethnizismus und Neonationalismus läuft nicht auf einen imperialen Weltkrieg nach dem Muster der ersten Jahrhunderthälfte, sondern auf einen globalisierten Bürgerkrieg ohne emanzipatorische Front. Die große Gefahr dieser »postpolitischen« Bewegungen ist nicht, daß sie sich mit dem Weltmarkt-Management zwecks »nationaler Weltreiche« verheiraten könnten, sondern im Gegenteil: daß sie den Part der Fundamentalopposition gegen die herrschende westlich-neoliberale Weltordnung besetzen, der von der Linken in ihrer unaufgehobenen, auf die vergangene Epoche fixierten Gestalt preisgegeben werden mußte. In ihrer deutschen Treue zur unbegriffenen Vergangenheit arbeiten die Trampert/Ebermann nach Leibeskräften daran, daß das so bleibt.

6. Der von den Altlinksradikalen beschworene »Klassenkampf« innerhalb der modernen Warenform mobilisierte historisch die Integration der Lohnarbeiter als Rechtssubjekte in die bürgerliche Gesellschaft, trug den Verteilungskampf in der Geldform aus und lieferte die Legitimation für die »nachholende Modernisierung« der historischen Späteinsteiger in den Weltmarkt. In diesen Aufgaben erschöpfte sich sein Impuls. Eben deshalb blieb er auch im wesentlichen auf das nationalökonomische und nationalstaatliche Bezugssystem beschränkt. Wenn dieses sich nun selber krisenhaft zersetzt, dann muß auch das Programm radikaler Gesellschaftskritik neu formuliert werden: subnationale »autonome Reproduktionsformen« jenseits von Ware-Geld-Beziehungen statt nationalökonomischen Warensozialismus'; dezentral vernetzte Regulation statt nationaler Staatsplanung; Internationalismus »von unten« (Individuen, Gruppen, Kommunen etc.) statt übernationaler sozialistischer Partei- und Staatsinstanzen; supranationale Organisationen neuen Typs in der Form (nicht unbedingt mit der beschränkten Zielsetzung) etwa von Greenpeace, Amnesty usw. statt Uno oder Staatenbündnisse; und als Druckmittel transnationale »kybernetische Subversion« (»Unterbrechung« des Verkehrs-, Energie- und Informationsflusses) statt traditioneller nationaler Streiks und Demos. Trampert/Ebermann wollen jede Überlegung jenseits des alten »Klassenkampfs« abblocken und als angeblichen »nationalen Burgfrieden« denunzieren, weil sie selber nicht über das nationale Bezugssystem hinausdenken können.

7. Am meisten fortgeschritten ist die kapitalistische Globalisierung auf der Ebene der Finanzmärkte. Die Nationalbanken haben die Kontrolle über das eigene Geld (ein traditionell wesentliches Moment »nationaler Souveränität«) verloren. Gleichzeitig hat die strukturelle Überakkumulation der fordistischen Industrien eine riesige globale Spekulationsblase hervorgetrieben. Staaten, Unternehmen und Private sind bis an die Halskrause überschuldet. Es gibt einen bis zum äußersten ausgereizten pazifischen und einen europäischen Defizitkreislauf. Unvermeidlich treibt die Krise auf einen globalen Finanzkrach zu. Lachhaft, daß Trampert/ Ebermann diese Prognose in Verbindung bringen wollen mit der zirkulativ verkürzten, potentiell antisemitischen Kritik des zinstragenden Kapitals etwa durch Silvio Gesell und seine heutigen Anhänger. Diese »Politische Ökonomie des Antisemitismus« leitet die Krise aus dem Zinsverlangen des Geldkapitals gegenüber der »ehrlichen Arbeit« her und will auf die Spießerutopie einer »krisenfreien Marktwirtschaft« hinaus. Gerade umgekehrt ist es in der Marxschen Überakkumulationstheorie die mangelnde Fähigkeit des industriellen Kapitals selbst, genügend zusätzliche abstrakte Arbeit rentabel anwenden zu können, die zur Aufblähung des Kreditüberbaus und schließlich zum Krach führt. Daß die innere Schranke der Kapitalakkumulation aber überhaupt auf der Ebene der Finanzmärkte in »Erscheinung« tritt, ist eine schlichte Tatsache.

8. Die denunziatorische Argumentation von Trampert/Ebermann kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß für sie das globalisierte Finanzsystem tatsächlich ein »unbegreifbares Mysterium« darstellt. Während sie sich mit dieser ihrer eigenen Verständnislosigkeit sogar noch brüsten und auf den »greifbaren Gegner« des »schuldhaft verantwortlichen« nationalen Kapital-Managements verweisen, merken sie gar nicht, daß sie auf diese Weise selber exakt die Logik der »Politischen Ökonomie des Antisemitismus« reproduzieren: Auch diese übersetzt die »ungreifbaren«, »mysteriösen« Systemmechanismen in »greifbare« bösartige Gegensubjekte. Die antisemitische, verschwörungstheoretische Dämonisierung des Finanzkapitals lediglich auf das betriebswirtschaftliche Management auszudehnen, das »den Mehrwert einbehält«, verläßt die zirkulative Bornierung nicht. Die arbeiterbewegungsmarxistische Kapitalismuskritik, die selber nie über die Affirmation der »ehrlichen Arbeit« hinauskam, war schon immer soziologistisch verkürzt: statt Systemkritik der totalisierten Warenform bloß Subjektkritik der »Kapitalisten«. Auch bei Trampert/Ebermann geht das System sogiologistisch auf in den oberflächlichen Handlungssubjekten wie »Regierungen, Institutionen und gesellschaftliche Gruppen«.

9. Ein großer Finanzkrach kann der »Politischen Ökonomie des Antisemitismus« gesellschaftlichen Auftrieb geben und sie mit dem irrationalen Fundamentalismus, Neonationalismus und Ethnizismus vermitteln. Schon jetzt wird öffentlich gegen die früher gehätschelten Yuppies gehetzt als »Spekulanten«, die »unsere« schöne und angeblich an sich völlig »gesunde«

Marktwirtschaft kaputt machen. Der Altmarxismus hat dem nichts entgegenzusetzen; er stimmt höchstens selber in das begriffslose Geheul des gesunden bürgerlichen Menschenverstands gegen »die Spekulanten« ein und verlangt, daß das »schöne Geld« nützlichen Zwecken zugeleitet statt spekulativ verpulvert wird. Der Rückzug von Trampert/Ebermann in das nationalökonomische Klassenkampf-Körbchen arbeitet genau solchen Stimmungen zu.

10. So unbegreifbar wie die neue kapitalistische Globalisierung bleibt für Trampert/Ebermann auch die historische Ambivalenz der westlichen Modernisierung überhaupt, die längst in allen kritischen Theorien der Moderne seit dem Kommunistischen Manifest diskutiert wird: einerseits Emanzipation von traditionellen Zwängen, andererseits Installation von neuen Zwängen des warenproduzierenden Systems und irrationale, mörderische Bewußtseinsformen. Es erscheint den beiden Meistern der Dialektik als »kurios«, die Pax Americana der Nachkriegsgeschichte als »offene Kultur und Weltmarktdemokratie« zu bezeichnen und gleichzeitig auf die immanente Barbarisierungspotenz der westlichen Moderne hinzuweisen. Hinsichtlich dieser Ambivalenz der Moderne ist die Nachkriegs-Linke doppelt zu spät gekommen: Als die neue Qualität der Weltmarktbewegung unter der Ägide der USA anfing, das alteuropäische Nationalsystem aufzusprengen, agierte sie nicht in diesem Bezug, sondern machte Anleihen beim »Befreiungsnationalismus« der Dritten Welt. Seitdem aber die kapitalistische Globalisierung als Krisenprozeß neue barbarisierende Potentiale entfesselt, flüchten auch Trampert/Ebermann zu den »demokratischzivilisatorischen Standards des Westens«, ohne zu bemerken, daß die neue Barbarei kein der westlichen Demokratie äußerliches Phänomen ist, sondern aus ihrem eigenen Inneren hervorgeht. Sie wollen instinktiv die Konstellation des 2. Weltkriegs wiederholen, weil das die einzige ist, die sie »identitär« bewältigen können.

I 1 . Dabei müssen sie natürlich auch den Antisemitismus theoretisch verengen. Das Problem läßt sich leicht auflösen: Der Holocaust war ein singulares Produkt der deutschen Geschichte, der Antisemitismus ist dagegen ebenso wie der Sozialdarwinismus ein universelles Phänomen der gesamtwestlichen Modernisierungsbewegung. Der Holocaust war also ein spezifisch deutsches Ereignis auf dem Boden der Deutschland einschließenden westlichen Moderne. Selbst Trampert/Ebermann werden nicht abstreiten, daß die Grundlage des Holocaust der Antisemitismus war. Sämtliche reflektierten Theorien über den Antisemitismus weisen aber nach, daß dieser ein Produkt der irrationalen, zirkulativ verkürzten Kapitalismuskritik ist und somit an das moderne warenproduzierende System als solches gebunden. Demzufolge muß eine radikale Kritik des Antisemitismus identisch sein mit einer radikalen Kritik der modernen totalen Warenform. Diese aber ist ja gerade die gesellschaftliche Grundlage der westlichen Demokratie. Also ist vom Standpunkt der westlichen Demokratie aus keine konsequente Kritik des Antisemitismus möglich, sondern eben bloß eine halbe, verkürzte, wie sie in der Konstellation des 2. Weltkriegs unvermeidlich war. Heute aber reicht diese Position nicht mehr aus, sie ist historisch verfallen. Ein spezifisch deutscher Holocaust wird sich nicht mehr wiederholen, sondern es droht ein negativ universalisierter Antisemitismus/Sozialdarwinismus im Kontext globaler fundamentalistischer Strömungen (der in Deutschland durchaus »osmotisch« an die Vergangenheit anschließen kann, ohne diese in derselben Weise zu wiederholen).

12. Das Denken der politischen deutschen Romantik von Friedrich Schlegel bis zu Botho Strauß kritisierte die westliche Moderne immer nur irrational und elitär rückwärtsgewandt, um als Scheinalternative ein phantasmatisches Mittelalter, die religiöse Inbrunst, ein angeblich nichtwestliches »deutsches Wesen«, eine »rassisch-völkische Substanz« usw. zu beschwören. Die gesellschaftliche Wirksamkeit dieser reaktionären antiwestlichen Romantik in der deutschen Geschichte einer »spät gekommenen« modernen Nation erklärt sich daraus, daß sie in phantastisch verzerrter, begriffsloser Form unter nationalen Konkurrenzgesichtspunkten das Tabu der warenförmigen Subjektivität und ihres logischen Selbstwiderspruchs ideologisch berührte. Die Linke war gegen diese reaktionäre Romantik immer hilflos, weil sie ihrerseits keine emanzipatorische Kritik der Warenform mobilisieren konnte, sondern selber warenlogisch-demokratisch beschränkt blieb und das Zentrum der Marxschen Radikalkritik an der Moderne zur theoretischen »Leiche im Keller« geworden war. Heute aber kann es keinen Rückzug auf die westlichen Kategorien mehr geben, sondern nur noch deren kritische Überwindung: nicht als »linke« Mobilisierung des Irrationalismus (wie es noch Ernst Bloch wollte), sondern als zu Ende geführte Kritik der »instrumentellen Vernunft«; nicht als rassistische Zerstörung der Demokratie, sondern als ihre Selbstaufhebung über Markt und Staat hinaus; nicht als antizivilisatorische Regression, sondern als Transformation der Zivilisation selbst; nicht als »deutscher« Antiamerikanismus, sondern als Vermittlung mit der Kritiktradition der »anderen« USA.

13. Danach sieht es gegenwärtig nicht aus. Statt dessen baut sich in der Krise die falsche Alternative von unaufgehobener westlicher Marktwirtschaftsdemokratie einerseits und irrationalem Fundamentalismus/Neonationalismus andererseits auf. Eine bloß vergangenheitsbezogene Position wie die von Trampert/Ebermann ist inhaltlich viel zu schwach, um eine emanzipatorische »dritte Front« auch nur andeuten zu können. Zu den »demokratisch-zivilisatorischen Standards« des Westens, an die sie sich klammern, gehört gerade jener (inzwischen global interventionsgeile) »Verfassungspatriotismus« der Realos, der im Clinch mit den Fundamentalismen selber fundamentalistische und barbarische Züge annimmt. Die Berufung auf die westlichen Standards blamiert sich, weil diese ihre soziale Integrationskraft für immer verloren haben und selber ihren antizivilisatorischen Gegner hervorbringen. Mehr als eine ideologisch fußkranke, alt-klassenkämpferisch und alt-antiimperialistisch nörgelnde Hilfstruppe des prowestlichen »Realismus« können die all dem verständnislos

gegenüberstehenden Trampert/Ebermann nicht mehr werden. Gegen die Barbarei am Ende der Moderne ist das viel zu wenig.

Konkret 07/95, S. 37

Ralf Blendowske

Good Value

Eine halbwegs komplette Kenntnis des Marxismus, ohne Schikanen, kostet etwa 20.000 Goldmark, so Ziffel in Brechts »Flüchtlingsgesprächen«. Krisentheorie ist heute wohlfeiler im Angebot. Für den Gegenwert einer Flasche Aldi-Champagner sind die in der Roten Fabrik (Zürich) gehaltenen Vorträge des führenden Krisenquintetts erhältlich: E. Mandel, R. Kurz, M. Mies, K.H. Roth und R. Strehle bieten Krisen-Powerplay. Dem Verlag ist zu danken, weil dieses preiswerte Bändchen die langatmigen Maxiversionen (»Kollaps der Modernisierung«, »Wiederkehr der Proletarität«, »Patriarchat und Kapital« etc.) ohne Verluste ersetzen kann.

Die Einschätzung der technologischen Revolution und das Verhältnis zu Bankangestellten eint Mandel und Kurz. Die Totenglocke des Kapitalismus läutet jetzt digitalisiert: Die Computerisierung bzw. Rationalisierung erzeugt nicht nur die strukturelle Arbeitslosigkeit, sondern auch jene Speerspitze des Proletariats, die sich aus »jungen Bankangestellten und ArbeiterInnen« des Telekommunikationssektors zusammensetzt. Sie könnten, so der Kapellmeister der 4. Internationale, zum ersten Mal in der Geschichte die kapitalistische Wirtschaft komplett lahmlegen. Für Kurz sind diese »alten Begriffe marxistischer Gesellschaftskritik« MEGA-out. Die »abstrakte Arbeit« rast »mit Volldampf in den Kollaps«, weil der Zusammenhang Arbeit-Geld-Konsum zerreißt. Von Kurz erfahren wir etwa, daß seine Sparkasse den Kontostand nicht mehr per Post verschickt. Statt dessen muß er ihn nun per Plastikkarte abfragen. Dabei hat er wahrscheinlich jene Banker und Sparkassendirektoren getroffen, die er als Kronzeugen seiner Thesen anführt; eine Berufsgruppe also, deren politökonomische Kompetenz unbezweifelbar ist. Insbesondere dann, wenn es um die objektiven Schranken für die alte Lokomotive Fordismus geht.

Konsequenter erscheint da Maria Mies. Mit ihrem Plädoyer für die Subsistenzwirtschaft (vormals einfach Reproduktion) will sie die Krise nutzen und sich von jeder Akkumulationslogik lossagen. Im Klartext heißt das: Kampf der neolithischen Konterrevolution und zurück ins Goldene Zeitalter. Offen bleibt nur die Frage, warum der Schritt ins Neolithikum je getan wurde. K. H. Roth hält es eher mit der »monetaristischen Konterrevolution«, die als Gegenzug auf die von unten (!) gemachte Krise zur neuen Proletarität führt. Was immer das sei, es reimt sich jedenfalls auf Solidarität, und das ist doch auch ganz schön.

R. Strehle mischt von allem ein bißchen und addiert eine Prise Symbolik: »Mathematisch läßt sich die Frage der Krise auf die Höhe des Strichs in der alten Marxschen Formel G-W-G’ reduzieren« (Strich fehlt im Original).

Nach den vielen Kulturen erscheint nun die Inflationierung der Krisen. Sei es als Sinn-, Glaubwürdigkeits-, Beziehungs-, kulturelle, konjunkturelle oder finale Krise. Damit wird eine Form der Selbstthematisierung der bürgerlichen Gesellschaft von der verbliebenen Linken übernommen. Die letzten Reste eines analytischen Zugangs zur Welt weichen damit einem moralisierenden Erschrecken vor der eigenen Prognose. Als allgemeines Krisengesetz kann dabei gelten: Je wirkungsschwächer die politischen Subjekte und politischen Strömungen, desto bedrohlicher, härter und tiefer erscheint die vermeintliche Krise. Der Titel des Sammelbandes: »Krise – welche Krise?« deutet diesen Sachverhalt eigentlich schon an und ist dem Inhalt weit voraus.

IG-Rote Fabrik/Zürich (Hg.): »Krise – welche Krise?« Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1995, 14 Mark.

Konkret 07/95, S. 40

Kunst & Gewerbe

Bewältigung 1

Zwar ist es längst unmöglich geworden, einen realistischen Eindruck davon zu vermitteln, wieweit die Bewältigung der Vergangenheit durch Kunstgewerbe hierzulande mittlerweile gediehen ist, etwas mehr als eine leise Ahnung davon aber ermöglicht die in schöpferischem Deutsch abgefaßte *Medienmitteilung* des Künstler-Paares Helmut Martin-Myren und Birgit Happ, die mit Datum vom 5. Juni 1995 die Feuilletonredaktionen von einer *Performance* in Kenntnis setzte:

Mahnung zum Frieden »Sinn statt Wahnsinn« / Der Tanz um die Waffe – 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges – 1995

Eine Kunstaktion von Birgit Happ und Helmut Martin-Myren / Unterstützt wird diese Friedensdemonstration von der IG Medien

Zur Erinnerung an das Ende des Krieges vor 50 Jahren möchten wir in Berlin und Bonn sowie in den Landeshauptstädten der Bundesrepublik Deutschland eine Kunstaktion darbieten. Zugleich soll unsere Demonstration ein Gedenken der Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges beinhalten und eine Mahnung zum Frieden an die verantwortlichen Politiker sein.

Beschreibung der Kunstaktion:

Auf einem Anhänger ist eine aus Holz gebaute Patrone (5,50 m lang) schwenkbar montiert. Wir sehen vor, teilweise über Bundesstraßen durch Orte die einzelnen Städte anzufahren. Am Aufführungsort, dort wo unsere Aktion stattfindet, wird die Patrone senkrecht aufgestellt. Anschließend beginnt der Tanz um die Waffe. Begleitet mit Walzermusik verherrlicht eine Tänzerin (Birgit Happ) die in den Himmel ragende Munition. Nachdem marschiert der Veteran (Helmut Martin-Myren) um die Patrone bis der Tod (Birgit Happ) ihn zum gemeinsamen Marsch auffordert.

Während der Tod auf einer Munitionskiste als Siegessäule mit einem verrosteten Stahlhelm in der Hand steht, kämpft der Veteran. Gleichzeitig ist über Megaphon ein Dialog zwischen beiden zu hören. Das Zwiegespräch wird mit Kampfgeräuschen begleitet.

Unter Glockengeläut wirft der Soldat seine Kriegsausrüstung weg und knickt die Spitze der Patrone ab. Sodann verlassen Tauben die Hülse und steigen auf zu ihrem Friedensflug. Jetzt wird das Pulver der nicht mehr funktionfähigen Munition symbolisch verbrannt.

Unsere Kunstaktion wird 1995 an jedem Samstag um 12 Uhr vom 13. Mai bis 19. August im Zentrum einer anderen Landeshauptstadt, am 6. Mai in Berlin und am 9. September in Bonn aufgeführt.

6. Mai in Berlin / 13. Mai in Mainz / 20. Mai in Kiel / 27. Mai in München / 3. Juni in Wiesbaden / 10. Juni in Dresden / 17. Juni in Hamburg / 24. Juni in Stuttgart / 1. Juli in Potsdam / 8. Juli in Bremen / 15. Juli in Erfurt / 22. Juli in Saarbrücken/ 29. Juli in Schwerin / 5. August in Magdeburg / 12. August in Hannover / 19. August in Düsseldorf / 9. September inBonn

Die Musik vor der Performance ist eine Komposition von Bernd Wiesemann, Düsseldorf.

Die Patrone, die unser Hauptdarstellungsrequisit ist, fiel am 21. Mai 1995 in Mettmann bei Düsseldorf nachts einem Attentat zum Opfer. Die Brandspuren, die einen jeden Bürger der demokratischen Bundesrepublik Deutschland zum Nachdenken bringen müßte, wollen wir nicht verwischen. Mit den Merkmalen der Zerstörung führen wir unsere Performance weiter so auf wie in den Städten wo die Friedensmahnung schon stattfand.

Helmut Martin-Myren / Bildender Künstler

Birgit Happ / Bildhauerin

Findet sich wirklich niemand, der dieses Pärchen samt Komponist und IG Medien in sein schwenkbar montiertes Hauptdarstellungsrequisit packt und aus dem Sonnensystem schießt?

Tazistik

Nur der selbst gefälschten Statistik zu glauben, ermahnt uns eine in ihrer universellen Gültigkeit bis heute weitgehend unbestrittene Weisheit aus der – statistisch gesehen – größten DDR der Welt. Nun ist »gefälscht« ein garstig Wort und als solches zwar auf die Ehemalige, aber wohl kaum auf die Freiheitlich-Demokratische anwendbar. Bei uns drüben bedarf es einzig der passenden Interpretation.

Diese pflegte am 3. Juni auch die – statistisch gesehen – größte »Taz« der BRD, als sie sich rühmte, sich »am Markt der überregionalen meinungsbildenden Qualitätszeitungen aus einer Marginalposition herausbewegt« und – freilich rein ökonomisch – »den Weg aus der Nische« gefunden zu haben.

Ihre Erkenntnis fußt auf den trefflichen 94er Ergebnissen der »'Arbeitsgemeinschaft Media Analyse', deren Erhebungen zu den Reichweiten in der Verlagsbranche als Währungseinheit schlechthin gelten«. Reichweite meint hier nicht die einer weggeworfenen Zeitung, sondern die mittlere Leserzahl. Und da liegt die »Taz« – statistisch gesehen – mit ihren bundesweit 260.000 täglichen Lesern und 7,6 Reichweitenprozenten richtig gut. In Berlin mit 70.000 Lesern respektive 41 Prozent sogar ganz vorn. Ganz vorn heißt bei der »Taz« allerdings nur vor »Frankfurter Rundschau«, »Süddeutsche Zeitung«, »Die Welt« und »FAZ«.

Mögen die Kriterien für »meinungsbildende Qualitätszeitungen« das sahnige Geheimnis der »Taz« und ihrer Branchenwährung bleiben, so darf man ihr doch herzlich dazu gratulieren, endlich auch offiziell der linken Schmuddelecke entkommen zu sein und den Vergleich mit den großen und großbürgerlichen Organen nicht mehr scheuen zu müssen.

Gerade deshalb aber macht es Freude, probeweise die letzten beiden überregionalen Tageszeitungen/Ost in jene Statistik einzubeziehen, die weder die linksradikale »Junge Welt« noch das biedermeiersozialistische »Neue Deutschland« mit zusammen gut 110.000er Auflage und, grob geschätzt, 400.000 Ost-Lesern pro Tag kennt. Kalkuliert man z.B. für Berlin und Neufünfland jeweils ca. 200.000 »ND«- und »JW«-Leser ein, so liegt die »Taz« dort statt jener 41 bzw. 12 Prozent nur noch bei knapp 19 bzw. 5,6 Prozent. Und in Anschlußgebiet plus Frontstadt erzielte sie statt glorreicher 27 insgesamt nur noch gut 12 Prozent – exklusive »Handelsblatt« und »Bild«.

Bravo, »Taz«, dir geht es – statistisch gesehen – wirklich gut. Und danke auch für das schicke Poster: »In Zukunft taz! 2.000 Abos bis 30.6.95. Für euch, für uns, für alle.«

Eike Stedefeldt, SCHLIPS

Raus Ausländer

Düsseldorfs Stattzeitung »Terz« (Nr. 5/95) hat aufgepaßt und – was begreiflicherweise kaum noch jemand tut – sich die Bildmotive angesehen, mit der die SPD in Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl mobilisierte. »Zum Beispiel das mit den Negern«, das zu den »von Ottmar Alt mit dem Mund gemalten Plakatmotiven« gehört. »Terz«: »Die sind ja schon mal viel zu bunt. Ob da irgendwas mit dem Ottmar durchging, weil die SPD den Mohren ja mittlerweile einen Farbigen nennt? Wie, das hat gar nicht der Ottmar Alt gemalt? Ach, dann war das vielleicht der Dr. Rau selbst! Wo der in Wuppertal wohnt, wohnen ja auch keine Neger. Der kann ja nicht wissen, wie die aussehen. Ein kleiner Tip: einfach mal mit dem Skizzenbuch in den Wuppertaler Zoo schweben oder – noch besser – zu einem der 54 Kindergärten, da hängen die doch rum und verkaufen den 3jährigen Rauschgift.« »Neger«, gibt »Terz« den sozialdemokratischen Wahlkampfstrategen einen letzten Tip, vermummen sich im übrigen »nicht mit übergezogenen Papptüten, sondern mit fetten, teuren Sonnenbrillen«.

Proseminar

Von einem Buch über die Neue Rechte darf man mit Fug einen Vorschlag erwarten, wie diese Neue Rechte zu definieren sei und was sie sowohl von den alten Nazis als auch vom politischen Mainstream unterscheidet. Vielleicht ist ein solcher Definitionsversuch ja tatsächlich irgendwo in Mark Tekessidis' Buch *Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte* versteckt, aber die Chance, ihn aufzuspüren, ist sehr gering: zum einen, weil sich bereits im Aufbau des Buches kein Anhaltspunkt dafür findet, zum anderen, weil man den Band, gelangweilt und ermüdet vom so feuilletonistischen wie deskriptiven Stil des Textes, nach einigem Blättern und Lesen bald zur Seite legt. Hier hat ein linker Demokrat einen Drang gespürt, sich zu äußern, ohne seinem Gegenstand gewachsen zu sein.

Terkessidis verrührt lediglich das Material aus einem Proseminar mit einigen Berichten aus der Tagespresse. Da es zu einer Definition nicht reicht, wird die Neue Rechte schließlich als *Ort*, bezeichnet durch einige ihrer Publikationen, beschrieben: »Junge Freiheit«, »Mut«, »Nation Europa« etc. Als Stichwortgeber der Neuen Rechten tritt mal wieder Alain de Benoist auf, dessen zehn Jahre alte Tex-te nun, wie schon in Dutzenden anderer Bücher zum Thema, erneut zitiert werden. Gleiches gilt für Henning Eichberg. Terkessidis glaubt an das von der Rechten in die Welt gesetzte Märchen, sie führe einen »Kulturkampf« gegen die Linke. Dieser Vorstellung zufolge drängen de Benoist und Eichberg den öffentlichen Diskurs nach rechts, wogegen dann eben »radikaldemokratische« Kulturarbeiter Stellung beziehen sollen. Geist gegen Geist sozusagen.

Im Dunkeln bleiben die gesellschaftlichen Entwicklungen in diesem Land seit 1989, die es einem Dünnbrettbohrer wie Eichberg erst ermöglicht haben, Beachtung zu finden. Und unbeantwortet bleibt auch die Frage, wie Alt- und Neofaschisten sich derzeit die Bälle zuspielen. Schließlich legt Terkessidis noch Wert darauf, sein demokratisches Anliegen deutlich von linksradikalen Übertreibungen abzugrenzen: »Das begann bei der Rede vom >häßlichen Deutschen< und

endete in den linken Anti-Wiedervereinigungskampagnen mit dem Titel >Nie wieder Deutschland< oder >Halt's Maul, Deutschland<, die eben in ihrem >antideutschen< Impetus völlig unpolitisch das nur immer wieder bestätigen, was sie doch abzulehnen vorgeben.« Ähnliche Warnungen kennt man von Alex Demirovic, der ebenfalls dafür plädiert, daß die Linke ihre »negative Deutschtümelei und ihren Antipopulismus aufgibt«. Und ein wenig war das wohl auch der Tenor von Oliver Tolmeins Beitrag in KONKRET 6/95.

Mark Terkessidis: *Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1995, 29.80 Mark

Siegfried Grad

»Wie die Lilien auf dem Felde / Arbeitslose begreifen ihr Los als Chance / Humor statt Klassenkampf«

Titel, Untertitel und Zwischentitel eines Beitrags des ehemaligen Parteidichters und Vorstandsmitglieds der DKP, Peter Schütt, in der »FAZ« vom 10.6.95

»Zu bunt« – SPD-Wahlkampfplakat, Frühjahr 1995

»In der Tradition deutscher Kulturlenkung durch Reichskulturkammer und Theaterförderung des SED-Regimes unter Stasi-Chef Erich Mielke hat sich nun auch München zur zentral gelenkten Kulturverwaltung entschlossen.«

Aus der totalitarismustheoretischen Erklärung des Münchner Rationaltheaters zur Einstellung des Spielbetriebs, 18.5.95

Konkret 07/95, S. 42

Günther Jacob

Krauts with Attitude

Über die nationale und ethnische Segmentierung der Popmusik

»Die Deutschen«, schrieb im Januar 1989 ein Musikjournalist in dem Popmagazin »Spex«, »sind ein durch und durch friedliches, tolerantes, weltoffenes, unfanatisches Volk geworden. ... Die Hoffnung Vlado Kristls, die Theweleit als Motto dem *Buch der Könige* voranstellt, hat sich in Deutschland eigentlich längst erfüllt: Niemand hat hier mehr Lust an Macht, höchstens noch in einem überlebensnotwendigen Sinne, die kleine Macht, die immer entsteht, wenn man etwas gut macht, aber die Tendenz ist deutlich zu erkennen, die LUST an der Macht ist am Verschwinden. ... Die Deutschen sind in ihrer belgisch-dänisch-holländischen Vernünftigkeit und desinteressierten Lahmarschigkeit das modernste alte Volk der Welt.«

Zwei Jahre später – die vernünftigen Deutschen hatten sich inzwischen »wiedervereint« – tauchte in den Plattenläden ein HipHop-Sampler auf, dessen Cover in den deutschen Nationalfarben gehalten war und den Titel »Krauts With Attitude – German HipHop Vol.1« trug. Der Name der Kompilation hatte sein Vorbild in der Ausgabe 3/90 von »Spex«, wo er eine Titelstory über in der BRD lebende Rap-Gruppen ankündigte. Nachdem »Spex« den schwarz-rotgoldenen Tonträger zunächst als Abo-Prämie ausgelobt hatte, distanzierte sich ein Autor der Zeitschrift davon, und sie zog diese Werbung schließlich zurück.

»Krauts With Attitude« war ein früher Versuch, bestimmte ironische Muster, die in den USA von Marginalisierten verwendet werden, für popkulturelle Selbstinszenierungen in der BRD nutzbar zu machen. Der Titel des Samplers ist eine Anspielung auf die afroamerikanische Rap-Gruppe »Niggers With Attitude« (NWA), deren Mitglieder sich in der Hoffnung, die rassistische Zuschreibung umdrehen und als selbstgewählte Identität rekontextualisieren zu können, provokant als »Nigger« bezeichnen. Übertragen auf hiesige Verhältnisse erschien nun die ursprünglich auf deutsche Landser gemünzte Bezeichnung »Krauts« als eine mit »Nigger« vergleichbare Diskriminierung: Die Deutschen wurden zu Opfern, die sich zur Wehr setzen müssen. Was unter »German HipHop« sonst noch zu verstehen ist, erklärte ein im »authentischen« Rap-Jargon gehaltenes Booklet, dessen zentrale Aussage sich wie ein offizielles Statement des deutschen Außenministers liest: »Es ist jetzt an der Zeit, dem Selbstbewußtsein der Engländer oder Amerikaner irgendwie entgegenzutreten.« Hier wurde der Frust über den endlosen Strom hervorragender Importplatten, mit denen die eigenen Produktionen qualitativ einfach nicht mithalten konnten, unmittelbar in nationale Rhetorik transformiert. Damals setzte sich die Überzeugung durch, daß der Ausbruch aus dem unfreiwilligen »Underground«-Dasein nur gelingen kann, wenn die kosmopolitische Orientierung durch die Schaffung des Marktsegments »Deutscher HipHop« ersetzt wird. Ging es bis dahin darum, möglichst nahe an die amerikanischen und britischen Vorbilder heranzukommen und Platten für den internationalen Markt zu machen, so war von nun an »deutsches Selbstbewußtsein« gefragt. Mit »Krauts With Attitude« haben zwischen Hamburg und München lebende Rap-Gruppen – darunter viele, in denen vorwiegend Jugendliche aktiv sind, deren Eltern als Immigranten in die BRD kamen – den unverzeihlichen Fehler gemacht, sich unter dem schwarz-rot-goldenen Etikett »deutscher HipHop« vorführen zu lassen. Das widersprach dem Pop-Ansatz, der noch 1989 für die an L.A. und New York orientierten Bands verbindlich war. Von 1990 an kippte die kosmopolitische und antiprovinzialistische Haltung zunächst in ein *multi*nationales und dann in ein multi*nationales* Selbstverständnis um. Während auch unter dem Logo »100% German HipHop«, das nun eine wachsende Zahl von Samplern zierte, noch eine Weile vorwiegend englisch gerappt wurde, setzte sich schon bald darauf ein »deutscher Sprechgesang« durch.

Nicht zuletzt diese Ausschlußpraxis bewegte wiederum viele junge Rapper aus Immigrantenfamilien dazu, sich der Sprache ihrer Eltern zu erinnern. Die zunächst vereinzelt auftauchenden Rap-Lyrics in türkischer Sprache haben sich mittlerweile zu dem Subgenre »türkischer HipHop« verdichtet: Vor zwei Monaten stellte die Plattenfirma Mercury mit dem Album »Cartel« das erste »Oriental HipHop Project« vor – mit »Raps aus 1001 Nacht« von Bands aus Nürnberg, Kiel und Berlin! Das Feld ist endgültig nach »ethnischen« Kriterien segmentiert. Was als kosmopolitischer Pop begann, zerfiel seit der »Wiedervereinigung« in »D-Hop« (»WOM-Magazin«) und »Oriental Rap«.

Deutscher Orientalismus

Wenn in Deutschland aufgewachsene junge Leute, deren Eltern als Wanderarbeiter aus der Türkei in dieses Land kamen, sich fürUS-amerikanische Popmusik begeistern und z.B. in Nürnberg eine HipHop-Gruppe gründen, dann sind sich fast alle sicher, es mit »türkischen Rappern« zu tun zu haben. Nicht weil die Band vielleicht auch in türkischer Sprache rappt – Nürnberger, die Englisch rappen, werden schließlich auch nicht als »englische Rapper« bezeichnet – , sondern weil der deutsche Staat und viele seiner Untertanen sie als Nichtzugehörige definieren. Der Begriff »Türke« ist in diesem Kontext eine staatlich verordnete Differenzmarkierung, die die Individuen einer scheinbar »ethnisch« determinierten Kultur unentrinnbar zuordnet.

Wenn sich nun einige der auf diese Weise Ausgegrenzten selbst in nationalistischer Rhetorik gefallen – der derzeit besonders aggressive türkische Nationalismus ist da eine durchaus eigenständige Einflußgröße – , dann können sie mit dem Verständnis deutscher Medien rechnen. Die finden es vollkommen »natürlich«, daß das Individuum ohne ein bißchen Identität in einer Welt der Identitäten ziemlich arm ausschaut und empfehlen daher allen, denen eine deutsche Identität nicht gegönnt wird, sich doch eine andere zu besorgen – zum Beispiel eine türkische. Der »Spiegel« (Nr. 17/95) reagierte auf das »Oriental HipHop Project«-Album mit einem dreiseitigen Farbbericht über »Agitpop aus dem Ghetto« von Adrian Kreye. Gerald Traufetter, der sich für die »Woche« in »Türkendiscos« umschaute, entdeckte dort gar Bewegungen »wie beim Bauchtanz«. Obwohl beiden Autoren nicht entgangen ist, daß Angehörige der sogenannten 3. Immigrantengeneration, die dem Identitätszwang bislang mehrheitlich ausgewichen sind, sich erst in jüngster Zeit häufiger zum »Türkentum« bekennen, thematisieren sie weder die Ausgrenzungspolitik der BRD noch die antikurdische Propaganda der in Deutschland zu empfangenden türkischen TV-Sender. Nicht zu verkennen ist bei ihnen statt dessen die Erleichterung darüber, daß viele »junge Türken« endlich verstanden haben, daß sie in Deutschland gefälligst »Ausländer« bleiben sollen. Für die »Woche« war das auffällige Desinteresse von Immigrantenkindern an einer besonderen Nationalidentität nur der Versuch, sich deutsche Staatsbürgerrechte zu erschwindeln: »Noch vor wenigen Jahren gaben (!) sich die Deutsch-Türken so angepaßt wie möglich.« Offenbar wollten sie etwas sein, was zu definieren gar nicht in ihrer Macht steht. Eine Anmaßung, die deutsche Nationalisten nicht durchgehen lassen können. Jene aber, die einsehen, daß sie ihre wahre Kultur (sprich: Natur) nicht länger verleugnen können, dürfen mit deutscher Unterstützung rechnen: »Nun hat auch der Musikmarkt den Türken-Rap entdeckt«, verkündete der »Spiegel«. Und die Plattenfirmen, für die sich die fortschreitende Ethnisierung des Sozialen als Entstehungsprozeß neuer Märkte darstellt, geraten ins Schwärmen: »Fast eine Million türkische Jugendliche leben in Deutschland. Ein gewaltiges Potential.«

New Ethnicity

Von einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Trend zur Ethnisierung kann bis heute keine Rede sein. Im Gegenteil: In völliger Verkennung der Verhältnisse und ohne darüber nachzudenken, wieso die »Samplers aus dem Morgenland« (Flyer zum Berliner Cartel-Konzert) im Jahre fünf nach der »Wiedervereinigung« eine derart gute Presse haben, feiert Lars Freiberg in »Spex« 6/95 die gesponserte Selbstethnisierung als »härteste Waffe gegen sozialdemokratische Integrationsprogramme«.

Diese Sichtweise hat eine Vorgeschichte: Der besitzergreifende Blick deutscher Popszenen auf die afroamerikanische »Gegen- und Minderheitenkultur« bereitete in den letzten Jahren den Boden für eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber der Rassifizierungspraxis. Das Verhältnis zur amerikanischen »Minderheitenproblematik« hatte einen handfesten kulturrelativistischen Ausgangspunkt: Weil im »subkulturellen« Konzept einer symbolischen Dissidenz Unverwechselbarkeit grundsätzlich positiv bewertet wurde, sind amerikanische »Minderheiten« – als wären sie Popszenen – einfach als weitere attraktive Orte der Differenz wahrgenommen worden, an denen vor allem die »dissidenten Anteile« und der »Ethno-Charme« interessierten, nicht jedoch das problematische Verhältnis von Selbst- und Zwangsethnisierung. Aus den Kategorien, die z.B. das US-amerikanische System der *Community Relations* produziert, wurden eigene Identitätskonzepte und Multikultiansätze verfertigt. In kulturlinken Szenen werden Ansprüche auf regionale, lokale oder subkulturelle Identitäten heute unter Berufung auf »ethnische Minderheiten« eingeklagt. »Uns verbindet, daß wir geringere Chancen haben. Viel stärker wird es so den Schwarzen in den USA gehen« (vgl. »Anyp« 6/94). In einigen Szenen wird ernsthaft die Notwendigkeit »einer Art Afrozentrismus der Youth Culture« auch für Jugendliche mit BRD-Paß erörtert. Afrozentrismus wird als eine »auf andere Bevölkerungsteile übertragbare Strategie« interpretiert, zumal auch hierzulande mit amerikanischen Verhältnissen zu rechnen sei: »Das wird auch hier kommen!« (vgl. »Spex« 6+7/94).

Aus ihrer Beschäftigung mit HipHop und der Identitätspolitik US-ameri-kanischer »Minderheiten« ziehen bundesdeutsche Kulturszenen den fatalen Schluß, daß »nur Identität hilft, wo Identität herrscht«. Man will das als »Strategie« begriffen haben, als einen nur »spielerischen Nationalismus der Subkulturen« (»Spiegel Spezial« 11/94). In der Realität jedoch, das zeigt nicht nur die nationalistische Segmentierung des Rap in der BRD, sind essentialistische, antiessentialistische und anti-antiessentialistische »Identitäten« ununterscheidbar und setzen sich die »ethnischen« Komponenten und nationalistischen Intentionen letztlich durch.

Die forcierte Selbstinszenierung deutscher Popszenen, deren Angehörige der Mittelklasse entstammen und über entsprechendes kulturelles Kapital verfügen, als Opfergruppe, die ihre Lage mit der von »ethnisch« Marginalisierten vergleicht, hat damit zu tun, daß die diskriminierte Existenz von Millionen Menschen, die in diesem Land als Nichtzugehörige behandelt werden, offensichtlich geworden ist und die bisher unangefochtene eigene Selbstpositionierung als kulturelle Außenseiter unglaubwürdig macht. Diese Erfahrung bringt deutsche Kulturlinke, die ihre Outsider-Position frei gewählt haben und denen die Zugehörigkeit »zu Deutschland« nie wirklich bestritten wurde, in ein Konkurrenzverhältnis zu jenen, deren Nichtzugehörigkeit gewaltsam hergestellt wird.

Die Suche nach dem »authentischen Deutschrock«

Vor diesem Hintergrund wird ein weiterer Trend interessant, der derzeit die Popwelt beschäftigt: Erstmals seit vielen Jahren ist »German Pop« wieder ein Exportartikel, der zudem im Inland eine solide Basis hat: Der Umsatzanteil sogenannter »nationaler Pop-Produktionen« überstieg viele Jahre lang nicht die 10-Prozent-Marke. 1993 aber lag er bei 25,7 und 1994 schon bei 35,9 Prozent (Jahrbuch 95 der Phonographischen Wirtschaft).

Von wenigen Ausnahmen abgesehen (The Rattles, Holger Czukay/Can, Amon Düül, Tangerine Dream, Triumvirat, Kraftwerk, Lake, Neubauten und ... Nena), waren Rock & Pop aus Westdeutschland und der DDR in den vergangenen fünf Jahrzehnten international völlig bedeutungslos. Das ist im Grunde weder überraschend noch weiter bemerkenswert: Rock ist US-amerikanische Musik! Die moderne Popmusik begann Mitte der 50er Jahre in den USA mit Rock'n'Roll, der aus der Verbindung von Rhythm & Blues und »weißen« Schnulzen entstanden ist. Von den 30er Jahren bis zum 2. Weltkrieg wurde die Tanzmusik fast weltweit von den swingenden Big Bands beherrscht. Und der Übergang zum Pop, der in den 40er Jahren einsetzte, war an musikalische (City Blues, Jazz, Swing, Sinatras Balladen, Country, R&B, Rock'n'Roll, Folk), sozioökonomische (Teenager-Figur) und technologische (Verbreitung der Schallplatte) Voraussetzungen geknüpft, die in den USA am weitesten entwickelt waren.

Der in der Bluestradition stehende Rock aus den USA (später auch aus England: Skiffle, Beat) setzte von Beginn an weltweit gültige Maßstäbe, weshalb es für die Konsumenten auch immer selbstverständlich war, sich an die angloamerikanischen Originale zu halten. Bis heute gibt es selten Anlaß, Rock aus der BRD zu kaufen – aus demselben Grund, aus dem es auch wenig Sinn macht, sich für Rock aus Italien, Frankreich oder Dänemark zu interessieren. Die periodisch aufkommende deutsche Klage über das Fehlen einer »spezifisch deutschen Popmusik« und die damit verbundene Rede vom »Minderwertigkeitsgefühl« der Deutschrocker zeugt daher von einer bornierten (marktvermittelten) germanozentrischen Sichtweise. Besonders in der BRD – dem größten europäischen Tonträgermarkt – hat man sich nie damit abfinden wollen, daß die Platten »einheimischer« Bands nur gekauft werden, wenn sie internationalen, sprich US-amerikanischen und britischen Standards entsprechen bzw. wenn sie diesen Standards etwas hinzufügen, was international kommunizierbar ist. Daß die »nationale Herkunft« einer international gehandelten (und selbstverständlich in Englisch gesungenen) Platte für die Phonoindustrie normalerweise kein relevantes Kriterium ist – die Platte muß lediglich weltweit hohe Verkaufszahlen erzielen – , wurde und wird in der BRD gerade deshalb als besonders diskriminierend empfunden, weil hier – anders als in Italien oder Frankreich, wo der Rückzug auf den Markt der nationalen Folklore nicht zwangsläufig reaktionär ausfallen muß (es meistens aber tut) – die nationalkulturelle Erzählung für die von Popgruppen erwarteten »oppositionellen« Gesten keine glaubwürdigen Bezugspunkte bietet.

Es hat immer wieder Versuche gegeben, eine »Deutsche Rockmusik« zu definieren und vom allgemeinen Rockbegriff abzugrenzen. Gruppen wie Amon Düül, die sich dem weltweiten Hippietum verbunden fühlten, werden bis heute als Begründer einer»nationalen Rockmusik« (*Sachlexikon Rock-musik*, rororo 1978) gefeiert. »Endlich ist Deutschland erwacht! Endlich gibt es Platten von progressiven deutschen Rockgruppen«, schrieb die Zeitschrift »Sounds« damals. Schon zwei Jahre zuvor, 1968, standen die Essener Songtage unter dem Motto »Deutschland erwacht – Pop-Musik aus deutschen Landen«. Die meist abschätzig gemeinte englische Bezeichnung »Krautrock« wurde freudig zum positiven Identitätsmerkmal umcodiert. Im März dieses Jahres wärmte auch »Spex« die abgestandene Geschichte vom »kosmischen« Deutschrock auf – vorsichtshalber als Übersetzung eines schmeichlerischen Artikels des Popmusikers Julian Cope: »Wenn Westdeutschland nicht von dem Gewicht der importierten, fremden Kultur erdrückt werden wollte, dann mußten die Leute schnell handeln. Krautrock war vor Punk der wichtigste deutsche Selbsterfahrungstrip.«

Die Suche nach dem »authentischen Deutschrock« war seit dem Boom der »Neuen Deutschen Welle« (NDW), der 1979 einsetzte und ab 1981 als Neuer Deutscher Schlager verebbte (Ideal: »Wir steh'n auf Berlin«), kein Thema mehr. Obwohl viele NDW-Bands sich zunächst am britischen Punk orientierten, kehrten sie schon bald dem internationalen Pop den Rücken. Der nun einsetzende, keineswegs nur ironische Bezug auf bundesrepublikanische Themen bekam rasch eine provinzialistische Färbung (Lokaldialekte). Vor dem Hintergrund des noch relativ stabilen Ost/West-Gleichgewichts, das deutschnationalen Ambitionen wenig realpolitische Chancen zu bieten schien, konnte aber eine »Deutsche Welle«, die sich augenzwinkernd auf die bekannten Nachkriegsschlager bezog (deren Naivität das Vergessen absichern sollte), keine besonderen Befürchtungen wachrufen. 1995 aber weckt sogar ein harmloser Kirmestechno-Sampler, der unter dem Slogan »NDD – Neuer Deutscher Dancefloor« Dance Remixe von Heimatschnulzen, NDW-Hits und Peter Maffay-Balladen versammelt, unangenehme Gefühle, weil nicht auszuschließen ist, daß auch derart alberne »Wir machen alle mit«-Songs als Teil der realen deutschen Selbstbewußtseinswelle funktionieren könnten – wie etwa 1992, als die Hamburger DJ/Produzentengruppe U96 eine Melodie aus dem maritimen Landserstreifen »Das Boot« mit teutonischen Techno-Beats koppelte und daraus einen Hit machte, der sich ohne Promotion 250.000 mal verkaufte und auf Platz 1 der Charts landete.

»Kolonisiertsein« als Exportschlager

Zum Thema wurde »Deutschrock« erstmals wieder durch die zunächst bescheidenen und inzwischen beachtenswerten Erfolge jener neuen Bands, die heute von einigen Medien unter das Label »Diskurs-Pop« subsumiert werden. Als im Juli 1990 auf dem ZickZack/What's So Funny About-Sampler »Geräusche für die 90er« 28 in der BRD arbeitende Bands (u.a. Mutter, Kolossale Jugend, Die Haut, Die Erde, Die Regierung, Kastrierte Philosophen, Die Allwissenden Billardkugeln) einem größeren Publikum vorgestellt wurden, war die Resonanz noch gering – nicht zuletzt, weil die Veröffentlichung in die Zeit des Aufschwungs der Dancefloor Music fiel. Wie schon die Namen dieser und auch der später hinzugekommenen Bands andeuten, besteht ihre Gemeinsamkeit in der Suche nach einer Ausdrucksform, die sich den angloamerikanischen Maßstäben entziehen und zugleich den Rückfall in ein »authentisches Deutschtum« vermeiden kann. Ausgangspunkt dieser Bands ist die Überzeugung, daß ihre Chancen auf internationale Beachtung innerhalb der Genres Rock & Gitarrenmusik minimal sind. Da ihnen der Grönemeyer/Westernhagen/Maffay-Ausweg jedoch aufgrund ihres Anspruches verlegt ist (und sie auch nicht einfach auf Dance Pop ausweichen können), machen sie diese Erfahrung selbst zum Thema: »Über Sex kann man nur auf Englisch singen« heißt ein für die Szene typischer Songtitel der Hamburger Band Tocotronic. Die Pointe besteht darin, daß auf diesem Weg des zur Schau gestellten Scheiterns an den Strukturen der internationalen Popwelt schließlich doch eine »deutsche Schule« entstanden ist, auf die inzwischen die englische Presse und das englische Label Big Cat aufmerksam wurden. Das demonstrative Bekenntnis zum »Kolonisiertsein« und zur »Unmöglichkeit von Authentizität« (D. Diederichsen) ist inzwischen zu einer spezifischen Identität geworden.

Daß die Geschichte so enden könnte, hatte im November 1993 der österreichische Autor Robert Rotifer vorausgeahnt. In einem Beitrag für die Wochenzeitung »Volksstimme« untersuchte er damals die antiamerikanischen und provinzialistischen Gesten britischer Gruppen wie Blur, Suede und Carter The Unstopable Sex Machine. Seine Schlußfolgerung, die heute auch auf Wimp-Bands wie Gene oder Radiohead übertragbar ist: »Die Popmusik zieht sich zurück in das Europa der Regionen und verliert dabei ihre Berechtigung. Die traurige Ursache für die rein insuläre Popularität dieser Gruppen ist die mangelnde Übersetzbarkeit ihrer Ausdrucksformen: Das ist kein Pop mehr. Die Metaphern, Symbole und subtilen Signale so zu setzen, daß sie über sonst unüberwindliche regionale und gesellschaftliche Grenzen hinaus verständlich oder zumindest lustvoll interpretierbar bleiben, war immer eine der wesentlichen Stärken von Popmusik.« Ausgehend von diesem Befund setzt Rotifer sich schließlich mit dem »Teutschen Pop« auseinander und zitiert dabei aus einem Interview, das der Hamburger Diskurs-Pop-Musiker Bernd Begemann einem Wiener Magazin gab: »Ich fordere, daß man deutsch singt, damit man die Lieder versteht. Ich singe auf deutsch, weil ich zu meinen Nachbarn sprechen möchte. Englisch singende Gruppen wollen immer sein wie die MTV-Bands und in den Staaten 'rauskommen, aber wenn die nicht 'mal zu ihren Nachbarn sprechen können, vergiß es! Es geht darum, daß man den Ort, an dem man lebt, verstehn und lieben können will.«

Diese Orientierung auf »Nachbarschaft«, die zugleich eine Absage an die Welt außerhalb des deutschen Sprachraumes ist, stieß auf einem Symposion zur gesellschaftlichen Relevanz zeitgenössischer Popularmusik, das im Dezember 1993 in Salzburg stattfand und an dem Musikjournalisten und Musiker aus Österreich und Deutschland teilnahmen, noch auf Widerspruch (vgl. *Musik Macht Politik*, Salzburg/Stuttgart 1994). Vor allem Tobias Levin von Cpt. Kirk polemisierte vehement gegen Begemanns Begründung, die ja den gesamten Zusammenhang der vorwiegend in deutscher Sprache singenden Bands der sog. Hamburger Schule in einem völlig anderen Licht erscheinen ließ.

Über diese Schule hatte Begemann gesagt: »Manche Leute meinen, wir würden Cliquenwirtschaft betreiben. Das stimmt aber nur soweit, als daß sich kaum einer von uns für englisch singende Gruppen interessiert.« Dazu Levin: »Es geht darum, daß empfohlen wird, in Deutschland nicht mehr englisch zu singen. Und in dem Moment ist der Begriff Cliquenwirtschaft ein interessanter. Die Cliquenwirtschaft, um die es hier geht, ist eine, die englischsprachige Gruppen innerhalb von Deutschland als irrelevant bezeichnet. Das Englische kann nicht in direkten Kontakt zu den Nachbarn treten! Ich füge hinzu, daß in dem Moment, wo ich Deutsch singe, es natürlich auch einige Nachbarn gibt, die ich nicht mehr erreichen kann. Natürlich läßt ein Aufruf zum Deutschtexten den englischen Gruppen ihre englischen Texte. Aber er läßt englischen Texten nicht den deutschen Markt. Das heißt, es geht die Empfehlung raus, auch an die Hörer, sich von englisch- und amerikanischsprachigen Sachen abzuwenden, weil sie weniger mit ›uns‹ zu tun haben als das ›Eigene‹.«

In Ergänzung zu diesen Ausführungen habe ich auf dem Salzburger Symposion folgende Thesen formuliert: 1. Amerikanischer Pop war und ist in Deutschland eine Barriere gegen »nationale Kultur«. 2. US- und UK-Pop wurden hier immer »verstanden«, auch von Leuten, die keine Fremdsprache beherrschen. 3. Sprache ist kein transparentes Medium vorgängiger Gedanken, sondern eine Markierung, die vom Urheber und dessen Intentionen abgelöst werden kann. 4. Die »Message« eines Musiktitels steckt ohnehin nicht nur im Text; auch der Groove, das Plattencover etc. sind als »Text« aufzufassen. 5. Die Behauptung, deutschsprachige Musik würde das Problem des Verstehens lösen, unterstellt, das Sichverstehen wäre hierzulande der Normalfall (bzw. ein Zustand, der wieder herzustellen sei) und das Nichtverstehen ein Sonderfall, der nur das Fremde betreffe. 6. Die Behauptung, man verstehe das Fremde plötzlich nicht mehr, ist eine rechte, auf Repräsentation zielende, identitätspolitische Position.

»Ich bin die Sonne, um die sich alles dreht«

Schon ein Jahr später war diese Auseinandersetzung vergessen. Hand in Hand mit einem rückläufigen Interesse der kulturlinken Popszenen an Black Music verschoben sich die Akzente vom »Diskurs-Pop« zum »German Pop«.

Daß die Entwicklung seit 1994 in eine unerfreuliche Richtung geht, zeigt ein Blick in die gängigen Musik- und Stadtzeitschriften. Solche Magazine nehmen maßgeblich Einfluß darauf, welche Phänomene in welcher Weise wahrgenommen werden, welche Verbindungen hergestellt, welche Signifikanzen ausgegrenzt oder negiert, welche Autoritäten abgesichert und welche »authentischen Identitäten« konstruiert werden. Auch der Popdiskurs findet als Wechsel zwischen Ausdrucksstreben und Zensur statt, einer Zensur, die in der Struktur des Feldes selber – nicht zuletzt in den schichtenspezifischen Interessen des Publikums – besteht. Auf diese Weise können sich bestimmte Diskurse als legitime etablieren, während andere »abgeschaltet« werden.

Inzwischen läßt sich erkennen, daß sich die aktuelle Entwicklung des sogenannten Diskurs-Pop in einen bestimmten Trend einfügt: Seit dem Selbstmord des »Generation X-Repräsentanten« Kurt Cobain Mitte letzten Jahres steht im Popdiskurs wieder das Schicksal des weißen Mittelschicht-Wimps im Zentrum. Im Unterschied zu seinem 80er-Jahre-Vorgänger hat der neue Wimp die soziale Frage zu seiner Sache gemacht – in ausdrücklicher Konkurrenz zu afroamerikanischen Rapperinnen und Rappern, die mit diesem »Thema« das Feld lange dominieren konnten und dadurch den nach innen gekehrten 80er-Wimp als eingebildeten Kranken erscheinen ließen. Auch beim neuen Wimp steht das Privatuniversum im Mittelpunkt, aber er leidet jetzt nicht mehr nur an tiefempfundener Melancholie (»unhappy birthday«), sondern auch an Mac-Jobs, Mehrfachbelastung, Rezession und Sozialabbau. Das erlaubt es ihm unter anderem, seine Lage mit der der »Schwarzen« zu vergleichen. Und schon hat er wieder Oberwasser: Lange genug haben Rapper und Rapperinnen den Ton angegeben, jetzt sind wir mal wieder dran, wir, die verarmte weiße Mittelklassejugend. Diesmal authentisch & identisch & strategisch essentialistisch. Repolitisiert und politikfähig – while my guitar gently weeps. Und Rap? Soul? Funk? After the Goldrush: »Die Umsetzungsmöglichkeiten sind hierzulande weitgehend ausgelotet. Die Spannung hat bis auf weiteres eine Auszeit genommen, doch für ein Feierabendvergnügen reicht's allemal« (»Spex«). Der (deutsche) Wimp darf in der Poppresse wieder sagen: »Ich bin die Sonne, um die sich alles dreht.« Und in dem Moment, da sich in der BRD HipHop in »deutschen Sprechgesang« und »orientalischen Rap« teilt und aus Pop »German Pop« wird, verflüchtigt sich auch die Idee von der weltweiten Pop-Community, die von New York über London und Rimini bis nach Hamburg reicht. Dieser Trend geht auch an der BRD-Techno-Szene, deren Ehrgeiz bislang darauf gerichtet war, als gleichberechtigter Teil einer internationalen House Community anerkannt zu werden, nicht vorbei. Ausgenommen davon sind bislang lediglich die Dancefloor Jazz- und Black Music-Szenen.

Heimatklänge – Voices of forgotten worlds

Die Wandlung des sog. Diskurs-Pop zum Deutschen Pop wird zur Zeit durch die Veröffentlichung von Samplern forciert, die als zentrales gemeinsames Merkmal von musikalisch sehr disparaten Bands die Eigenschaft »deutsch« hervorheben. Nicht zuletzt durch solche Sampler werden einzelne Bands, die vielleicht aus ganz unterschiedlichen Motiven und vielleicht sogar nur gelegentlich mit deutschen Texten arbeiten (man zieht notfalls ihren einzigen deutschsprachigen Song heran), zu einer deutsch singenden »Bewegung« homogenisiert.

Den Anfang machte die CD »Wo ist zu Hause Mama? – Perlen deutschsprachiger Popmusik«, die im Januar 95 bei Trikont erschienen ist. Die Trikont-Schallplattenreihe »Unsere Stimme« besteht seit 1971. Der alte Verlag hatte nach dem deutschen Herbst vor allem Bücher von und über »Indianer-Schamanen«, »Hexen«, »halluzinogene Pilze« und »afrikanische Magie« herausgebracht. Anfang der 80er Jahre plädierte Herbert Röttgen, der Trikont 1967 zusammen mit Gisela Anna Erler gegründet hatte, füreine Rückbesinnung auf den Volksmythos: »Der Volksmythos ist so weit entfernt vom Faschismus wie nur irgendwas. In vielen Volksliedern drückt sich aus, worauf wirunser Leben aufbauen können, hier und jetzt.«

Obwohl sich der alte Verlag 1980 auflöste und der Trikont-Schallplattenverlag seither unter neuer Leitung selbständig ist, haben sich, wie schon der heutige Namenszusatz »Unsere Stimme/Our Own Voice« zeigt, wesentliche programmatische Kontinuitäten erhalten: Im Mittelpunkt des Katalogs stehen Cajun, Zydeco, Klezmer, Rembetika, slowenische und russische Folklore, indianische Balladen etc., Stile, die in der Verlagswerbung mit musikethnologischer Rhetorik als »ethnische Kultur« vorgestellt werden. Eingelassen in diese »ethnische Vielfalt« sind dann Bayernrock (»mit verschmitztem Augenzwinkern«), Hackbrettmusik (»überlebte in alpenländischer Volksmusik«), rare Schellacks mit Musik aus Bayern und Oberösterreich (1902-1948) und eben »Perlen deutschsprachiger Popmusik«. Deutsche Töne (Our Own Voice!), die ja nicht zu Unrecht pauschal unter Verdacht stehen, erscheinen auf diese Weise als ebenso marginalisiert wie die Musik des Häuptlings Ten Bears – als »Musik bedrohter Völker« – Voices of forgotten worlds.

Die Frage nach dem Zuhause paßt also ins Programm. Dem widerspricht nicht, daß weder die auf dieser CD vertretenen Bands (u.a. Die Sterne, FSK, Flowerpornoes, Lassie Singers, Die Regierung, Motion, Begemann) noch der Schriftsteller Franz Dobler, der den Sampler kompilierte, mit Nationalismus etwas zu tun haben wollen. In den Liner Notes zum CD-Booklet distanziert sich der Autor nachdrücklich: »Ich bin nicht aus dem Nationalismusdreck, wo gefordert wird, das

deutsche Mädel müßte auch deutsch singen.« Und er verteidigt ausdrücklich den »sprachlichen Sicherheitsabstand«, den englisch singende Bands schaffen und der »erstmal nicht schlecht ist«. In solchen Dementis scheint immerhin eine Ahnung davon auf, daß man das Bedeutungsfeld, in das man sich höchst freiwillig hineinbegeben hat, wahrscheinlich nicht wird kontrollieren können: Selbst ausgesprochen antirassistische Texte einzelner Bands können nicht verhindern, daß sie sich durch ihre Selbsteinordnung in die Kategorie »German Pop« schneller als erwartet mitten im Heimatdiskurs wiederfinden. Dobler kann keinen vernünftigen Grund dafür nennen, warum er überhaupt 25 Bands auf einem Sampler versammelt, deren einzige auffällige Gemeinsamkeit darin besteht, daß sie deutsch singen. Er hätte ebensogut 25 Bands auswählen können, deren Gruppenname mit dem Buchstaben »L« beginnt. Daß er doch ein wenig eingreifen möchte, bekennt er an anderer Stelle: Nicht den Nationalismus, aber »das sprachliche Selbstbewußtsein« möchte er gestärkt sehen. Viele, darunter Thomas Groß, der die CD in der »Taz« besprochen hat, halten selbst solche Rechtfertigungsversuche für kleinmütig und plädieren für eine neue deutsche Selbstverständlichkeit: »Wer heute eine CD mit Perlen deutschsprachiger Popmusik herausgibt, muß offenbar erst einmal drei Kreuze schlagen.« – »Das scheint nun endlich anders zu werden«, antwortet ihm Andreas Obst in der »FAZ«-Rezension der Platte: »Ihre ganze Kindheit hat die deutsche Rockmusik auf dem Krankenlager verbracht, einsam, die Textbücher auf den Knien. Während die anderen draußen in der weiten Welt heranwuchsen zu stolzen Männern, die über große Worte gebieten, blieb die deutsche Rockmusik allein zurück.«

»Deutsche Musik«

Kurze Zeit nach der Veröffentlichung der »Perlen deutschsprachiger Popmusik« stellte der »Spex«-Redakteur Christoph Gurk für das britische Label Big Cat Records einen Sampler zusammen, auf dem neben den oben erwähnten sieben »Perlen«-Bands dreizehn weitere Diskurs-Pop-Gruppen zu hören sind, u.a. Blumfeld, Die Goldenen Zitronen, Tocotronic, Kolossale Jugend, Kastrierte Philosophen und – trotz der Salzburger Kontroverse – Cpt. Kirk und Bernd Begemann. Eine ganzseitige Anzeige auf der Rückseite der April-Ausgabe von »Spex« sowie eine große Anzeige in der »Taz« brachten die CD schnell ins Gespräch. Auch auf diesem Sampler werden die beteiligten Bands nicht über ihre eventuellen musikalischen Gemeinsamkeiten definiert, sondern über ihr Deutschsein. Und deutsch ist hier in einem hundertprozentig deutschen Sinn gemeint: keine Immigranten-Bands, kein Multikulti-Fake, keine Engländer mit Wahlheimat Wuppertal (Charles), keine Musiker, deren Eltern als amerikanische GIs nach Kaiserslautern kamen (Prophets Of Rage). Aber Gurk ist nicht vorzuwerfen, daß er Deutschland unvollständig darstellt, sondern, daß er Deutschland überhaupt repräsentieren möchte. Da er seine Kompilation auch noch als »Leistungsschau« (!) zeitgenössischer Musik aus Deutschland versteht, wird seine Behauptung, vor allem die ihm sympathischen deutschsprachigen Gitarrenbands hätten »einige der nennenswertesten kreativen Schübe hervorgebracht, die bisher in der deutschen Popmusik zu verzeichnen gewesen sind«, zur diskurspolizeilichen Verlautbarung. Gurk kreiert ganz selbstverständlich aus 20 (bis auf eine Ausnahme männlichen) Gitarrengruppen, die 18 mal deutsch singen, die neue Musikrichtung »German Underground Pop« und gibt der CD – sozusagen als zweite nationale Codierung – den Titel »Sturm und Twang«. Dabei soll der englische Ausdruck twang = klingen/Klang offensichtlich die erwartete Kritik an der starken nationalgeschichtlichen Assoziation »Sturm & Drang«, auf die der Redakteur angesichts des Verlangens des Marktes nach eindeutigen Identitäten nicht verzichten wollte, unterlaufen.

Import/Export Office

Im Gegensatz zu »Wo ist zu Hause Mama?« ist »Sturm und Twang« ausdrücklich auch als Exportprodukt konzipiert. Nachdem die von den HipHop-Importen Ende der 80er Jahre bei Gitarrenbands ausgelöste Schaffenskrise überwunden ist, wird jetzt wieder exportiert. Big Cat Records ist das Label von Blumfeld, und diese CD soll dem englischen und amerikanischen Publikum davon künden, daß Blumfeld (dessen antinationalistischer Anspruch hier nicht in Frage gestellt wird) nur die Spitze eines Eisbergs sei – Teil eines neuen und kreativen German Pops, der sich soeben anschickt, die Welt zu überraschen: »Sturm und Twang wurde in erster Linie für den internationalen Markt zusammengestellt und soll Leute, die seit Krautrock, NDW und den Einstürzenden Neubauten keine Musik mehr aus diesem Land gehört haben, einen Einblick in den aktuellen Stand der Entwicklung geben.« Musik aus der BRD kann diesem Dogma zufolge nur deutsche Musik sein. Eine Aufreihung von Krautrock, NDW, Neubauten und Diskurs-Pop ergibt musikalisch keinerlei Sinn, wohl aber als Ausschlußprinzip, das die Musik von in der BRD lebenden Einwanderern verschwinden läßt. Diese Reihung ist zudem der Versuch, durch die Definition eines gesicherten Bestandes deutscher Pop-Meisterwerke eine nationalkulturelle Tradition zu stiften – deutsches Kulturgut sozusagen. Mit diesem »Wir«-Gerede wird bewußt oder unbewußt ein ethnisches Kollektiv abgegrenzt, in dem für Bands wie Fresh Familee aus Ratingen-West kein Platz mehr ist, weswegen die ja auch als »türkische Rapper« bezeichnet werden.

Und so verwandelt sich eine Kölner Redaktion in ein Export Office, das aus einem Haufen mehr (Blumfeld, Zitronen) oder weniger (Svevo, Begemann) interessanter Bands ein praktisches & quadratisches nationales Produkt verfertigt, das »im Ausland« auch eindeutig als solches erkennbar sein und deshalb entsprechend gekennzeichnet werden muß – mit dem Sticker »Made in Germany«. Die Nachrichten über erste Auslandserfolge haben denn auch eine unverkennbar nationale Tönung. Blumfelds Auftritt in London, dem eigentlich nicht mehr Bedeutung zugemessen werden sollte als einem solchen

in Ulm, wird in »Spex« zum Ereignis, auf das wir alle stolz sein können: »Auch den eckigen, monotonen Rock'n'Roll Blumfelds wußte man in England zu schätzen. Dort erzielen ja Can-Platten Second-Hand-Höchstpreise.«

Aber auch der »Spex«-Redakteur verwahrt sich – auf den Innenseiten des Booklets, auf dessen Außenseite »German Pop« steht – pflichtbewußt gegen Mißverständnisse: »20 Titel von 20 Bands unter dem Etikett ›Deutsch‹ zusammenzufassen, ist natürlich eine heikle Angelegenheit.« Was ihn nicht davon abhält, es trotzdem zu tun. Entsprechend angestrengt und umständlich wirken dann auch die Versuche, den gemeinsamen Nenner der disparaten Bands ausfindig zu machen. Am Ende bleibt nur eine einzige überzeugende Klammer: »Wir haben es hier mit SONGS zu tun!«

Weil der Kompilator sich jedoch für »deutsch« (nicht einmal für »Pop aus Deutschland«, sondern für »Deutscher Pop«) als gemeinsames Kennzeichen entschied, muß er immer wieder deutsche Kontinuitäten konstruieren: »Wie ihre Vorgänger (sic!) sind alle Bands über angloamerikanische Kultur sozialisiert.« Sein richtiger Hinweis, daß Popmusik »in Deutschland ohne den prägenden Einfluß aus dem angloamerikanischen Sprachraum in dieser Form nie stattgefunden hätte«, ist denn auch mit Vorsicht zu genießen, denn sein Lob für die »Gegenkultur der Besatzer« läßt genug Raum für eine Sichtweise, die uns noch vor wenigen Wochen in Gestalt des Slogans »Die Freiheit hat Geburtstag« begegnete. Nach dieser privaten Kosten/Nutzen-Rechnung war die Befreiung nicht in erster Linie die Befreiung der Opfer des Nationalsozialismus, sondern sind die Alliierten hier einmarschiert, um der deutschen Jugend all die Genüsse zu bringen, die die Nazis ihr wahrscheinlich vorenthalten hätten. So gesehen ist der Konsum von US-Pop schon eine hinreichende antifaschistische Tat. Der nächste Schritt wäre dann der selbstbewußte Umgang mit der »Künstlichkeit, dem Zusammengesetztsein und dem Kolonisiertsein«, Diskurs-Pop also.

Etliche Musiker, die auf diesen Samplern vereinigt sind, traten unter dem Eindruck der »Wiedervereinigung« und der faschistischen Pogrome auf Veranstaltungen auf, die unter Slogans wie »Schnauze Deutschland!« oder »Etwas Besseres als die Nation« standen. Davon, daß sie sich heute unter Parolen wie »Wo ist zu Hause Mama?«, »Sturm und Twang« oder »German Pop« sammeln, geht die Welt nicht unter. Es ist aber festzuhalten, daß sich hier eine Differenz aufgetan hat, die etwas mit Gewöhnung und Anpassung zu tun haben muß. Vielleicht ist diese Entwicklung auch einer spezifischen ästhetischen Orientierung geschuldet – der Entfernung vom Groove und der Hinwendung zum Gitarrenpopsong, d.h. zur klassischen Domäne weißer Jungmänner. 1985 hätte man diese Sampler einfach ignorieren können, 1995 sind sie immerhin, wie Gurk richtig, aber folgenlos bemerkt, »eine heikle Angelegenheit«.

Günther Jacob schrieb in KONKRET 12/94 über die Ethnisierung des Sozialen

Konkret 07/95, S. 48

Rayk Wieland

Laute Verrisse

Von einem, der auszog, die Nation Lektüre zu lehren

»Wie ihn preisen, wie sein Lob singen?« fragte sich anläßlich seines Geburtstages die »Süddeutsche Zeitung«, um sodann, den Jubilar zu ehren, »ein Florilegium von Geburtstagsgrüßen aus dem Schattenreich« zu kredenzen. Im Jahre 1995 des Herrn ließ sie – »Erst denken, dann drucken!« – die »Großen der Vergangenheit« von Homer bis Thomas Bernhard einem Großen der Gegenwart, dem »einzigen« (»Tagesspiegel«), der »Generationsikone« (»Neues Deutschland«), der »letzten Instanz« (»Die Woche«), dem »Ersten Literaturkritiker des Landes« (»Spiegel«), Aufwartung und Zeichen der Erbötigkeit machen. Die mit bedenklicher Pfiffigkeit aus den Zitatenrabatten des deutschen Bildungsbürgers arrangierten Blüten bilden die wohl unsäglichste Huldigungsadresse, die dem Mann anläßlich seines Geburtstages überbracht wurde. 75 Jahre alt mußte er, der ebenfalls als »Anwalt der schönen Literatur«, »Herr der Bücher« oder »Literaturpapst« in Betracht zu ziehen ist, werden, um sich von ehrwürdigen Ahnen und von im gleichen Äon amtierenden Zunftkollegen auf eine Weise unparodierbar das Lob hudeln zu lassen, daß Erinnerungen an gewisse Erscheinungen des Personenkults aufkamen.

Versetzten die Imperatoren früherer Weltreiche ihre Umgebung noch mit bestimmten Kundgebungen oder Gesten in Furcht und Schrecken, so bedarf ihr jubilierender Nachfahr dergleichen Artistik nicht mehr. Nichts sei, so ließ sich Werner Fuld in der »Woche« vernehmen, vernichtender als sein Schweigen: »Manchmal schweigt er so laut wie die Glocken des Jüngsten Gerichts«, die in der Tat noch niemand hat läuten hören. Aber er schweigt nicht nur so laut wie jene – »er ist für die Autoren das Jüngste Gericht«. Was für ein Typ offenbar: nicht nur Papst, sondern auch Gott, nicht nur das Jüngste Gericht, sondern auch dessen stumme Glocken. Was ihn außerdem, folgt man dem »Tagesspiegel«, »in alle Ewigkeit turmhoch überlegen macht, ist sein heiteres ›Theoriedefizit‹. Literaturtheoretische Kenntnisse, jene Rache des kleinen Mannes, dem es an ästhetischem Sinn gebricht, sind bei ihm gleich Null.«

Vernichtend durch Schweigen, überlegen durch Unbildung. Die Versuchung ist groß, hier den Namen des so Geschmähten, nein: Gefeierten nicht hinzuzusetzen und somit dem Vorgang – deutsche Literaturkritik huldigt Ignoranz und Dummheit – die Weihe des Exemplarischen zu geben: Das Feuilleton der »FAZ«, deren Literaturchef der Kritiker von 1973 bis 1988 gewesen ist, hat ihr wohl nicht widerstehen können. Zwar wurden in ihrer Wochenendbeilage »Bilder und Zeiten« einige Briefe von Böll, Grass und anderen an den einstigen Ressortleiter und jetzigen redaktionellen Mitarbeiter veröffentlicht, doch am Tag selbst war nichts, auch keine wie immer kritische Würdigung zu lesen. Ein Beitrag allerdings beschäftigte sich ohne erkennbaren Anlaß mit Thomas Manns Tagebuchaufzeichnungen. Diese Notate, resümiert dort der Autor, veränderten unser Thomas-Mann-Bild keineswegs – ein äußerst sublimer Affront, denn gerade das Gegenteil hatte der Ungenannte in seiner Rezension der Tagebuchedition in der »FAZ« herausgestrichen.

»Die Biographie eines Schriftstellers«, bekannte der Jubilar einmal gesprächsweise, »ist sein fundamentales Kapital, mit dem er arbeitet – und daraus ergibt sich alles andere.« Vor allem anderen, was sich daraus ergibt, scheinen sich Spekulationen daraus zu ergeben, derart etwa: »Kunert leidet an einem Trauma. Und gerade dieses Trauma, das er niemals zu verdrängen oder zu überwinden versucht hat, bildet den Urgrund seines dichterischen Werkes.« Konkret sieht der Befund dann möglicherweise so aus: »Im letzten Gedicht bekennt er: ›Etwas blutet aus / Etwas bricht zusammen.‹ Diese Gedichte stammen aus dem Jahr 1977. Bleibt hinzuzufügen, daß Kunert im Januar 1977 aus der Mitgliederliste der SED gestrichen wurde ...« So einfach kann es sein: ein bißchen Psychologie, ein bißchen Biographie, ein bißchen Paraphrase, und fertig ist die Rezi. Nicht zuletzt ist es diese Einfachheit, mit der in seinen Kritiken das Leben oder die Wirklichkeit der Literatur gegenübergestellt wird, die seinen Erfolg beim breiten Publikum garantiert. Hinzu kommt die einerseits begrüßenswerte, schier inquisitorische und divinatorische Klarheit seines Urteils, die andrerseits freilich manchmal an Multiple-choice-Prüfungsverfahren erinnert: richtig oder falsch. Eine Rezension von Martin Walsers Roman *Jenseits der Liebe* (1976) eröffnete er so: »Ein belangloser, ein schlechter, ein miserabler Roman. Es lohnt sich nicht, auch nur ein Kapitel, auch nur eine einzige Seite dieses Buches zu lesen.« Es kann aber auch anders kommen: »Ein solides, ein gediegenes, ein gutes Buch. Aber kein sehr gutes Buch« (*Die gerettete Zunge* von Elias Canetti, 1977). Nur in Ausnahmefällen zeigt der Daumen des Imperators nicht nach oben oder nach unten, aus welchem Grund seine Auftritte, wie die »Woche« ganz richtig herausgefunden hat, beim Publikum so beliebt sind »wie die Gladiatorenkämpfe im alten Rom«.

Unterhaltung ist denn auch jedes seiner Worte, und er hört nicht auf, zu fordern, die Literatur möge sich dieser ihrer vermeintlichen, ja natürlichen Bestimmung anbequemen, ohne freilich auch nur den Schatten einer Reflexion seines Unterhaltungsbegriffes anzudeuten. »Ein Buch ist gut«, formuliert er, »wenn es mich nicht langweilt.« Und es langweilt ihn nicht, wenn mit »artistischer Formulierungsbegabung« irgend Fesselndes und Spannendes, Neugierde Weckendes vorgetragen wird, womit jene bedingten Rezeptionsreflexe ausgelöst werden, welche die Lektüre als angenehm erscheinen lassen. Besonders interessant findet er seit jeher Liebesgeschichten, ihn interessieren »die erotischen Motive besonders. Weil mit der Erotik immer etwas Mysteriöses verbunden ist.« Manch jüngerem Kollegen soll er schon zu verstehen

gegeben haben, daß, wer von dem einen, der Liebe, nichts verstünde, vielleicht auch mit dem anderen, der Literatur, Schwierigkeiten haben dürfte. Ohne das eine wird es mit dem anderen nichts, und so muß er bereits 1969 feststellen, »daß in der neuesten deutschen Epik unaufhörlich masturbiert wird«, wobei die Autoren »stets nur die physischen Vorgänge beschreiben und nicht das, was wirklich von Bedeutung wäre – nämlich die psychischen Voraussetzungen, Begleiterscheinungen und Folgen der Onanie«. Auch bei Günter Grass (*Der Butt*, 1977) findet er Gelegenheit, diesen Tatbestand in Frage zu stellen: »Während eines Grunewald-Ausflugs besteigt eine junge Frau eine Kiefer. Doch über allen Gipfeln ist keine Ruh: Die Dame muß dringend onanieren. Wir wissen es längst: Auch Damen onanieren gern und oft. Aber muß es gerade auf dem Gipfel einer Kiefer sein?« Er teilt uns seine Antwort nicht mit, doch es wäre ihm offenbar einsichtiger, wenn es am Fuße des Baumes geschehen wäre.

Für seine eigene Kritikertätigkeit mag das Biographische indessen einen Zugang ermöglichen. Als Sohn jüdischer Eltern, die 1942 im Vernichtungslager Treblinka ermordet werden, an der Weichsel geboren, in Berlin zur Schule gegangen, 1938 nach Polen deportiert, 1943 aus dem Warschauer Ghetto geflohen und untergetaucht, nach der Befreiung durch die Sowjetarmee der Kommunistischen Partei Polens beigetreten, im Auslands-Nachrichtendienst und im Außenministerium tätig, 1950 entlassen, wegen »ideologischer Entfremdung« aus der Partei ausgeschlossen und inhaftiert, 1959 nach Hamburg übergesiedelt und zum Antikommunisten konvertiert, hat er aus seinen Lebenserfahrungen die ästhetischen Maßga-ben abgeleitet, welchen die Literatur der Gegenwart zu entsprechen hat. Noch 1994 mochte er Christa Wolf nicht verzeihen, daß sie der Idee vom Sozialismus nicht endgültig abgeschworen hatte wie 45 Jahre zuvor er selbst.

Zunächst setzte er sich für eine »engagierte Literatur« ein, ohne indes dieses »Engagement« weiter zu spezifizieren. »Ziel des Engagements« sei es, »die Welt in Frage zu stellen«: »Literatur als Kritik des Lebens ..., als Auseinandersetzung mit der Gegenwart, als Reaktion auf die Wirklichkeit.« In den siebziger Jahren kam er schließlich zu der Überzeugung, daß »der Beitrag der Literatur zur Veränderung der Welt leider nur sehr gering sein kann« und nunmehr ein »zeitkritischer Psychologismus« zu pflegen sei. Fortan bevorzugte er eine »Literatur der kleinen Schritte«, gekennzeichnet von »vernünftiger Sachlichkeit, vorsichtig-diskreter Psychologie«, einem »bescheidenen und offenen Realismus, zurückhaltender Gesellschaftskritik« und »einsichtiger Selbstbeschränkung«. Dies seien »einige Merkmale dieser so notwendigen Gegenströmung, der wir vielleicht keine kühnen Würfe verdanken werden, doch immerhin nennenswerte Versuche«. Es schwimmt sich gut im Ungefähren, aber im Ungefähreren schwimmt es sich noch besser. So bemerkte er anläßlich einer Rezension über *Das fliehende Pferd* (1978) von Martin Walser, der Autor wolle nur ein Stück Welt zeigen, mehr sollte man von Literatur nicht verlangen.

Sein ebenso imperatorischer wie wahnhafter Umgang mit Literatur wird nirgends deutlicher als in seinen Einlassungen zum Thema Lyrik. Dort, in der Poesie, ereignen sich ihm die »Stunden wahrer Empfindung«. Das hindert ihn aber nicht, in seinem Aufsatz »Plädoyer in Sachen Lyrik« mitzuteilen: »In der Prosa wird mit offenen Karten gespielt, in der Lyrik hingegen oft mit gezinkten. Bei ihr fanden immer schon jene Unterschlupf, die nichts zu sagen haben, doch unbedingt gehört werden möchten, die singen wollen, weil sie nicht denken können, die dichten müssen, weil ihnen das Schreiben unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet.« Simpel gesagt, aber eben auch zutreffend, nämlich auf seine eigenen Favoriten, etwa Günter Kunert, Sarah Kirsch, Hermann Burger, Ulla Hahn. Günter Grass' nun wahrlich »güntergrasshafte« Gedichte lobt er so: »Auch seine neuen Gedichte gehen von Gegenständen und Beobachtungen aus, sie kreisen um bestimmte Vorfälle und Personen, sie wollen vor allem Situationen und Zustände verdeutlichen ... Was immer Grass behandeln mag – seine Sprache büßt eher die Anschaulichkeit ein als ihren charakteristischen ›Stallgeruch‹: Sie bleibt ›stubenwarm‹ ...« Das reinste Gefasel kommt zu seinem Recht, wenn er einmal loslegt. »Maßstäbe? Bei Gott, ich habe keine«, gibt er ohne Scheu zu: »Erst kommt die Poesie, dann die Theorie.« Wenn das die Theorie ist, die nach der Poesie kommt, kann man nur hoffen, daß danach nun nichts mehr kommt.

Nicht erst seit er im ZDF-Magazin »Das literarische Quartett« mit seinen »paar allerdings sehr erheiternden Volkstheatergrimassen von Dämonie« (E. Henscheid) literarische Neuerscheinungen für den Volksempfänger zurichtet, gilt er als der bissigste und schärfste Mann der kritischen Zunft und als der gefürchtetste. Furcht ist in der Tat angebracht bei einem Kritiker, dem zu Hans Henny Jahnn, Helmut Heißenbüttel, Ror Wolf und Eckhard Henscheid nichts eingefallen ist, der »Gerhard Rühm und Oswald Wiener und die Grazer Gruppe (!)« zwar für »dringend nötige, wichtige Erscheinungen der Gegenwartsliteratur« hält, aber glaubt, daß »so viel daraus nicht geworden« sei, der also das, was von der deutschen Nachkriegsliteratur Bestand haben könnte, mit sicherem Gespür mißkennt und der im Gegenzug 18 Artikel über Heinrich Böll, jeweils 14 über Günter Grass, Thomas Mann und Anna Seghers, 13 über Wolfgang Köppen und neun über Martin Walser für angemessen hielt. Sehr sinnreich hat er seine Literatur-Talkshow (»Quatschbude«, H. Karasek) mit der Bezeichnung »Quartett« versehen. Tatsächlich versammeln sich dort keine vier Solisten, um gemeinsam Musik zu machen – eine andere Bedeutung kommt in Betracht. Als »Quartett« bezeichnet das Wörterbuch auch »eine Gruppe von vier Personen, die häufig gemeinsam in Erscheinung treten oder gemeinsam etwas (Strafbares) tun«.

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 6/95 über einen Fall literarischer Polemik

Konkret 07/95, S. 50

Joachim Rohloff

Neues vom Endsieg

Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte oder Das Glück des Historikers Alexander Demandt

Wäre Napoleon in zartem Alter vom Wickeltisch gefallen, hätte General Kutusow die Schlacht bei Borodino kampflos gewonnen und damit das Halbfinale erreicht. Von Napoleon wüßte man heute nichts, denn auch *Luther, Bismarck und Khomeini waren unbekannte Männer, bevor ihre Stunde schlug,** i.e. – wir sind Philologe – kam. Wessen Stunde schlägt, bevor sie kommt, der erkennt sich selbst nicht wieder: *Wäre Mussolini im Ersten Weltkrieg gestorben, hätte er etwas von einem italienischen Lenin.* Manchmal sterben Millionen an der Krankheit eines einzigen Mannes: *Was wäre geschehen, wenn Kaiser Friedrich III. keinen Kehlkopfkrebs gehabt und das Alter seines Vaters erreicht hätte? Es wäre denkbar, daß es zu liberalen Reformen gekommen wäre, die das Deutsche Reich in eine parlamentarisch-konstitutionelle Monarchie nach englischem Muster verwandelt hätten, und daß die Spannungen zu England und/oder Rußland friedlich überwunden worden wären.*

Ohne den kaiserlichen Krebs kein erster Weltkrieg. Hitler war bekanntlich Nichtraucher; deshalb brauchte es, um den zweiten zu verhindern, mindestens *ein medizinisches Wunder, indem Hitler physisch erkrankt und dabei psychisch gesundet wäre. Oder ein moralisches Wunder, indem ihm die deutsche Generalität erklärt hätte: »Bis hierher und nicht weiter!«* Doch Krieg und Holocaust erschienen den zuständigen Herren offenbar nicht als hinreichende Gründe für einen Eingriff in die Souveränität des Führers. Da hätte er es schon erheblich toller treiben müssen: *Es lag innerhalb Hitlers Entscheidungsfreiheit, auf die Eröffnung des Krieges zu verzichten ... Ebenso hätte er die Juden und die Kirchen schonen können. Franco und Mussolini haben das auch gekonnt. Dagegen hätte Hitler schwerlich, trotz seiner Vorliebe für das Bauerntum, einen Morgenthauplan durchführen oder das Deutsche Reich in die Teilstaaten von 1871 zurückverwandeln können. Bei einem solchen Versuch hätten sich vermutlich Kräfte zu seinem Sturz gefunden.*

Fragen, die kein vernünftiger Kopf sich stellt, beantwortet Alexander Demandt, Altphilologe, ordentlicher Professor für Alte Geschichte und Dekan der Historischen Fakultät der Freien Universität Berlin. Als seine Institutsbrüder Nolte und Baring mit der Renovierung deutscher Geschichte Karriere und Politik machen, muß Demandt erkennen, daß er das falsche Fach gewählt hat. In der Archäologie ist deutschem Selbstbewußtsein ums Verrecken nicht aufzuhelfen, auch sein Seminar über *die Germanen im Altertum (mit Dias)* taugt wenig zur akademischen Begleitung der nationalen Wiedergeburt, und Experten für *Verformungstendenzen in der Überlieferung antiker Sonnen- und Mondfinsternisse* führen bei »Talk im Turm« selten das große Wort. Zudem schlägt ihm die lebenslange Lektüre lateinischer Klassik schmerzhaft aufs Sprachzentrum: *Rückblickend würden vermutlich Moltke und Bebel ihre Warnung durch den Krieg bestätigt gefühlt haben.*

Welcher Geist da in der alten Abteilung überwintert hat, zeigt schon ein flüchtiger Blick in Demandts Schriften: *Zahlreichen Freunden verdanke ich wertvolle Hinweise, ich nenne nur meinen Bruder Ecke Demandt, Major der Bundeswehr, und meine eheliche Hausfrau Dr. Barbara Demandt, geborene Haarberg. Ihrem Spruch »Wissenschaft ist eine Leidenschaft, die mit Leiden Wissen schafft«, kann ich nicht widersprechen.* Noch im deutschen Spätmittelalter, zu Zeiten Adenauers und Kiesingers, trugen Geschichtsleidenschaftler von Demandtschem Schrot bevorzugt Knickerbocker, damit der Kalk nicht auf die Dielen rieselte. *Und nun fahre wohl, mein Buch! Grüß mir die Leser und erzähl ihnen etwas vom Glück des Historikers,* widerspricht Demandt 1983 seiner zur Hausfrau promovierten Gattin doch.

Inzwischen hat er nämlich, um nach Herzenslust auch an der neueren Geschichte werkeln zu können, einen eigenen Wissenschaftszweig gegründet: Die *Eventual-, Konjektural-* oder *Parahistorie* strickt *die von den Parzen abgeschnittenen Fäden der Realhistorie* weiter in eine imaginäre Zukunft der Vergangenheit, die weder mit der wirklichen Vergangenheit noch mit der Gegenwart zu tun hat. Ihrem Nestor und Generalvertreter schenkt sie verblüffende Einsichten: *Eine Fehlgeburt Marias hätte die Weltgeschichte verändert.* Auf die Frage, ob der Papst katholisch sei, gibt die Parahistorie endlich eine positive Antwort: *Kein Papst hätte den Atheismus zum Dogma erheben können, kein amerikanischer Präsident kann unter den heute herrschenden Bedingungen die Sklaverei wieder einführen, kein sowjetischer Generalsekretär den Marxismus verurteilen.* Letzteres Dogma allerdings scheint infolge jüngerer Entwicklungen ebenso revisionsbedürftig wie die Verkehrsordnung: *In der Geschichte werden lange Rotphasen durch nur kurze Grünphasen unterbrochen.* Hitler hatte schon Moos an den Reifen, als er endlich Gas geben durfte. Seit dem Ende der DDR aber gilt in ganz Deutschland der grüne Pfeil: Rechtsabbiegen jederzeit erlaubt!

Dem Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt, *das die den* (!) *Studenten des Seminars von 1983/84 ausgestellten Scheine nicht anzuerkennen gewillt ist,* bleibt der Erkenntniswert der parahistorischen Forschung bisher verborgen. So hilft zwar die *historia eventualis* niemandem auf einen Lehrstuhl, ihren Erfinder aber nährt sie doch: *Hätte ich 1984 nicht mein Büchlein »Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn...« geschrieben, so hätte ich kaum die Aufforderung erhalten, mich jetzt zu einem denkbaren Sieg Hitlers zu äußern.* Von der unlängst verblichenen Illustrierten »Tango« (Nr. 18/95) zu »einem der führenden deutschen Geschichtswissenschaftler« ernannt, durfte Demandt

anläßlich des 8. Mai die mit Abstand originellste Titelgeschichte fabulieren: »Was wäre, wenn Hitler gewonnen hätte?« Um die Antwort vorwegzunehmen: *Deutschland könnte noch blühen von der Maas bis an die Memel.* Oder bis zum Kaukasus.

Im anglo-amerikanischen Schrifttum dagegen grassiert die Befürchtung, wie schrecklich es gewesen wäre (i.e. daß es schrecklich gewesen wäre), *wenn Hitler gewonnen hätte. Eine ganze Horror-Literatur lebt von dieser Spuk-Idee und rechtfertigt nachträglich die Entscheidung der Westmächte, an der Seite der Sowjetunion Deutschland niederzukämpfen. Sie kriminalisiert alles, was ihm* (Hitler) *zugute gekommen ist, einschließlich der Winterhilfe, und legitimiert alles, was dazu beigetragen hat, seinen Sieg zu verhindern, sogar das Bombardement von Dresden.* Unter uns Altphilologen: Anumne, professor, apertum habes? Die Idee, britische und amerikanische Autoren hätten irgend etwas nachträglich zu rechtfertigen, spukt ausschließlich in den Hirnen deutschnationaler Geschichtsrevisoren, die es den westlichen Alliierten noch heute nicht verzeihen können, Deutschland an der Seite der Sowjetunion und nicht die Sowjetunion an der Seite Deutschlands niedergekämpft zu haben. Urheber dieser Idee ist natürlich der Führer selbst.

In Deutschland herrscht heute die Ansicht, daß die Entwicklung zur Demokratie des Hitlerstaates nicht bedurft hätte ... Hitlers Niederlage hat die Entwicklung zur Demokratie nur beschleunigt, so wie sein Aufstieg sie verlangsamt hat. Der kundige Leser wird in diesem Gedankenspiel hegelianische Denkfiguren erkennen, doch ziehe ich eine Grenze gegen Hegel im Blick auf die Opfer. Das wird Hegel freuen, denn Hegelianer wie den Professor Demandt hat er wirklich nicht verdient. Zu seiner Ehrenrettung sei gesagt, daß nicht der Weltgeist sich Hitler ausgedacht hat, sondern die Revolution von 1918: *Die Russische Revolution führte zu Stalin, die deutsche zu Hitler, die chinesische zu Mao.* Gleichzeitig haben *die Sieger von Versailles ... das Machtkalkül über die Selbstbestimmung gesetzt und die 1918 in Wien und Berlin einhellig beschlossene Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reich untersagt.* Wenn wir jetzt noch herausbekommen, wer hinter der Weltwirtschaftskrise steckte (Wall Street?), haben wir endlich alle Schuldigen beisammen.

1945 stellte sich die Frage unabweislich, behauptet Demandt, weil er die Antwort nicht länger zurückhalten kann: *Wie sähe die Welt aus, wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte?* Selten war eine Frage abweislicher als diese, nur in den Tagträumen verbitterter Nazis wurde sie zur Obsession, und bald ließen sich *alle Folgen der eingetretenen Niederlage eliminieren: der Verlust der Ostgebiete, die Teilung Deutschlands, die Entstehung von BRD und DDR, der Kalte Krieg sowie – je nachdem, wann wir den Sieg Hitlers ansetzen – die Erhaltung* (i.e. die Zerstörung) *der noch nicht zerstörten deutschen Städte.* Da Briten und Amerikaner trotz der Verlockung, *ein Sieg über Stalin hätte die Lebensdauer der Sowjetunion um fünfzig Jahre verkürzt,* kein Bündnis mit Deutschland schließen wollten, hätte man sich vielleicht mit Stalin arrangieren können. *Hitler wollte ... »Lebensraum« für 100 Millionen ungeborene Deutsche im Osten, Befehlsraum bis zur deutsch-persischen Grenze im Kaukasus. Hätte Stalin das angeboten, so hätte Hitler den Bolschewismus in Restrußland wohl akzeptiert. Er sah ganz richtig, daß Nationalsozialismus und Bolschewismus ideologisch und organisatorisch mehr miteinander gemein hatten als einer von ihnen mit den liberalkapitalistischen Demokratien des Westens.* Glücklicherweise war Stalin ein besserer Historiker als Demandt, dessen These, Hitler habe die Totalitarismustheorie erfunden, die Fachwelt peinlich berührt. Zur Belohnung darf er hundertmal »deutsch-persische Grenze« schreiben.

Wenn Demandt die inneren Zustände im siegreichen Deutschland imaginiert, betrachtet er *einerseits den Alltag unter dem Nationalsozialismus* und, weil der nicht reicht, *andererseits den in der DDR ..., die in vielen Punkten ihrer Innenpolitik das Hitlerregime fortgesetzt hat. National- und Realsozialismus waren demokratisch verbrämte Einparteienherrschaften unter einem kultisch verehrten Führer. Im Unterschied zur Kaderpartei der SED war die NSDAP eine Massenpartei, bei der von der Gauleiter-Ebene an gewisse Mitsprachemöglichkeiten anzunehmen wären.* Denn in der DDR galt die Devise: »Genosse Generalsekretär befiehl, wir folgen!«, während Hitler sich 1945 vor den aufgebrachten Gauleitern in ein Pfarrhaus flüchten mußte. Das Nazireich war zwar nicht, aber *wäre* demokratischer als die DDR. Die Mitsprachemöglichkeiten in der NSDAP – das ist der Clou der *Parahistorie – wären* gerade deshalb *anzunehmen*, weil es sie nicht gab; hätte es sie gegeben, bräuchte man sie nicht *anzunehmen.* Die demokratische Verbrämung des Nationalsozialismus und die kultische Verehrung Erich Honeckers hingegen sind keine *parahistorischen Deviationen*, sondern bloß erlogen.

Der Endsieg versetzt Demandt in die glückliche Lage, *einen Nazismus mit menschlichem Antlitz zu denken.* Das *ist vielleicht politisch Ketzerei, indes: Jede Ideologie läßt sich verwässern, und nur dann wird sie fruchtbar.* Das Programm des verwässerten Nazismus *hätte sich in einer umfassenden Gesundheitsfürsorge und einem ausgedehnten Sportwesen verwirklicht. Zwangssterilisation von »Erbkranken« und Euthanasie von »Unheilbaren« hätten fortbestanden, Sterbehilfe wäre über Krankenschein abgerechnet worden. Kindergeld und Kindergärten hätten den Nachwuchs gefördert ... Abtreibung wäre strafbar, freie Liebe und uneheliche Geburt verzeihlich, Homosexualität verpönt gewesen. Todesstrafe gäbe es noch. Straßenkriminalität, Drogensucht und Landstreicherei hätten sich kaum verbreiten können ... Frauen hätten nicht dieselben Rechte, aber ähnliche Pflichten wie die Männer gehabt ... Nichtraucher, Vegetarier und Antialkoholiker hätten Oberwasser gehabt. Ordnung und Sauberkeit, Natur- und Denkmalschutz sind Gebote der Vaterlandsliebe. Bitterfeld hätte es nicht gegeben ... Auf die Dauer wäre wohl eine nationalsoziale Marktwirtschaft entstanden ... Anders als die Arbeiter und Bauern hätten die Intellektuellen es schwer gehabt, soweit sie die völkischen Prinzipien nicht teilten. Arbeitsdienst und Zensur wären ihnen nicht erspart geblieben: Hitler sah in der höheren Geistesbildung eine Gefahr für das »gesunde Volksempfinden«.* Wie sehr er damit irrte, zeigt schon das Beispiel Professor Demandts. Der wäre mindestens

Dekan einer historischen Fakultät geworden und hätte bewiesen, daß im Deutschen Reich der Parahistorie kein Antisemitismus *anzunehmen wäre* – jedenfalls nicht wegen der Juden: *Ein Ausländerhaß wäre kaum entstanden, jedenfalls nicht wegen Mißbrauchs des Asylrechts. Ein solches hätte es nämlich nicht gegeben. Eher hätte man in Übersee die Flüchtlinge aus Deutschland kujoniert.*

Für die Herrschaft der Partei hätten Medienmonopol und Gestapo gesorgt, modernisiert in der Art der Stasi. Im Unterschied zur DDR konnte ein Hitlerdeutschland seine innenpolitischen Repressalien allerdings nicht auf den Großen Bruder stützen und hätte sich mit einem eigenen Klein-Sibirien begnügen müssen. Daher wäre ein breiter Konsens nötig gewesen. Eine Fähigkeit zum Konsens, wie der Nationalsozialismus sie von 1933 bis 1945 bewiesen hat, mag Demandt dem *humanisierten Nazismus* seltsamerweise nicht attestieren: *Ich behaupte, daß auch ein verlängertes Drittes Reich seine 68er Generation erlebt hätte, und bezweifle, daß sich diese rigorosen jungen Leute hätten einschüchtern lassen.* Denn *die Abkehr vom Hitlertum* (war) *unabdingbar. Daß sie uns Deutschen aus eigener Kraft möglich war, bezweifle ich nicht ... Wenn wir unser politisches Gewissen nicht auf die »reeducation« zurückführen, dann war eine innerdeutsche Abrechnung mit den Schergen,* die nicht einmal nach der Niederlage stattfand, *nach einem Siege fällig.* Zwar hielten die meisten Deutschen bis zum 8. Mai 1945 Hitler die Treue, gewiß aber hätten sie ihn längst gestürzt, wenn nicht die Alliierten sie daran gehindert hätten: *Man wird mir die während des Krieges kursierenden Gerüchte, daß im Osten Schreckliches passiere, entgegenhalten. Aber wie konnte man ihnen nachgehen, solange Nacht für Nacht Feuer und Schwefel auf die deutschen Städte herabregneten?* Heute jedenfalls, da ohnehin alles zu spät ist, können wir uns die Kraft zur Selbstentnazifizierung einfach mal zutrauen. *Trauen wir uns die Kraft zur Selbstentnazifizierung zu, so wäre nach einer Ausschaltung der Roten Armee durch die Wehrmacht und die* (i.e. der) *Verabschiedung von Hitlers Worldcup-Wahn eine Normalisierung im Verhältnis zu den Juden und den Amerikanern denkbar.*

Warum auch nicht? Selbst der Führer, hätte er den Krieg gewonnen, könnte es den Juden kaum noch verübeln, daß sie ihn angefangen haben. *Was Hitler den Juden verübelte, war die angeblich »parasitäre« Zerstreutheit, ihr Kosmopolitismus. Bei einem frühen Frieden war eine Abschiebung denkbar. Die Massenvernichtung wurde zuletzt aus Angst vor einer militärischen Niederlage forciert.* Daß Demandt nicht weiß, was inzwischen fast zur Allgemeinbildung gehört, ist mit professoraler Zerstreutheit schwer zu erklären: Der Holocaust wurde gegen Ende des Krieges mitnichten forciert, schon gar nicht aus Angst vor der Niederlage – als hätte der Mord auch noch am letzten Juden Europas die Niederlage abwenden können – , sondern in aller Gemütsruhe fortgesetzt. Das Budapester Ghetto wurde im Dezember 1944 innerhalb der Reichweite der sowjetischen Artillerie errichtet, geplant wurde der Massenmord aber schon 1941 bei der Aufstellung der Einsatzgruppen, seinen Höhepunkt erreichte er 1941 mit 1,1 Millionen und 1942 mit 2,7 Millionen Opfern, als die Naziführer keine noch so geringe Witterung hatten, sie könnten den Krieg verlieren. *Geschichte umdenken* heißt eben auch Geschichte fälschen, wenn es der Exkulpation Deutschlands dient.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung zum 8. Mai – so die »Junge Welt« – freute Demandt sich über viele zustimmende Briefe »von rechts«, die er nach seinem »Tango«-Artikel erhalten habe. Diesen Figuren, denen man alles zutrauen darf außer einer Selbstentnazifizierung und die um der deutschen Sache willen vor keinem Schwachsinn zurückschrecken, wiegt der Beifall »von rechts« offensichtlich den Verlust der wissenschaftlichen Reputation auf. Demnächst werden sie behaupten, deutsche Geschichte könne nur von deutschen Historikern adäquat dargestellt werden. Dann sind sie unter sich und David Irving.

*Alle kursiven Passagen sind Zitate aus Demandts »Tango«-Artikel und aus seinem unten erwähnten »Traktat«.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 6/95 über den Wirtschaftswissenschaftler Wolfram Engels

Konkret 07/95, S. 53

Stefan Ripplinger

Reparationen für Wernher von Braun

»Operation Beutekunst«: Die deutsche Schatzsuche geht in die nächste Runde

Endlich kommt die erschütternde Wahrheit ans Licht: Deutschland wurde in den letzten Monaten des Jahres 1945 und in den folgenden Jahren von alliierten Plünderern um einen so großen Teil seiner Grundlagen, seiner Schätze, ja seiner Intelligenz gebracht, daß man sich rückblickend fragen muß, wie dieses geschröpfte Land noch einen Erhard, einen Kohl, einen Schäuble gar hat hervorbringen können.

Nachdem der ganze Umfang des Kulturguts, das die Rote Armee dem daniederliegenden Volk der Aggressoren wegnahm, sich langsam abzeichnet, wird es für deutsche Wiedergutmachungspolitiker Zeit, auch die Untaten der westlichen Alliierten, namentlich der Amerikaner, öffentlich zu tadeln. In vorderster Linie der Restitutions-truppen steht wieder einmal Günter Wermusch im »Neuen Deutschland« (7.6.): Zwar habe auch ein deutscher Hehler sich an ausgelagerten Beständen des Magdeburger Kaiser-Friedrich-Museums vergangen – schildert er einen angeblich beispielhaften Fall von Kunst-Schwund nach dem Kriege – , die »Pretiosen aber dürften die Amerikaner an sich gebracht haben«. Leider seien »derlei Aktionen« nach den Pariser Verträgen zwischen der BRD und den Westalliierten »unter den Tisch gekehrt« worden – dorthin, wo angeblich »Beutekunst«-Experten wie Wermusch im Staube liegen und nach Schätzen suchen. Wenige Tage zuvor hatte das »ND« (30.5.) eine Meldung des Mitteldeutschen Rundfunks verbreitet, »Spezialisten des amerikanischen Geheimdienstes« hätten bis Juli 1945 »fast 10.000 Waggons mit Kunst- und Rüstungsgütern in den Westen transportiert«. Des Rüstungsgüterraubs sind die Amerikaner bereits überführt, für den »Kunstraub« könne bloß der »letzte Beweis noch nicht erbracht werden, da entscheidende Geheimdienstakten nicht zugänglich« seien. Das ist mißlich, denn gewiß wäre so noch manch deutscher Kunstschatz aufzuspüren. Vor anderthalb Jahren schon hatte die »Thüringer Allgemeine« (26.1.1994) enthüllt, daß die Amerikaner den Sowjets kistenweise »wertvolle Kunstwerke« zugeschoben hätten.

Solange die amerikanischen Akten verschlossen bleiben, können sich die deutschen Revanchisten immerhin an sowjetische Archive halten, die dank »Glasnost« jeder Schnüffelei offenstehen. Dabei sind ihnen pfiffige Russen wie der ehemalige Mitarbeiter des Moskauer Puschkin-Museums, Grigori Koslow, und der Journalist Konstantin Akinscha behilflich, die sich mit Auskünften über den Verbleib des »Schliemann-Schatzes« (s. KONKRET 5/95) und anderes ein paar Mark verdienen wollten. Mithilfe die-ser »Kunstkollaborateure« (»Prawda«, 29.3.1995) gab das »Germanische Nationalmuseum«, Nürnberg, – das so heißt, weil »Ausprägungen deutscher Kunst und Kultur auch in den Ländern zu untersuchen und zu dokumentieren (sind), die niemals einem deutschen Reich oder deutschen Staat angehört haben« – soeben eine Broschüre zur *Operation Beutekunst* heraus.

Während der Mitinitiator dieser Broschüre, Clemens Toussaint, in der ARD die Konfiszierungen von Museumsbeständen durch die Rote Armee den »größten Kunstraub des 20. Jahrhunderts« nannte, geben sich die Autoren von *Operation Beutekunst* betont wissenschaftlich, sprechen vorläufig von »einem der größten Kunstdiebstähle« und explizieren: »Die Planung der Operation Beutekunst war kein zufälliges Ereignis im Verlauf des Zweiten Weltkriegs, sondern ein von langer Hand auf Grundlage von klaren ideologischen Vorgaben vorbereitetes militärisches Geheimmanöver und strategischer Bestandteil sowjetischer Weltmachtansprüche.«

Die heute wieder erhobenen Weltmachtansprüche des Deutschen Reiches bedürfen keiner Geheimmanöver mehr: Für den August dieses Jahres kündigt dtv, München, das Werk *Beutekunst. Auf Schatzsuche in russischen Geheimdepots* von K. Akinscha und G. Koslow an, mit dem den im »Zuge der Perestroika und der deutschen Wiedervereinigung« in Gang gekommenen »Rückführungsverhandlungen« neue Ziele im Osten gesetzt werden sollen.

Bereits in Deutschland erhältlich ist das Elaborat eines anderen russischen »Historikers«, Pawel Nikolaewitsch Knyschewskij, das unter dem Titel *Moskaus Beute* zeigen will, »wie Vermögen, Kulturgüter und Intelligenz nach 1945 aus Deutschland geraubt wurden« (Olzog, München 1995, 240 S., 44 Mark). Ganz recht, nicht mehr um »Beutekunst« allein geht es in diesem offenbar in großer Eile zusammengehauenen Text, hier wird jeder Hosenknopf, den die »Konquistadoren« der Roten Armee aus Deutschland ausführten, zu einem »Schlüsselmoment der Reparationsleistungen«: »60.149 Klaviere, Flügel und Ziehharmonikas, 456.612 Radioapparate, 188.071 Teppiche ...«, so geht es seitenlang. Ein eigenes Kapitel widmet der Autor dem scheußlichen Verbrechen der Sowjets, den Nazis ihre Jagdwaffen zu entwenden. »Shukows Privatsammlung umfaßte allein 20 Jagdgewehre der Firma Holland & Holland«, vermerkt Knyschewskij empört. Die Sowjets ließen die Nazis wehrlos zurück – so ließe sich das Buch bündig zusammenfassen.

Dabei könnte man es bewenden lassen, wenn nicht durch Knyschewskijs Darstellung der ganze Wahn der breit geführten »Beutekunst«-Debatte in wünschenswerter Deutlichkeit hervorträte. Die Rote Armee, eine kriminelle Vereinigung von Vergewaltigern und Dieben – »Was schon kann man von Menschen erwarten, wenn den angreifenden Truppen Nachschubkolonnen hochrangiger Plünderer folgen!« – ; Stalin: ein schlechter Imitator Hitlers; die »gleichgeschalteten« Sowjets: Dilettanten, die nur durch die Zufuhr deutscher Hochtechnologie kurzfristig auf der Höhe der Zeit produzierten.

Hingegen die anständigen Deutschen, die »im Gegensatz zu Stalin erwiesenermaßen bemüht waren, sich gegenüber der Kirche loyal zu verhalten« und die russisch-orthodoxen Kirchen nicht antasteten (eine dreiste Lüge), »deutsche Konstrukteure und Radarspezialisten«: als menschliche »Kriegsbeute und Unterpfand der Vergeltung« schwer mißbraucht.

Es erheitert doch, wie selbstverständlich in diesem Buch ganz neue Aspekte des »Kulturraubs« ins Spiel gebracht werden. Nun wird also auch die Internierung von Nazi-Wissenschaftlern auf die Wiedergutmachungsliste gesetzt. Deutschland sei dadurch um »intellektuelles Eigentum ... an wissenschaftlich-technischem Know-how« gebracht worden. Im Vorwort zu *Moskaus Beute* schreiben Peter Weiss und Ansgar Graw (letzterer Pressesprecher des SFB und neurechter Autor aus dem Umkreis von Karlheinz Weißmann; s. KONKRET 10/1993), Knyschewskij verstehe es, den »Raub von Vermögen, Kulturgütern und Intelligenz aus Deutschland frei von nationalistischer Parteinahme mit seriöser Objektivität« zu »untersuchen«. Ein Satz, der sich selbst widerlegt.

Es ist nicht weiter erstaunlich, daß sich die neue Rechte die in Deutschland nahezu einhellig geforderte Rückgabe von »Beutekunst« zu eigen macht. Sie hat zu den bereits erhobenen Forderungen phantasievoll neue hinzugesetzt. Lange kann es nicht mehr dauern, bis deutsche Politiker von den USA eine Auslösesumme für Wernher von Braun verlangen.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 6/95 über Franois Mitterrand

Konkret 07/95, S. 54

Klaus Bittermann

Buch des Monats: Dekonstruktion eines Mythos

Tom Segev: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1995, 764 Seiten, 68 Mark

Als Siebzehnjähriger wurde Michael Goldman in einem Zwangsarbeiterlager in der Nähe von Przemysl (Polen) vom Lagerkommandanten Schwammberger mit 80 Peitschenhieben bewußtlos geschlagen. Er überlebte und kehrte nach Israel zurück, wo er die Geschichte seinen Verwandten erzählte. Sie glaubten, er übertreibe. Dieser Zweifel »war der einundachtzigste Schlag«. »Ähnliches«, schreibt Primo Levi in seinem Bericht *Die Atempause*, »hatte ich, hatten wir alle in den Nächten von Auschwitz geträumt: zu sprechen und nicht angehört zu werden, frei zu sein und allein zu bleiben.« Der deprimierende Traum wurde schnell wahr und ließ die Lagerhäftlinge am Sinn ihres Davongekommenseins zweifeln, denn viele bezogen ihren Willen zu überleben einzig aus dem Vorsatz, der Welt von ihrem Schicksal zu berichten und Zeugnis abzulegen von den Verbrechen der Nazis. Sie schrieben Tausende von Büchern, aber es gab kein Publikum dafür, weil ihre Erinnerungen nur das enthielten, was mitteilbar war: eine Auflistung von Grausamkeiten, mit der das Außergewöhnliche der Verbrechen nicht erfaßt werden konnte.

»Selbst wenn man alle Dokumente studieren würde, wenn man sich alle Berichte anhören, alle Lager und Museen besuchen und alle Tagebücher lesen würde, käme man noch nicht einmal in die Nähe jenes Tors zur ewigen Nacht. Das ist die Tragik, die der Überlebende erkennt. Er muß eine Geschichte erzählen, die nicht erzählt werden kann. Er muß eine Botschaft überbringen, die nicht überbracht werden kann ... In diesem Sinne hat der Feind ironischerweise sein Ziel erreicht. Da er das Verbrechen über alle Grenzen hinweg ausweitete und da es keine Möglichkeit gibt, diese Grenzen anders als durch Sprache zu überschreiten, ist es unmöglich, die ganze Wahrheit über seine Verbrechen mitzuteilen« (Elie Wiesel). Die Nichtmitteilbarkeit des Verbrechens war jedoch nicht nur ein sprachliches, sondern auch ein politisches Problem.

Die jüdischen Displaced Persons (staatenlose Flüchtlinge) versuchten nach Ende des Krieges, so schnell wie möglich nach Palästina zu entkommen, vor allem, weil Diskriminierung, Verfolgung und Pogrome mit der Befreiung durch die Alliierten keineswegs aufgehört hatten. 90.000 jüdische Flüchtlinge kamen trotz der restriktiven Einwanderungspolitik der britischen Mandatsmacht in der zweiten Jahreshälfte 1945 nach Palästina, 60.000 in den Jahren vor der Gründung des Staates Israel und 200.000 danach. Fast ein Drittel der Bevölkerung waren Überlebende des Nationalsozialismus. Kein Wunder also, daß der Holocaust eine entscheidende Rolle im Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft spielte. Der in Jerusalem lebende Journalist Tom Segev hat diese Rolle in einem fast 800 Seiten umfassenden Buch ausführlich, detailliert und kenntnisreich untersucht. Seine sich aus vielen Einzelreportagen zusammensetzende und gründlich recherchierte Studie *Die siebte Million – Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung* beschreibt das Verhältnis der Israelis zum Holocaust und die mit der Zeit sich entwickelnde Instrumentalisierung des Holocaust als *Ersatzreligion*. Die Zionisten hatten daran einen entscheidenden Anteil, weshalb die Säulenheiligen der Geschichte Israels bei Segev nicht gut wegkommen. Das hat ihm in konservativen Historikerkreisen in Israel den Ruf eingebracht, Geschichtsrevisionismus zu betreiben.

Tom Segev ist jedoch alles andere als ein israelischer Nolte. Was man ihm vorwirft, ist, daß er in seinem Buch auf das Offensichtliche verweist, nämlich darauf, daß der zionistischen Führung mehr am Aufbau des Landes gelegen war als an der Rettung der europäischen Juden. Ben Gurion jedenfalls machte nie einen Hehl aus seiner pragmatischen Haltung, nach der sich alle Bemühungen auf die Gründung, Verteidigung und Konsolidierung des jüdischen Staates zu konzentrieren hatten. Diese Haltung wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Zionisten gar nicht oder kaum die Möglichkeit hatten, den europäischen Juden zu helfen. Dennoch hält sich bis in die Gegenwart der Mythos, daß die jüdische Gemeinde in Palästina, der Jischuw, genau das getan hätte. Für Segev aber ist das Gegenteil der Fall gewesen. In einem internen Strategiepapier hieß es damals: »Uns ist inzwischen bewußt, daß wir nicht im Traum daran denken können, mehr als 12.000 oder auch mehrere 10.000 Juden zu retten. Wenn die Anstrengungen des Komitees daher voraussichtlich nur zu äußerst geringen Ergebnissen führen, müssen wir aus ihnen wenigstens politischen Nutzen ziehen. Dies erreichen wir aus zionistischer Sicht dann, a) wenn alle Welt weiß, daß Palästina als einziges Land bereit ist, die geretteten Juden aufzunehmen, und der Jischuw die einzige Gemeinde ist, die sie integrieren will; b) wenn alle Welt weiß, daß die Initiative zur Rettung der europäischen Juden von zionistischen Kreisen ausgeht; c) wenn die vor Vernichtung bewahrten Juden im Laufe des Krieges oder nach Kriegsende erfahren, daß die zionistische Bewegung und der Jischuw versucht haben, sie zu retten.«

In Wirklichkeit, schreibt Segev, sei der Zionismus als Bewegung gescheitert, weil er die Mehrheit der Juden nicht davon überzeugen konnte, nach Palästina auszuwandern, solange dies noch möglich war. »Sie haben nicht auf uns hören wollen«, klagte Ben Gurion, und darin schwang der Vorwurf an die Überlebenden mit, nicht auf die Warnungen der Zionisten gehört zu haben. Aber es ist nicht nur dieser an die Strafe eines höheren Gerichts mahnende Tadel, der Segev an der zionistischen Führung ärgert, es ist deren »schreckliche Gleichgültigkeit« gegenüber dem Schicksal der europäischen Juden, es ist das

politische Kalkül, mehr Energie darauf zu verwenden, die Leute glauben zu machen, die Zionisten hätten alles Menschenmögliche zur Rettung der verfolgten Juden unternommen. Erst Ende 1942 hatte man in Palästina begonnen, die Berichte über die planmäßig betriebene Massenvernichtung ernstzunehmen, und dennoch wurde sie kein Thema, das über einen längeren Zeitraum für Schlagzeilen gesorgt hätte. Aufmacher über Sportveranstaltungen verdrängten die Nazigreuel auf eine kleine Notiz im Innenteil. Für Segev schon allein deshalb unverständlich, weil man aus journalistischer Sicht das Sensationelle der Nachricht nicht erkannte.

Ein neuer, starker Menschentypus sollte gemäß der zionistischen Ideologie in Palästina heranwachsen. Als Abgesandte des Jischuw jedoch die Lager der Displaced Persons in Deutschland besuchten, waren sie schockiert. Die heruntergekommenen, armseligen Gestalten entsprachen nicht im geringsten ihren Idealvorstellungen, und es sah ganz so aus, als ob nur die »schlechtesten Elemente des jüdischen Volkes« in den Lagern überlebt hätten, »unbrauchbares Menschenmaterial«, das den anderen das Brot gestohlen hatte. Die Flüchtlinge mußten sich also als erstes für ihr Überleben rechtfertigen. Was interessierte, war nicht das, was sie durchgemacht hatten, sondern warum sie nicht rechtzeitig nach Palästina geflüchtet waren und warum sie sich nicht zur Wehr gesetzt hatten. Die Zionisten setzten den Holocaust mit »Heroismus« gleich, d.h. er kam nur vor als Aufstand des Warschauer Ghettos und als Einsatz jüdischer Brigaden. Die Bedeutung der Begriffe war identisch, weil der Gründungsmythos der israelischen Nation nur auf ein siegreiches Volk Bezug nehmen konnte, und nichts durfte daran erinnern, daß ein großer Teil dieses Volkes trotz erfolgreichen Unabhängigkeitskrieges in Palästina eine in den Augen der Zionisten so unrühmliche Rolle gespielt hatte, als es sich »wie Lämmer zur Schlachtbank« hatte treiben lassen. Im gesetzlichen Feiertag zum Gedenken des Holocausts wird der Opfer auch heute noch nur als »Helden und Märtyrer« gedacht.

Die Verachtung, die den Überlebenden entgegenschlug, war genaugenommen eine Reaktion des schlechten Gewissens darauf, daß man in Palästina nicht genügend getan hatte. Darüber beklagte sich selbst ein so hochangesehener Mann wie Jizchak »Antek« Zuckermann, der Stellvertreter des Anführers im Warschauer Ghetto-Aufstand, Mordechai Anielewicz. Zuckermann konnte nicht verstehen, warum sich die Abgesandten des Jischuw nach Kriegsende solange Zeit ließen, bis sie nach Polen kamen. »Ich vergebe euch alles«, sagte er, »aber ich kann euch nicht verzeihen, daß ihr in diesen letzten acht Monaten nicht zu uns gekommen seid.«

Ähnlich wie in Deutschland herrschte auch im Israel der Nachkriegszeit das große Schweigen über den Holocaust. Die Täter und Mitwisser im besiegten Deutschland schwiegen, weil ihnen die ganze Angelegenheit peinlich war und weil man natürlich praktische Konsequenzen befürchtete; die nach Palästina geflüchteten Opfer schwiegen aus Scham, überlebt zu haben. »Eine Art dunkles Familiengeheimnis« nennt Segev die Tatsache, daß in den vierziger und fünfziger Jahren nicht über den Holocaust gesprochen wurde. Zwar nicht der entscheidende Grund, aber ein Grund mehr, der dazu beitrug, daß 1949 unter den Neueinwanderern ein Anstieg der Selbstmordrate verzeichnet wurde und zu Beginn der fünfziger Jahre Tausende Israel wieder den Rücken kehrten.

In jener Zeit also, als der Holocaust lediglich ein Abschnitt in der individuellen Biographie der Überlebenden war, nahm die israelische Regierung erste diplomatische Kontakte mit der Adenauerregierung auf und beschloß am 30. Dezember 1951, über Reparationen zu verhandeln. Dieser Entscheidung folgte eine erregte Debatte in der Knesset und in der israelischen Öffentlichkeit. Der Holocaust wurde nun zum Stoff für die politische Auseinandersetzung zwischen Ben Gurions regierenden Sozialdemokraten und der rechtsgerichteten Cheruth Menachem Begins, der die Gefühle der Überlebenden demagogisch auszunutzen versuchte (laut einer Umfrage waren 80 Prozent der Israelis gegen direkte Verhandlungen mit Deutschland).

Um historische Symbole und die Instrumentalisierung des Holocaust ging es auch im Verleumdungsprozeß gegen Reszo Kastner, der als Leiter des jüdischen Rettungskomitees in Ungarn mit der SS über den Austausch von Juden gegen Lastwagen verhandelt und von Eichmann die Erlaubnis erhalten hatte, 1.685 Juden in einen Sonderzug in Richtung Schweiz zu setzen. Weil Kastner sie ausgesucht hatte und weil sich darunter auch einige seiner Verwandten befanden, wurde ihm vorgeworfen, aus persönlichen Motiven gehandelt zu haben. Da Kastner den Sozialdemokraten nahestand, wurde der Prozeß zu einer Anklage gegen die Regierung Ben Gurion umfunktioniert. Noch vor Beendigung des Prozesses fiel Kastner einem politischen Attentat zum Opfer. In der öffentlichen Diskussion über die »Affäre Kastner« ging es immer wieder um die Frage von Ehre und Kollaboration sowie darum, wer am meisten für die Rettung der Juden unternommen hatte, aber die Debatte verriet auch viel vom Unverständnis der in Palästina aufgewachsenen Israelis, die sich das Recht herausnahmen, über die dem Holocaust entkommenen Juden zu urteilen.

Erst mit der Gefangennahme Eichmanns in Argentinien im Mai 1960, die aufgrund von Informationen des als Oberstaatsanwalt in Hessen arbeitenden und von den Nazis verfolgten Juden Fritz Bauer zustande kam, änderte sich das Verhältnis der israelischen Gesellschaft zum Holocaust und verlor in der öffentlichen Auseinandersetzung den Charakter des parteipolitischen Kalküls. »Der Schlüsselbegriff in allem, was in jenen Tagen gesagt und geschrieben wurde, war das ›wir‹; seit den Tagen der Unabhängigkeitserklärung hatten die Israelis kein so starkes Gefühl von nationaler Einheit mehr erlebt«, notiert Segev. Der Eichmann-Prozeß sollte zum größten und erfolgreichsten nationalen Erziehungsprojekt seit der

Staatsgründung werden. Eichmann wurde als »Erzkannibale«, als »Satan« und als »Raubtier auf zwei Beinen« dämonisiert, und der Vertreter der Anklage, Gideon Hausner, war weniger darum bemüht, Eichmann konkrete Tatbeteiligung nachzuweisen, als vielmehr den Holocaust in seiner Gesamtheit zur Sprache zu bringen. Als Hannah Arendt ihre Prozeßkritik (*Eichmann in Jerusalem*) im »New Yorker« veröffentlichte, schien sie die nationale Bedeutung des Prozesses unterschätzt zu haben, in dem sich politische Interessen und tiefgehende Emotionen bündelten. Sie gehörte zu jenen bekannten jüdischen Intellektuellen, die schon seit Jahren den extremen israelischen Nationalismus kritisiert und dem jüdischen Staat Rassismus vorgeworfen hatten, weil dieser in der Behandlung der arabischen Minderheit nicht zimperlich war. Aber als sie von einem von Ben Gurion inszenierten »Schauprozeß« sprach und feststellte, daß Eichmanns Charakter keineswegs deformiert oder besonders teuflisch war, sondern dem eines ganz normalen Menschen entsprach, daß das Böse mithin nichts Monströses, sondern etwas sehr Banales sei, da wurde sie überrascht von der einhelligen Empörung, die ihre Thesen beim jüdischen Establishment hervorriefen, und deprimiert von den Vorwürfen, die man ihr machte (z.B. daß sie »das jüdische Volk« nicht genügend liebe). Selbst Segev merkt an, daß Arendt »voller Zorn« geschrieben habe, »was ihrem Buch nicht gut tat«. Bis heute ist Arendts »Bericht von der Banalität des Bösen« in Israel nicht erschienen.

Waren in den ersten Jahren Israels die Holocaust-Überlebenden oft verächtlich als »Seife« tituliert worden (zu der die Nazis einer Legende zufolge Juden verarbeitet hätten), so standen sie während des Eichmann-Prozesses im Mittelpunkt des Interesses. Der Konflikt zwischen den europäischen Flüchtlingen und den palästinensischen Juden wurde nun zum ersten Mal durch eine »kollektive Identität« als tatsächliche oder potentielle Opfer überwunden. Eine Identität allerdings, die nicht erst mit dem Juni-Krieg 1967 wieder fragwürdig wurde, als Begin und Schamir die Palästinenser und die arabischen Staaten als Nachfolger Hitlers bezeichneten, um die Vernichtungsängste in der israelischen Gesellschaft zu schüren, wobei ihnen allerdings die Hardliner der anderen Seite entgegenkamen. (»Es ist kein Trost«, schrieb der für jüdisch-arabische Verständigung eintretende Kurt Blumenberg schon 1960 an Hannah Arendt, »sich die blutrünstigen Reden der Araber anzuhören, die Hitler als ihren Gott verehren und jeden Tag erklären, daß die Juden verseift werden müßten.«)

Aber auch jenseits seiner politischen Instrumentalisierung spielt der Holocaust eine wichtige Rolle im Selbstverständnis des jüdischen Staates, weil er, wie Segev vermutet, außerhalb religiöser Werte »das emotional stärkste Element« der jüdischen Geschichte ist. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in Israel aus der Beschäftigung mit dem Holocaust eine eigene Kultur wurde und diese als Erinnerungskultur blüht und gedeiht. Segev widmet ihr ein ganzes Kapitel, und darin wird deutlich, wie sich der Holocaust zur Ersatzreligion gewandelt hat. Leicht könnte man sich darüber lustig machen, aber wer eine solche Neigung verspürt, sollte einen Blick auf die deutsche »Gedenkkultur« werfen. Ausgerechnet hierzulande nämlich ist viel von Versöhnung über die Gräber hinweg die Rede, die man generös den von den Deutschen unterworfenen Völkern anbietet, und in schwiemeligen Festtagsreden zum 50. Jahrestag der deutschen Niederlage beweihräuchert man sich gegenseitig: »Also müssen wir wachsam bleiben. Dazu müssen wir uns erinnern. Nur wer sich erinnert, kann Gefahren für die Zukunft bannen ... Wir brauchen eine lebendige Form der Erinnerung. Sie muß zur steten Wachsamkeit und zum Kampf gegen Wiederholungen ermutigen ... Nichts darf verdrängt werden, nichts darf vergessen werden. Wir tragen Verantwortung dafür, daß sich so etwas nie mehr wiederholt.« Die edlen Worte, die Roman Herzog beim Festakt in Bergen-Belsen in den öffentlichen Raum streute, erklären nichts und machen nichts begreifbar. Sie sind Teil einer rituellen Beschwörung, mit der das Böse in der Welt mit guten Worten gebannt werden soll.

Tom Segev vermutet, daß die Erinnerungskultur in Israel dem Bedürfnis entspreche, »sich selbst und der Welt gegenüber seine Existenz zu rechtfertigen«, weil die meisten Juden nach wie vor lieber in anderen Ländern leben und weil die meisten arabischen Nachbarstaaten Israel nicht anerkennen. Mit diesen Problemen hatte Deutschland nie zu kämpfen. Daß der Holocaust jedoch hierzulande auch nach der Wiedervereinigung noch eine enorme Gedenkkonjunktur hatte, als viele glaubten, nun könne die Vergangenheit endlich ad acta gelegt werden, erklärt sich nicht nur aus dem historischen Abstand, der für eine biologische Lösung des Täterproblems gesorgt hat, sondern auch daraus, daß man in Deutschland eine gewisse Genugtuung darüber empfindet, einmal für eines der größten welthistorischen Ereignisse gesorgt zu haben.

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 4/95 über den Fall John Sack

Konkret 07/95, S. 57

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ernest, du hast uns verlassen
Qua Whisky und Barbiturat
Wir bedauern und wir betrauern
Deine suicitrophe Tat

Klar müssen wir alle mal gehen
Nach Ablauf unserer Frist
Doch wir können und wollen nicht dulden
Warum du gegangen bist
Du trugst nicht an einem Berg Schulden
Warst karzbeschwerdefrei
Und warst als Entertainer
Ein gefragter Adabei

Du hattest das Zeug für die Neunzig
Denn du warst wie das Pumperl gesund
Und hattest weder mit Onkeln noch mitnichten
Einen Handandichlegegrund

Ja, du hattest das Zeug für die Neunzig
Doch du sagtest: Es hat keinen Zweck
Und du warfst deinen silbernen Löffel
Mit grademal achtzig weg

Du hast uns als Sexeducator
Einst in die Weisheit gewiegt
Daß schlußendlich das weiche Streicheln
Den harten Hammer besiegt

Daß der Bube dem Mädel zum Wohl sei
In dessen Zentrum der Sensität
Mit Fingerspitzemgefühle
Und nicht mit grobem Gerät
Daß des Buben Trieberfüllung
Sich vollziehe im Lustzugewinn
Der knallhart weich durchgestreichel
Ten pi pa po Partnerin

Und dann? Verrätst du das Credo
Und sprichst dem Sanftersex Hohn

Und konvertierst zum bitteren Ende
Zur reaktionären Erektion

Und sagst im blöden Fernsehn
Dein Erektionsschwächesprücherl auf
Nein, Ernest, dies dünkte uns doch denn
Schofelster Ausverkauf
Aus dem Leben vorzeitig Scheiden
Weil ER einem nicht mehr recht steht
Dies, Ernest, ist unsres Erachtens
Ein charakterliches Debet

Nein, dies ist keine Lösung
Nein, dies ist leider kein Lied:
Erektionsschwache aller Länder
Auf auf zum Suicid

Denn: Ist der Ständer schon in der Jugend
Ein dem Blinddarm gleich unnützes Trumm
Wie erst fragt es sich eindringlichst
Im Alter nach des Ständers Warum

Wir sind noch keine sechzig
Und wie oft schon war UNSERER weich
Weich wie ein Velvetaeckchen
Aber suicidierten wir deswegen gleich?

Nein, wir streichelten unsre Mädels
Und unseres Streichelns Lohn
War ihres bebenden Beckens
Langgezogener Tschinellenton

Streicheleinheit für Streicheleinheit
Taten wir unsere Pflicht
Und ob er uns stand oder nicht stand
Bekümmerte uns nicht

Du, Ernest, hast alles vergessen
Und nichts hast du mehr bedacht
Als du dich wegen eines lausigen Hängers
Von der schönen Welt hast fortgemacht

Sinnlos ist dein Suicid, doch auch Mahnung
Und Warnung vor dem Bubenschmarrn
à la nicht ganz bei Troste

Auf den Ständer abzufahrn

Konkret 07/95, S. 58

Klinkmann, Schneider

Mumbo Jumbo

Seit 30 Jahren hat der afroamerikanische Schriftsteller Ishmael Reed ein diebisches Vergnügen daran, sich unbeliebt zu machen. Einerseits genießt er als Pionier des postmodernen Romans in den USA vorzügliche Hochachtung, andererseits fürchtet das Kulturestablishmentdie Schärfe, mit der er das Einverständnis des Kulturbetriebs mit den Zuständen in den USA kritisiert. Hierzulande ist Reeds umfangreiches Werk bislang noch so gut wie unbekannt

Ishmael Reed kennt Lob und Tadel: »controversial« (Henry Louis Gates), »perversly misogynistic« (Michele Wallace), »bitchy« (Greg Tate), »Garcia Marquez« (»NY Times«), »arsehole« (Amiri Baraka), »my friend« (Amiri Baraka). Seit Erscheinen seines ersten Romans, einer Mischung aus Bildungsroman und Orwellparodie (*The Free Lance Pall Bearers*, 1967) hat er kaum eine Gelegenheit ausgelassen, sich unbeliebt zu machen. Zwar beschreiben alle seine Romane die ausbeuterische und rassistische US-Wirklichkeit und ihre suprematistischen Subtexte, gleichzeitig ärgert er aber auch deren Gegner mit satirischen Attacken auf die Tendenz, dissidente Ansichten und Strategien zu monopolisieren. So läßt er zwar am Ende von *Pall Bearers* seinen verwirrten Helden Bukka Doopeyduk die Diktatur des seit Jahrzehnten ans Klo gefesselten ehemaligen Gebrauchtwagenhändlers Harry Sam beenden; bis dahin aber entwickelt der Roman ein kompliziertes Geflecht konspirativer Zusammenhänge, in die Black-Power-Aktivisten, Integrationisten und afronationalistische Künstler ebenso verwickelt sind wie die üblichen Verdächtigen. Heute schimpft Reed auf die akademische Mafia mit Henry Louis Gates als feistem Paten und auf ihre »frankophilen und ästhetizistischen« Theorien. Diese verlängerten die von W.E.B. Du Bois stammende Forderung nach Ausbildung und Führung einer schwarzen Elite, dem »Talented Tenth«.

»Mein neues Theaterstück ›The preacher and the rapper‹ (seit Anfang November 94 im ›Nuyorican Cafe‹ in der New Yorker Lower East Side, Vf.) nimmt sich die Konflikte zwischen der christlichen Kirche, der afroamerikanischen Bourgeoisie und den Rappern vor. Ich stehe natürlich auf Seiten der Rapper – die brillanteste musikalische Bewegung seit Bebop – , weil ich aus derselben Tradition der städtischen Gettos und der *wild tales* komme. Die Leute im Osten können weiter marxistischen, existentialistischen oder anderen europäischen Traditionen anhängen. Ich finde, daß wir als Amerikaner genug Anknüpfungspunkte in unserer eigenen Geschichte finden ... Ich glaube, wir sind in einer Position, aus der heraus man provozieren muß und keine Gefangenen machen darf, weil man die Wahrheit sagt. Wie ein Trickster eben. Das bringt einen natürlich überall in Schwierigkeiten. Der Trickster hat die Aufgabe, eine Stinkbombe in die Cocktailparty zu werfen.«

Als ästhetische Technik hat dieser provokatorische Anspruch Reed sowohl als afroamerikanischen wie postmodernen Schriftsteller berühmt gemacht. Als kritisches Instrument trübt er nicht selten den Blick seiner nicht-fiktionalen Einmischungen in Form von Zeitungsartikeln, Talkshows und Essays (zuletzt *Airing Dirty Laundry*, 1993). Gelegentlich hat es den Anschein, Reeds Herz sei genauer positioniert als sein Kopf. Lautstarke Polemik und persönliche Angriffe, punktuelle Einwände, die zu trotzigen Rundumschlägen werden, machen es leicht, ihn zum antifeministischen Buhmann, zum antiintellektuellen Polemiker und kleinbürgerlichen *applepie*-Schwärmer zu stempeln. Sein individualistischer Impuls gegen jede echte oder vermeintliche Blockbildung führt zu merkwürdigen Allianzen, multikultureller Hysterie und beleidigten Kurzschlüssen. So beispielsweise, wenn er in einem Essay über die Entwicklung seines Stadtteils in Oklahoma die wachsende Drogenkriminalität zum Anlaß nimmt, nach der Staatsgewalt zu rufen und mit der Bürgerwehr zu drohen; wenn er in einem langen Aufsatz die vom Kapitalismus zunichte gemachten Segnungen des freien Handels preist; oder wenn er im Verlauf der Debatte um Spielbergs Film »The Color Purple« und Reeds Roman *Reckless Eyeballing* ausseiner berechtigten Sorge, Spielbergs Film affirmiere alle gängigen weißen Vorurteile gegenüber afroamerikanischen Männern, den Vorwurf formuliert, schwarze Feministinnen seien von »white suburban middleclass women« fremdgesteuert, die alle sexistischen Übel dem schwarzen Mann zuschreiben wollten.

Als Erklärung für derlei Ausfälle bringt Reed die »gerechtfertigte Paranoia« afroamerikanischer Männer in Anschlag: »Man wartet auf Clarence Thomas, um ein großes Ding aus sexueller Belästigung zu machen, man wartet, bis O.J. Simpson Schwierigkeiten hat, um ein großes Ding aus einem Eifersuchtsmord zu machen, man wartet, bis Michael Jackson in Schwierigkeiten gerät, um ein großes Ding über Pädophilie zu veranstalten. Sie warten, bis Leon Byas, der Basketballspieler, reinfällt, um über Kokain zu sprechen, sie benutzen Mike Tyson, um über *date raping* zu sprechen. So geraten wir dahin, die Hauptrollen in amerikanischen Immoralitätsinszenierungen zu übernehmen, und das übt einen gewaltigen Druck auf afroamerikanische Männer aus.«

Reeds Hauptanliegen aber gilt den ästhetischen Fragen und Prinzipien, die in der *melting pot*-Ideologie der USA untergehen. Die von ihm 1976 mitbegründete »Before Columbus Foundation« versteht sich als Gegenveranstaltung zum etablierten Literaturbetrieb. Mit der Veröffentlichung und jährlichen Prämierung unbekannter »ethnischer« Autoren wurde die BFC zum Prototyp institutionalisierter Transkultur: »Ich mag das Wort Multikultur nicht mehr, seit es so

kommerzialisiert wurde. Es gibt ja mittlerweile eine ganze Industrie, die darauf aufgebaut ist, und sie dient vor allem einem Haufen Intellektueller als Karrieresprungbrett. Ich nenne meine Vorstellung davon lieber *powow*, nach einem Begriff der *Native Americans*: Leute treffen sich und tauschen sich aus: ihre Rituale, Tänze, Geschichten. Unser Punkt ist, daß man seinen eigenen Hintergrund nicht vergessen muß, um eine andere Kultur anzunehmen.«

Die Vorträge, die Reed Ende letzten Jahres in Frankfurt, Bonn und Berlin über »12.000 Jahre amerikanischer Literatur« gehalten hat, erzählen von Totempfählen in Alaska und japanischen Ideogrammen, von spanischen Eroberern und jiddisch-amerikanischer Literatur der Jahrhundertwende, von der Harlem Renaissance und den sozialistischen Rebel Poets der dreißiger Jahre sowie von jungen Schriftstellern wie Trey Ellis und Paul S. Beatty. Ziemlich cool zerstört er den puritanischen Mythos USA und präsentiert eine neue amerikanische Literaturgeschichte wie eine Dauerwerbesendung, um sich schließlich in der völligen Ethnisierung von allem und jedem zu verlieren.

Reed hält seine Vorträge ebenso ungern im Sitzen wie unter Zuhilfenahme von Notizen. Dankbar nutzt er jede Gelegenheit, zur Tafel zu rennen und *kandschi*-Schriftzeichen oder Autorennamen in flüchtiger Schrift anzubringen. Ständig unterbricht er sich, um in einem Nebensatz einzelne Kollegen und das gesamte Establishment zu geißeln, Eskimos zu retten und die »Village Voice« zurechtzuweisen. In einer der vielen Abschweifungen dekonstruiert er seine eigene *blackness* als irisch-afrikanisch-cherokee und verweist auf die Haltlosigkeit biologischer Determinierung. Durch Benennung einer Unmenge von Bindestrichamerikanern läßt er dabei allerdings die jeweiligen Volksgruppen und ihre kulturellen Leistungen erst recht in den Vordergrund treten.

Die befremdliche Vehemenz seiner Herkunftsmarkierungen erklärt er aus der besonderen Situation der USA: »Das Problem des Assimilationskonzepts liegt darin, daß es das Land nach Hautfarben, ethnischer Herkunft oder *race* einteilt. Das Gute an Ethnizität ist, daß die Beschäftigung mit dem eigenen Hintergrund auch geschichtliche Erkenntnis fördert: z.B. die Erinnerung daran, daß nicht alle Italiener direkt von Ellis Island in die Vorstädte kamen, sondern kämpfen mußten. Viele Einwanderer mußten sich mit denselben Vorurteilen herumschlagen, die ihre Nachfahren heute gegen uns benutzen. Ein anderes Beispiel ist das irisch-amerikanische Magazin ›The National Review‹ – sie würden es nicht irisch nennen, aber wenn sie einen schwarzen Herausgeber hätten, wäre es ein schwarzes Magazin – , in dem es vor kurzem wieder mal um ›Rasse und Intelligenz‹ ging. Und zwar anläßlich von *The Bell Curve* von Charles Murray (vgl. KONKRET 11/94) – übrigens wie die meisten Gründungsmitglieder des Ku-Klux-Klan schottisch-irisch. ... Früher gab es dreißigtausend irische Sklaven auf den Plantagen. Die Iren waren die armen Weißen des Südens. Es gab da keine Probleme mit den Afrikanern – ich habe zwei irische Vorfahren. Und jetzt kommen sie wieder mit dieser Scheiße von der genetischen Benachteiligung, und von NBC zur ›NY Times‹ steigen alle darauf ein!«

Reeds ambivalentes Verhältnis zum Nationalismus zeigt sich nicht nur an diesem intellektuellen Manöver zur Eliminierung ethnischer Differenz durch deren Betonung. Angesichts der alltäglichen Rassifizierung fallen ihm eindeutige Bekenntnisse schwer. Widersprüche und Mißverständnisse sind die Folge.

Reeds Problem ist seine individualisierende Haltung zur Politik, die der Ethnisierung und Nationalisierung der sozialen Welt eher hilflos gegenübersteht. Sei-ne Haltung ist die eines romantischen, aber zivilen Bürgers, der sich darüber im klaren ist, daß »die Chancen, die man im künstlerischen Bereich hat, nicht unbedingt aufdem *street level* zu verwirklichen sind, wo sich die Leute im Kampf um politische Macht und Einfluß in ethnischen Blöcken organisieren«.

Bereits seine ersten Gedichte und Romane verschafften Reed Kritikerlob und ein bemerkenswertes Medienecho im von Bürgerrechts- bis Black-Panther-Bewegung sensibilisierten Amerika. Später, in den mittleren Achtzigern, traf auch Reed das vermeintlich für auf Special interest reduzierbare Schreiber typische Schicksal, dem nur ein paar Autoren in ökonomisch bedingten Zyklen in die Regale von Dritte-Welt-Bücherstuben und Übersetzern entkommen, um im günstigen Moment als schwarze, gelbe, braune Nobelpreisträger zu Stapelware im Mediastore zu werden.

Gegenwärtig sind alle seine neun Romane und vier Essaybände erhältlich, denn seit einiger Zeit wird der bald 57jährige Schriftsteller wieder stark nachgefragt. Neuauflagen in den Vereinigten Staaten, Erstveröffentlichungen in England, Übersetzungen in verschiedenen europäischen Ländern und in Japan (in Deutschland bisher nur *The Terrible Twos* als saisonal vermarktete *Weihnachtsmannconnection* im Fischer Verlag.) Nicht unbeteiligt an diesem Boom dürfte die zentrale Position sein, die Henry Louis Gates Reeds drittem Roman, *Mumbo Jumbo*, in seiner afroamerikanischen Literaturtheorie *The Signifying Monkey* zugewiesen hat (Signifying ist, »wenn man dem Sklavenhalter den Kopf abschneidet und ihn glauben macht, er bekäme Pralinen«, sagt Reed). Kein anderer Roman verkörpert das von Gates beschriebene Prinzip der doppelten Verdopplung, der Affirmation und Kritik von afroamerikanischer Tradition und westlichem Kanon, so nachdrücklich wie *Mumbo Jumbo*.

Aber auch jenseits hipper Literaturtheorie und politisch korrekter Geschichtsschreibung ist Reeds ästhetischer Entwurf originell und spannend. Seine Prosa ist in ihren besten Momenten so prall und glamourös, daß sie einem Graffito über die wilden letzten 30 Jahre gleicht. Sein als Gegenentwurf zum Programm der »social realist gang« unter den Black-Arts-

Vertretern entwickeltes »NeoHoodoo«-Verfahren verzichtet auf offene Anklagen zugunsten satirischer Verfremdungen und spielerischer Denunziation. NeoHoodoo ist Reeds Version des mit karibischen, südamerikanischen und katholischen Elementen angereicherten Vaudou-Kultes. Er versammelt die verfügbaren Mythen und Märchen zur Feier der Vielfalt einer mit situationistischer Ungeduld beschriebenen Welt. »Charlie Parker«, findet Max Roach, »George Clinton«, analogisiert »The Face«. Ob Be-Bop-Prosa oder Funkadelic Poems, in Reeds besten Arbeiten liegt der Rhythmus da, damit ihn einer aufgreift.

»Ich gehöre zu den Leuten, die nicht verstehen können, wie man immer und immer wieder in derselben Form schreiben kann. Die meisten Romane der amerikanischen Literatur könnten von derselben Person geschrieben worden sein. Ich wollte den Roman erweitern und das tun, was ich bei einigen Malern gesehen hatte.Ich wollte nichts schreiben, was im 19. Jahrhundert bereits sicher gewesen wäre. Diese Einstellung lag in den Sixties bei den Schriftstellern, Künstlern und Musikern, mit denen ich zu tun hatte, in der Luft ... Heute, und nach vier Jahren Yorubastudium, glaube ich, daß ich eigentlich eine Manifestation der Yoruba-Kultur als der Wurzel afroamerikanischer Kunst in den verschiedenen Amerikas gesucht habe – zum Beispiel habe ich mir meine Konzeption, alle Zeiten zusammenzubringen, Gegenwart, Zukunft und Vergangenheit nicht zu unterscheiden, daher geborgt. Die westafrikanische Religion ist in der Lage, Heilige aus *native american* oder südamerikanischem Glauben zu absorbieren oder sich diesen anzupassen. So gesehen ging es mir schon damals nicht um eine monokulturelle schwarze Ästhetik, sondern um etwas Umfassenderes.«

Mumbo Jumbo entwickelt über dem Thema der Harlem Renaissance, der ersten großen Bewegung schwarzer Kunst in den USA, eine Kollektivimprovisation über Zeitalter und Kontinente, voller Zitate und Anspielungen auf Ideen-, Religions- und Oral Histories. Das Gerüst bildet eine Detektivgeschichte, in der sich Voodoospezialist Papa Labas in New Orleans auf die Suche nach einem verschwundenen Buch begibt, dem Schlüssel für ein seltsames Phänomen, »Jes Grew«, das sich seuchenartig über die USA ausbreitet und Menschen und Verhältnisse zum Tanzen bringt. Labas Hauptkonkurrenten sind die Anhänger des mächtigen »Atonist Path«, eines drögen christlichen Ordens, dessen Geschichte beginnt, als Moses den Blues klaut, und mit Ike Eisenhauer nicht beendet ist (die Erstausgabe des Taschenbuchs von 1971 enthielt noch ein Foto der Watergateverschwörer). Außerdem kämpfen eine Kommandotruppe für die Befreiung von Volkskunst aus den *art detention centers* (Museen), Black Muslims (mit Malcolm X in einer Cameo-Vision), geheimnisvolle Haitianer und einigeim atonistischen Bund stehende korrupteStaats-, Medien- und Industrievertreter. Was da »einfach so« und scheinbar aus dem Nichts wächst, ließe sich als die Musik deuten, die den zwanziger Jahren ihren *nom de guerre* gab: Jazz. Aber der verschwundene Text und die Textur der Suche nach ihm umfassen die ganze schwarzamerikanische Geschichte.

William Burroughs, mit dem man Reed – trotz ihrer ganz unterschiedlichen Methoden – oft verglichen hat, spricht von der Sprache als einem Virus. Der wuchernde Jargon in *Mumbo Jumbo*, die Technik der Zeitsynchronisierung und die Auflösung der Erzählstrukturen lassen sich als Blueprint für postmodernes Schreiben lesen. Gleichzeitig sind sie in ihrer entschieden afrikanischen Referenz ein Hinweis auf die Spuren, die »schwarze Ästhetik« nicht nur auf dem amerikanischen Kontinent gezeichnet hat. Wie anschlußfähig diese auch heute noch ist, kann man bei Greg Tate nachlesen, dessen postmoderne afroamerikanische Ästhetik mit ihrer seitenlangen Aufzählung von internationalen Stilen und Künstlern vermutlich von einer Beschwörungsformel Reeds (der natürlich Erwähnung findet) inspiriert worden ist. Autoren wie Tate folgen Reed auf der Suche nach der Spur des »Jes Grew«.

Reeds beste Essays sind Künstlerporträts und psychogeographische Spaziergänge durch (das schwarze) Amerika. Dabei geht es ihm zum einen um die Korrektur typischer Arroganzen, wie er sie z.B. in einem Aufsatz über Chester Himes notiert: »(Man) nennt Himes den schwarzen Mickey Spillane. Natürlich begann Himes seine ›Kriminalgeschichten‹ lange (1934) vor Spillane (1947) zu veröffentlichen; man fragt sich, warum diese Schwarzopathen Spillane nicht den weißen Chester Himes genannt haben. Aber man weiß es wohl, oder?«

Zum anderen versucht er, geschichtsklitternde Auslassungen, wie sie im Zuge intellektueller Grabenkämpfe durchaus üblich sind, zu verhindern. Daher mußte etwa die mediale Präsenz seinen Argwohn erregen, die ein Henry Louis Gates mit dem Erfolg seiner Theorie erlangte; eine Allgegenwart, die Gates auch von anderen Seiten den Vorwurf einbrachte, zum marktgewandten »instant expert witness« geworden zu sein: »Das Establishment hat sich darauf verständigt, ihn zum Experten für alles zu machen. Dabei kennt er sich beispielsweise weder im Theater noch in der Kunst beson-ders gut aus ... Man erkläre mir, wie einer über afroamerikanische Literatur schreiben kann, ohne Ralph Ellison, Richard Wright, Gwendolyn Brooks oder Margret Walker zu erwähnen – mich übrigens auch nicht. Oder Johnny Williams, den im formalen Sinne reinsten afroamerikanischen Schriftsteller. Diese Leute hat er einfach verschwinden lassen – weil das Bild des Mittelklassemannes, Intellektuellen, Künstlers, Professionals im Moment nicht so interessant ist, wie diese Boyz ‘n the Hood-Pathologie. Zur Zeit hält er’s mit Frauen und Schwulen, das kann sich morgen schon geändert haben ...«

Im Gegensatz zu *Mumbo Jumbo* wirken Reeds übrige Romane gradliniger, eher monothematisch und übersichtlich. Der satirische und kritische Aspekt tritt in den Vordergrund. Das Genrehopping bleibt als Unterbau. In *Flight To Canada*

benutzt Reed die Sklavenerzählungen, in der *Terribles*-Serie die *Gothic Mysteries*, in *Reckless Eyeballing* das Epos wie vor *Mumbo Jumbo* den Western und die Science Fiction. Aber er hält seinen Drang zum Uferlosen zurück, bleibt dichter an seinen Themen, was das Vergnügen an den Grundzügen seiner surrealistischen Comics meist nicht schmälert: ratlose Helden, Figuren, die sprechen wie ihre psychoanalytische Interpretation, abrupte Anachronismen, gefakte und aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, Slang, fröhliches Durcheinanderwürfeln aller für sicher gehaltenen Wahrheiten und Vorgartenmanifestationen.

Im vorläufig letzten Roman, *Japanese By Spring*, zerrt Reed seine Lieblingsgegner aus den akademischen Eliten durch den Dreck. Eine rassistische Universität in Kalifornien wird von Japanern gekauft, die sich eilends daran machen, denselben monokulturellen Hardlinerkurs zu fahren wie die zuvor herrschenden Professoren. Zum neuen Dekan wird vorübergehend der opportunistische Dozent Chappie Puttbutt, der, trotz einer Schleimspur vom größten Afro des Black Power Movement zum entschiedenen Gegner der *Affirmative Action*, im Kampf um eine feste Stelle gegen eine radikale Dichterin verliert. Chappie beginnt einen Rachefeldzug gegen seine Widersacher von früher, darunter mundmilitante schwarze Theoretiker und *die hard*-Feministinnen mit Pensionsberechtigung. Er zwingt den Chef der Geisteswissenschaften, Anfängerkurse in Yorubaliteratur zugeben. Die Fakultät geht als *European Studies* in die Ethnologieabteilung ein. Nach japanischen Intelligenztests, die den Großteil des Lehrkörpers als zu dumm erweisen, entläßt er einige Kollegen, verführt die Frau eines anderen und entdeckt, daß die Invasion nur Deckmantel für ein Komplott gegen den japanischen Kaiser ist. Während Puttbutt immer mehr die Übersicht verliert und die Japaner immer strenger werden, taucht der Autor selbst auf, um irritierte bis belustigte Kommentare und Berichte zur Yorubaisierung seines Diskurses abzugeben.

Die aus seiner Stänkerei folgende Dekanonisierung durch die afroamerikanische Kritik läßt Reed genauso unbeeindruckt wie die gleichzeitige Aufnahme in den *Western Canon* durch den konservativen Literaturwissenschaftler Harold Bloom. Als Professor, Verleger, Texter des von Kip Hanrahan organisierten Jazzprojekts »Conjure« (zwei Veröffentlichungen, u.a. mit David Murray, Carla Bley, Taj Mahal und Bobby Womack) und Schriftsteller hat er genug anderes zu tun. Im Moment schreibt Reed ein Opernlibretto und orientiert sich nebenbei optimistisch auf die Zukunft: »Selbst *Mumbo Jumbo* war nur ein primitiver Versuch, von diesem klassischen Meister-Schreiben wegzukommen. Ich beschäftige mich gerade stark mit Computern, Scannern und Videos. Damit gelingt es mir hoffentlich irgendwann, den ganzen Kram richtig aufzubrechen.«

Klinkmann/Schneider interviewten in KONKRET 1/95 Amiri Baraka

Konkret 07/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Es stand in »Bild«:

300 deutsche Frauen töten jedes Jahr einen Menschen.

Wieviel deutsche Frauen brauchen wie viele Jahre, damit auf dem Balkan Ruhe einkehrt?

Freie Fahrt für eine freie Bürgerin, die vor Zeiten schon die Russen bezauberte:

Bei einem Auffahrunfall auf der Autobahn 61 bei Hockenheim hat die Frau des Bundeskanzlers am Pfingstmontag ein Schleudertrauma erlitten. Wie die Polizei mitteilte, sei Frau Kohl auf regennasser Fahrbahn vermutlich wegen zu geringen Sicherheitsabstands auf ein Fahrzeug aufgefahren, das am Ende einer Verkehrsstauung gestanden habe. Durch den Aufprall habe dieses Fahrzeug noch zwei weitere, davorstehende Autos ineinandergeschoben. Anschließend sei ein nachfolgender Wagen von hinten auf das Auto von Frau Kohl aufgefahren.

Wie Hannelore Kohl die Hockenheimer zusammenschob.

Weltgeschichte in der Programmzeitschrift »Hörzu«, deren Reporterin Angela Meyer-Barg aus Odessa berichtet:

Neben der berühmten Potemkin-Treppe, auf der Sergej Eisenstein 1925 in seinem Klassiker »Panzerkreuzer Potemkin« das Massaker der Rotarmisten an aufständischen Zivilisten inszenierte...

Dem Schlußredakteur, obwohl von Springer, muß diese Version irgendwie unheimlich vorgekommen sein, weshalb er gleich daneben in einer Bildunterschrift Frau Meyer-Bargs Weltgeschichte einer Revision unterzog:

Die berühmte Potemkin-Treppe, benannt nach dem gleichnamigen Panzerkreuzer, dessen aufständische Besatzung 1905 die erste russische Revolution auslöste...

in deren Verlauf Trotzki die Rote Armee gründete, die in Eisensteins Film Zivilisten massakrierte, woraufhin die zaristischen Truppen des Alexander Solschenizyn die Massakrierung der aufständischen Matrosen übernahmen, deren Anführer Grigorij Alexandrowitsch Potemkin über die nach ihm benannte Treppe zu Schiff nach Frankreich entkam, um in der Gegend um Gogol einige nach ihm benannte Dörfer zu gründen, wobei er 1791 verstarb, nicht ohne zuvor die Teilnahme an der Gründung von Odessa im Jahre 1793 durch den Herzog von Richelieu abgesagt zu haben. (Ab hier kann jetzt bitte der Nolte weitermachen.)

Ein Hans Helmuth Knütter, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn, schreibt in der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit«:

»Political Correctness« ist eine aus den USA importierte Unsitte. Konventionen, die Maßstäbe setzen, hat es immer gegeben.

Die deutsche Frau raucht nicht. Sie priemt. Beispielsweise.

Bei der »Political Correctness« handelt es sich aber um die freche Anmaßung gesellschaftlicher Teilgruppen, ihre z.T. abartigen Wertvorstellungen der Mehrheit aufzuzwingen,

die ihre sehr genaue Vorstellung von Abartigkeit bzw. Artfremdheit in diesem Jahrhundert mehrfach realisiert hat. Wer hilft? Keiner:

Auch hier ist auf das Versagen der staatlichen Institutionen hinzuweisen, die sich als unfähig erweisen, die angemaßten Korrektoren in die Schranken zu weisen. Eine Überwindung der »Political Correctness« könnte darin liegen, daß der gegenwärtige Libertinismus überwunden wird. Dies mit dem gegenwärtigen politischen Establishment zu erreichen ist allerdings nicht in Sicht.

Political correctness könnte korrigiert werden, indem ein korrekter Staat die politischen Korrektoren politisch korrigiert. Daß unsere Nazis nicht nur mies, sondern auch so dumm sind wie Muckefuck braun, könnte einen fast ein wenig trösten, wenn man nicht wüßte, daß es doch keiner merkt.

Der Hamburger Senat hat den Etat für Kindertagesstätten gekürzt. Das führt, sagt der Kindertagesstätten-Verband, zu »weniger Zeit für die Betreuung der Kinder« und »starker Einschränkung in der Qualität der pädagogischen Arbeit«. Das

ist nicht gut. Aber jetzt die betroffenen Betroffenen. Sie erlassen einen »Aufruf zum Aktionstag«. Sie spielen Gettoaufstand: »Wo an Kindern gespart wird, da wird Widerstand zur Pflicht.« Sie veranstalten einen Marsch aufs Rathaus, eine »5 vor 12« Uhr-Versammlung mit anschließendem Demonstrationszug und Abschlußkundgebung. Sie rufen:

»Verhindern Sie, daß aus Kindern politische Sparschweine gemacht werden.« Der Aktionstag ist eingebettet in eine Aktionswoche,

die als Teil des Aktionsmonats im Widerstandsjahr des Protestjahrhunderts das dritte Jahrtausend in die Schranken fordert.

Der Mathias Döpfner, Chefredakteur der »Wochenpost«, macht einen Vorschlag:

Betrachten wir die Welt einmal aus der Sicht von Bärbel Bohley

Ich geh mir solange die Hände waschen.

Theo zerbricht sich immer wieder, was soll er tun?, anderer Leute Kopf:

Die Bundesregierung wird nicht riskieren wollen, daß wegen Serbien die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit in einer anglofranzösischen Entente verebbt.

Seit die RAF kapituliert hat, könnten seine Regierung und er doch wirklich ruhig schlafen, aber irgendwo in Freudschen Regionen des Versprechens sitzt sie noch, die Angst, man könnte zwar nicht in der Entente verebben, aber in Entebbe verenden.

Eine Zeitung – zwei Fragen:

Entwicklungshilfe – auf ewig ein Mauerblümchen?

Quo vadis, Comic?

Das Blatt nennt sich die sozialistische Zeitung einer Partei des zwar demokratischen, aber irgendwie doch Sozialismus. Ein Sozialist scheint demnach ein trauriger Kleinbürger zu sein, der vom mittleren Latinus eine Aussicht auf den Gipfel des Theo Sommer-Berges zu gewinnen trachtet. Wer fragen kann, ob die Entwicklungshilfe auf ewig ein Mauerblümchen bleibt, und quo du, Comic, vadis, der wird auch die deutsche Einheit vollenden, wenn man ihn ein bißchen dabei mitmachen läßt. Ach, du demokratischer Sozialismus, Therapiegruppe aller Aufrechten, die zu kurz gekommen sind und doch nichts geworden.

Wer spricht – in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« – so?:

Wir Frauen müssen viel mehr eigene Netzwerke aufbauen

Netzwerke = Werke, in denen Netzstrümpfe hergestellt werden?

und uns selber gegenseitig

was nun: uns selber? oder gegenseitig?

stützen

Netzwerke = Werke, in denen Stützstrümpfe hergestellt werden?

und ein Stück weit puschen. Immer noch gibt es Frauen, die sich einbringen wollen und abgeblockt werden. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir Parteiarbeit attraktiver machen, so daß Frauen wirklich mitmachen und sich profilieren können. Wichtig ist, daß wir auf allen Ebenen einen Frauenanteil erreichen, der dem entspricht, was man von einer modernen Partei erwartet. Nur dann werden wir glaubhaft das Gefühl vermitteln, bei uns werden Fraueninteressen angemessen vertreten, ganz besonders von Frauen für Frauen.

Wer spricht so? Alice Hamm-Renger zum 98. Geburtstag von Inge Meysel? Nicht ganz, denn:

Naturbedingt muß ich gestehen, daß mir die Jugend sehr nahe ist.

Das ist Claudia Nolte, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dem schönsten Wort in ihrem Titel steht sie unbedingt am nächsten: Senioren. (Früher schob man alte Leute in Altersheime ab. Doch die Gesellschaft reformierte den häßlichen Brauch und erfand das Seniorenheim. Als sie sich ganz zivilisiert hatte, kamen die Senioren in die Seniorenresidenz. Und wenn neben Frau Nolte erst Frau Vollmer im Kabinett sitzt, werden aus Leichenhallen Erdanwärterstellplätze.)